

Die Arbeitsmarktsituation in der Großregion

– Situation junger Menschen –

Januar 2019



11. Bericht der Interregionalen Arbeitsmarktbeobachtungsstelle
an den 16. Gipfel der Exekutiven der Großregion

Die Arbeitsmarktsituation in der Großregion

11. Bericht der Interregionalen Arbeitsmarktbeobachtungsstelle
an den 16. Gipfel der Exekutiven der Großregion

– Situation junger Menschen –

**Interregionale
Arbeitsmarktbeobachtungsstelle**
c/o INFO-Institut
Pestelstraße 6
D-66119 Saarbrücken

Saarbrücken, Januar 2019

Die Interregionale Arbeitsmarktbeobachtungsstelle beschreibt und analysiert in ihrem elften Bericht, der dem 16. Gipfel der Großregion vorgelegt wird, die Situation und Entwicklung des Arbeitsmarkts in der Großregion anhand zentraler Strukturindikatoren. Im Zuge der regelmäßigen Berichterstattung an den Gipfel der Exekutiven konnte ein Berichtssystem für den Arbeitsmarkt der Großregion entwickelt werden, das die Interregionale Arbeitsmarktbeobachtungsstelle kontinuierlich fortschreibt und ausdifferenziert.

Der elfte Bericht untergliedert sich in fünf Teilberichte:

- ▶ Situation des Arbeitsmarktes
- ▶ Grenzgängermobilität
- ▶ Demografische Entwicklung
- ▶ **Situation junger Menschen**
- ▶ Atypische Arbeits- und Beschäftigungsformen

sowie den Bericht zu dem Sonderthema „Situation älterer Menschen auf dem Arbeitsmarkt“. Jeder der Teilberichte wird eingeführt mit wesentlichen Indikatoren zum großregionalen Arbeitsmarkt.

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird auf die zusätzliche Formulierung der weiblichen Form verzichtet. Wir möchten deshalb darauf hinweisen, dass die ausschließliche Verwendung der männlichen Form explizit als geschlechtsunabhängig verstanden werden soll.

Inhalt

Hauptindikatoren des 11. Berichts der IBA	1
Methodische Vorbemerkungen	7
1. Demografische Aspekte	10
<i>Anteil der Regionen an den unter 20-Jährigen und an der Gesamtbevölkerung der Großregion zum 1. Januar 2017</i>	<i>10</i>
<i>Anteile der unter 20-Jährigen an der Gesamtbevölkerung</i>	<i>11</i>
<i>Entwicklung der unter 20-Jährigen 2018-2050</i>	<i>12</i>
<i>Anteile der ausländischen Bevölkerung an der Bevölkerung 2017</i>	<i>12</i>
2. Beschäftigungssituation	13
2.1 Erwerbsquote	13
<i>Erwerbsquoten 2017</i>	<i>13</i>
2.2 Beschäftigungsquote	14
<i>Beschäftigungsquoten 2017</i>	<i>14</i>
<i>Entwicklung der Beschäftigungsquote Jugendlicher insgesamt 2007-2017</i>	<i>15</i>
<i>Beschäftigungsquote Jugendlicher insgesamt und nach Geschlecht 2017</i>	<i>16</i>
<i>Entwicklung der Beschäftigungsquote Jugendlicher nach Geschlecht 2007-2017</i>	<i>17</i>
2.3 Arbeitnehmer mit einem befristeten Vertrag	17
2.4 Mindestlohnregelungen für junge Menschen	18
3. Arbeitslosigkeit	22
3.1 Arbeitslosenzahlen	22
<i>Arbeitslosenquote 2017</i>	<i>22</i>
<i>Jugendarbeitslosenanteil 2017</i>	<i>24</i>
<i>Arbeitslose Jugendliche im Alter von 15 bis 24 Jahren, 2007-2017</i>	<i>25</i>
<i>Entwicklung der Arbeitslosenquote 2007-2017</i>	<i>25</i>
<i>Entwicklung der Jugendarbeitslosenquote 2007-2017</i>	<i>26</i>
<i>Entwicklung der Arbeitslosigkeit junger Menschen 2010-2017 in %</i>	<i>28</i>
<i>Arbeitslosenquote Jugendlicher insgesamt und nach Geschlecht 2017</i>	<i>29</i>
<i>Entwicklung der Jugendarbeitslosenquote Männer 2007-2017</i>	<i>30</i>
<i>Entwicklung der Jugendarbeitslosenquote Frauen 2007-2017</i>	<i>30</i>
<i>Langzeitarbeitslosenquote 2017</i>	<i>31</i>
3.2 NEET-Rate	32
<i>Unterschiede zwischen Jugendarbeitslosenquote und NEET-Rate</i>	<i>33</i>
<i>NEET-Rate 2017</i>	<i>34</i>
<i>Entwicklung der NEET-Rate 2007-2017</i>	<i>34</i>
<i>Faktoren, welche die Wahrscheinlichkeit erhöhen, in eine NEET-Situation zu geraten</i>	<i>36</i>
3.3 EU-Jugendgarantie	37

4. Mobilität junger Menschen	45
<i>Grenzgängerströme junger Menschen (unter 30-Jährige) in der Großregion 2017 ...</i>	<i>45</i>
<i>Grenzüberschreitende Einpendler nach Luxemburg</i>	<i>46</i>
<i>Grenzüberschreitende Auspendler aus Frankreich</i>	<i>46</i>
5. Bildungssituation	48
<i>Studierende im Tertiärbereich (ISCED 5-6**)</i>	<i>49</i>
<i>Bevölkerung im Alter von 30 bis 34 Jahren mit einem Tertiärabschluss (ISCED 5-8)</i>	<i>50</i>
<i>Bevölkerung mit einem Tertiärabschluss (ISCED 5-8)</i>	<i>51</i>
<i>Frühe Schul- und Ausbildungsabgänger 2017</i>	<i>53</i>
Anhang	57
<i>Hinweise zu Datenquellen</i>	<i>59</i>
<i>Porträt der Interregionalen Arbeitsmarktbeobachtungsstelle</i>	<i>66</i>
<i>Kurzporträt der kooperierenden Fachinstitute</i>	<i>67</i>
<i>Literaturverzeichnis</i>	<i>69</i>

Hauptindikatoren des 11. Berichts der IBA

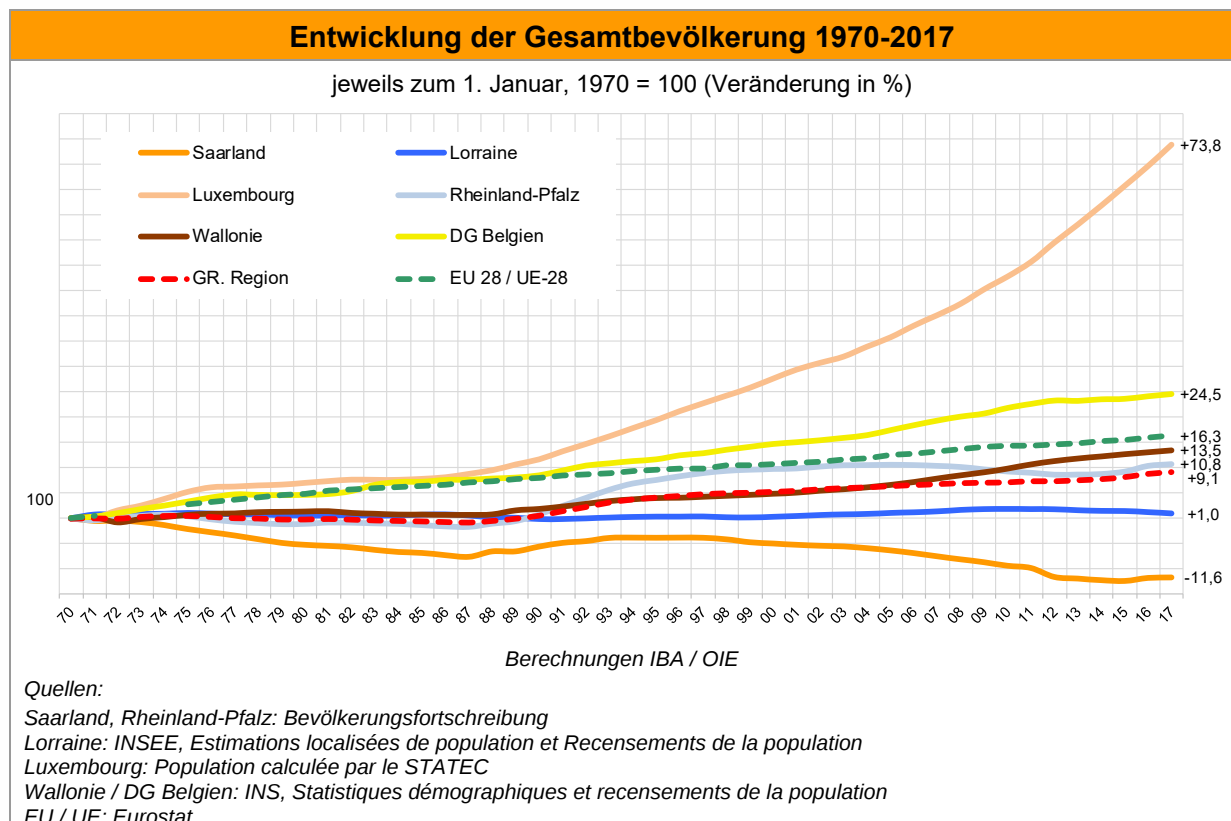
In diesem ersten Kapitel erfolgt die grafische Darstellung wesentlicher Indikatoren zum groß-regionalen Arbeitsmarkt mit kurzen Erläuterungen. Ausführlich werden die Indikatoren im jeweiligen Teilbericht beschrieben und analysiert.

Geografisch liegt die Großregion im Herzen des historischen Zentrums von Europa zwischen den Ballungsräumen Brüssel, Rhein-Ruhr, Rhein-Main, Rhein-Neckar, Basel/Mulhouse und Paris. Zu diesem europäischen Kooperationsraum, der die Grenzen von vier Nationalstaaten überschreitet und in dem offiziell drei verschiedene Sprachen gesprochen werden, gehören:

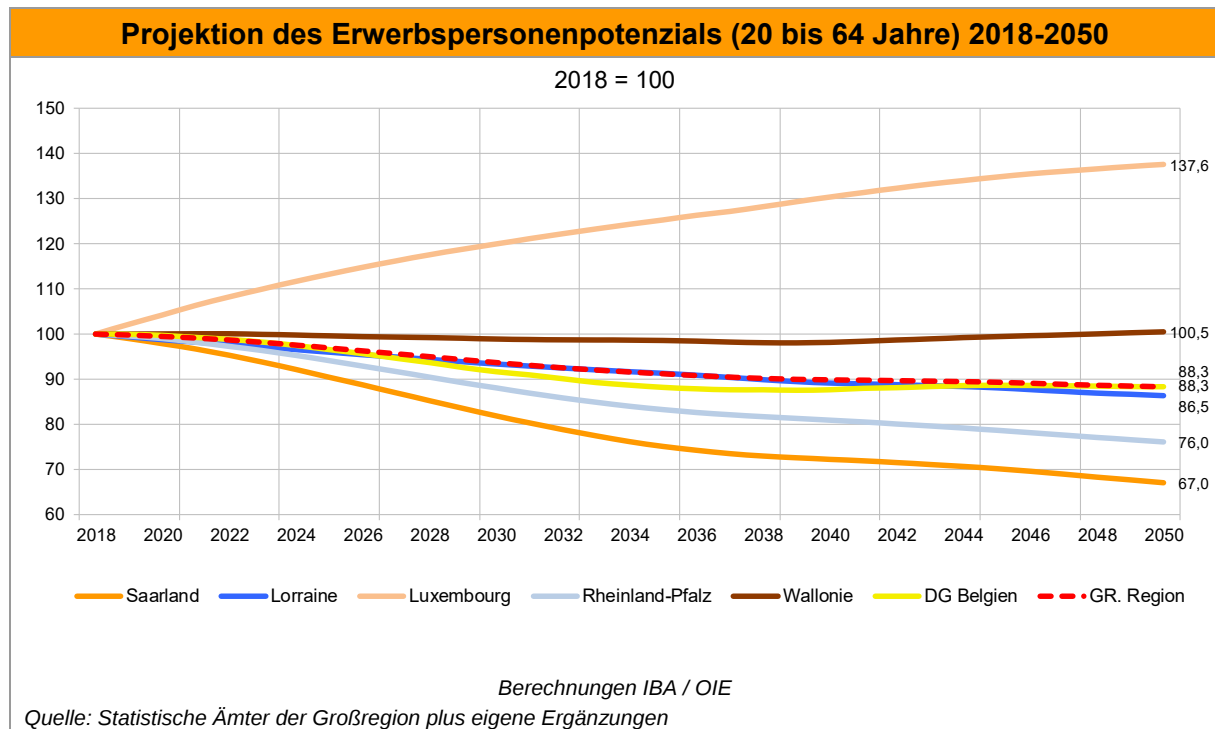
- ▶ die deutschen Bundesländer Saarland und Rheinland-Pfalz
- ▶ die französische Region Lothringen (Fusion mit den Regionen Champagne-Ardenne und Elsass zu der Region Grand Est am 01.01.2016)
- ▶ das Großherzogtum Luxemburg
- ▶ die Wallonische Region in Belgien mit der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Demografische Entwicklung

Am ersten Januar 2017 lebten in der Großregion fast 11,6 Millionen Menschen, was 2,3% der Gesamtbevölkerung auf dem Gebiet der Europäischen Union (EU-28) entspricht. Mit gut vier Millionen Einwohnern ist Rheinland-Pfalz die mit Abstand bevölkerungsreichste Teilregion, gefolgt von der Wallonie (inkl. Deutschsprachige Gemeinschaft) mit 3,6 Mio. Einwohnern. An dritter Stelle folgt Lothringen, wo Anfang 2017 rund 2,3 Mio. Menschen lebten. Auf die kleinsten Teilregionen Saarland und Luxemburg entfallen jeweils knapp eine Million bzw. 590.000 Menschen. Die Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens besteht aus rund 77.000 Personen.



Seit 1970 ist die Bevölkerung der Großregion um 968.384 Einwohner (+9,1%) angestiegen. Dieses Wachstum wurde getragen von der Entwicklung in Luxemburg, der Wallonie sowie der DG Belgien und Rheinland-Pfalz, während die Einwohnerzahl in Lothringen mehr oder minder stagniert und im Saarland rückläufig ist. Auf dem Gebiet der heutigen EU-28 konnte im gleichen Zeitraum ein Plus von 16,3% verzeichnet werden. Das im europäischen Vergleich geringere Bevölkerungswachstum in der Großregion lässt sich auch in jüngerer Zeit beobachten: Nach der Hochphase Ende der 1980er und Anfang der 1990er Jahre haben sich die Zuwächse im Kooperationsraum seit Mitte der 1990er Jahre merklich abgeschwächt und belaufen sich für den Zeitraum 2000 bis 2017 nur noch auf +3,6% (EU-28: +5,0%).

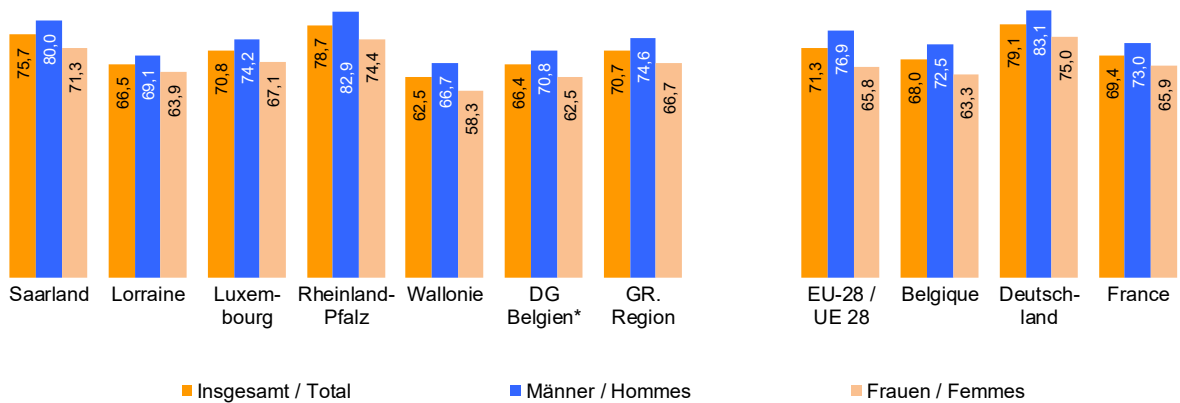


Bei Betrachtung der demografischen Entwicklung muss auch der Wandel in der Altersstruktur der Bevölkerung berücksichtigt werden – insbesondere in Hinblick auf die zukünftige Entwicklung der für den Arbeitsmarkt vorwiegend relevanten Altersgruppe der 20- bis unter 65-Jährigen. Für das Jahr 2050 ergeben die Prognosen einen Rückgang auf ein gesamtes Erwerbspersonenpotenzial von knapp 6,1 Millionen Personen in der Großregion. Verglichen mit dem Stand von 2018 entspricht dies einer Verminderung um 805.000 Personen bzw. -11,7%. Bis zum Jahr 2023 nimmt das Erwerbspersonenpotenzial mit -1,8% noch vergleichsweise moderat ab. Danach geht das Erwerbspersonenpotenzial sehr viel stärker zurück: Die Mitte der 1950er Jahre bis Anfang der 1970er Jahre geborenen geburtenstarken Jahrgänge erreichen das Rentenalter und scheiden nach und nach aus dem Erwerbsleben aus. 2030 sind alle geburtenstarken Jahrgänge mindestens 60 Jahre alt. Insofern ist es nicht überraschend, dass sich der jährliche Potenzialrückgang ab 2030 wieder abschwächt. Alles in allem nimmt das Erwerbspersonenpotenzial bei den gegebenen Annahmen zwischen 2030 und 2050 trotzdem noch einmal um knapp 6% ab. Allerdings gibt es dabei regional enorme Unterschiede. Diese und weitere Ausführungen zur Bevölkerung in der Großregion finden sich in dem IBA-Heft „**Demografische Entwicklung**“.

Arbeitsmarktsituation 2017

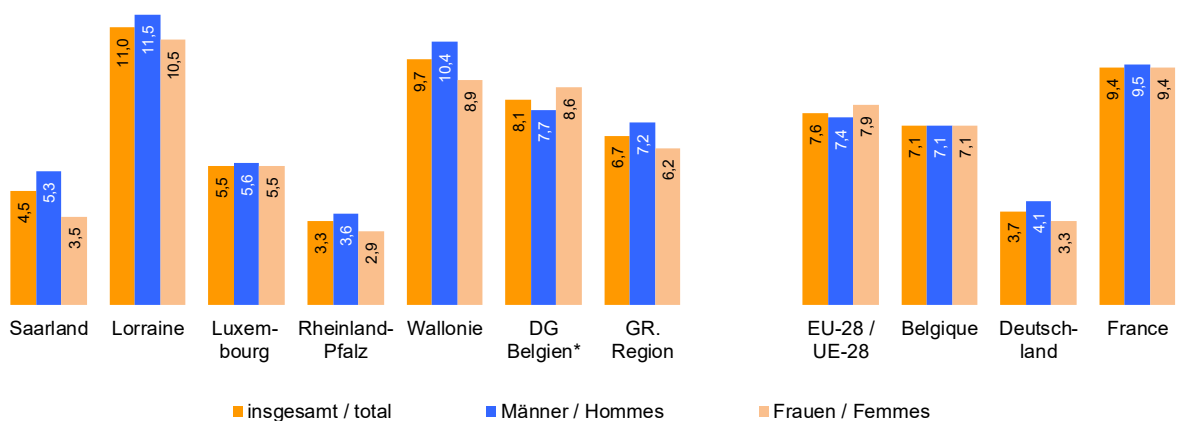
Beschäftigungsquote

Anteil der Erwerbstätigen im Alter von 20 bis 64 Jahren an der Bevölkerung dieser Altersgruppe in %



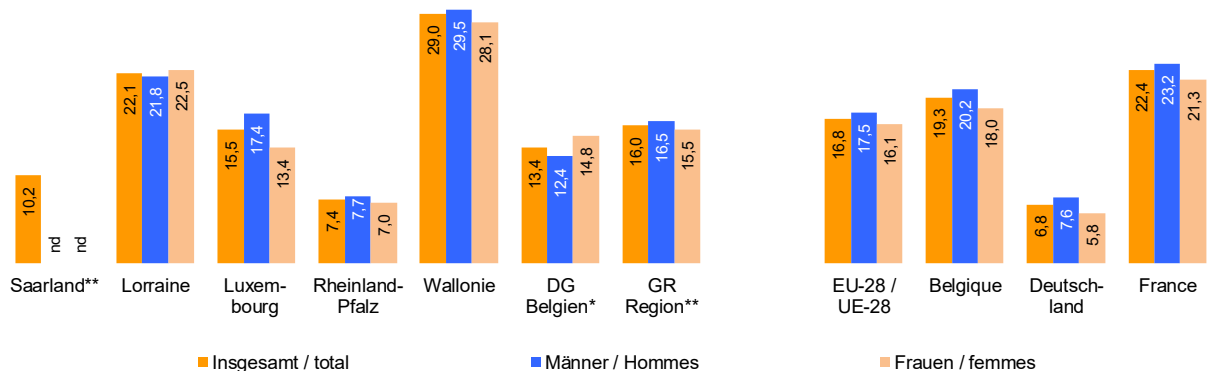
Arbeitslosenquote

Anteil der Arbeitslosen im Alter von 15 Jahren und mehr an den Erwerbspersonen dieser Altersgruppe in %



Jugendarbeitslosenquote

Anteil der Arbeitslosen im Alter von 15 bis 24 Jahren an den Erwerbspersonen dieser Altersgruppe in %



* DG Belgien: 2016

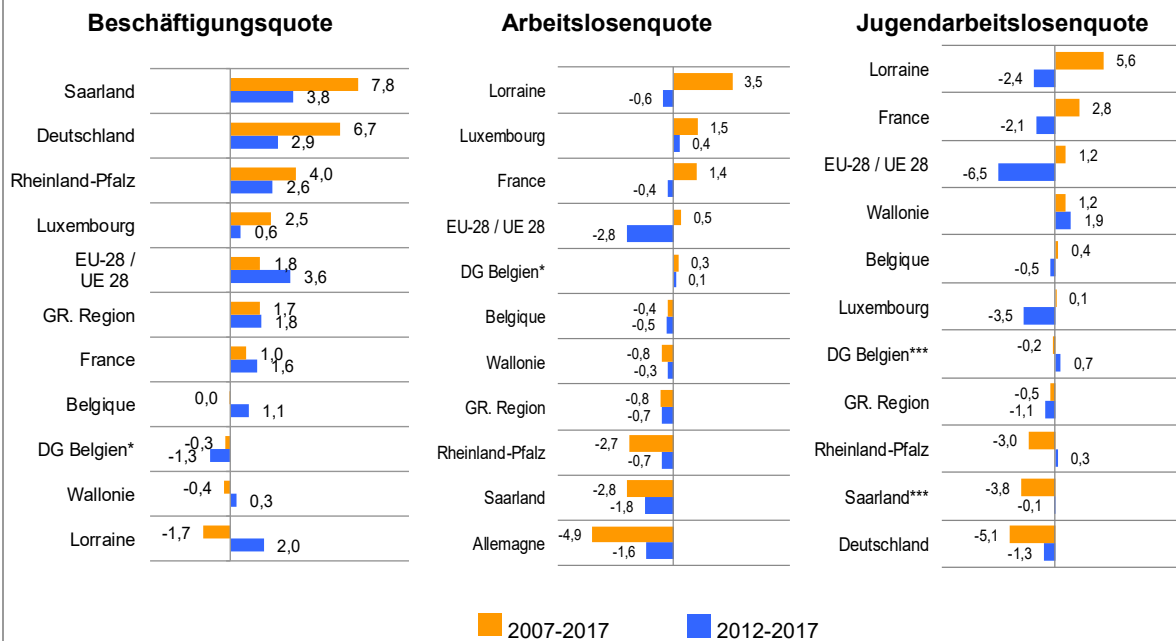
** Total: 2016, GR. Region Männer und Frauen: ohne Saarland

Berechnungen IBA / OIE

Quelle: Eurostat – Arbeitskräfteerhebung; DG Belgien: SPF Economie DGSIE und ADG

Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt

Veränderung 2007–2017 bzw. 2012–2017 in Prozentpunkten



*DG Belgien: Daten 2016

*** SL und DG Belgien: 2011-2016 und 2006-2016

nd = nicht verfügbar

Berechnungen IBA / OIE

Quelle: Eurostat – Arbeitskräfteerhebung; DG Belgien: SPF Economie DGSIE und ADG

Beschäftigungsquote (am Wohnort)

Eines der Kernziele der Strategie Europa 2020 lautet, die Beschäftigungsquote der 20- bis 64-Jährigen bis zum Jahr 2020 auf 75% zu erhöhen. Insbesondere Frauen, junge Menschen und ältere Arbeitnehmer sollen intensiver am Erwerbsleben beteiligt werden. Im Jahr 2017 belief sich die Beschäftigungsquote in der Großregion auf 70,7% und lag somit unter dem europäischen Durchschnitt von 71,3%. Auf großregionaler wie europäischer Ebene sind also noch einige Anstrengungen zu unternehmen, um die Zielmarke von 75% zu erreichen. Die Zunahme der Beschäftigungsquote verlief in den vergangenen Jahren nur stockend: Seit 2007 ergab sich im Kooperationsraum ein Plus von 1,7 Prozentpunkten. Dieser Anstieg ist auf Zuwächse bei der weiblichen Beschäftigung zurückzuführen (+4,4 Pp.; Männer: -0,9 Pp.). Dennoch lag der „Gender Gap“ 2017 noch immer bei 7,8 Pp.

Arbeitslosenquote nach Eurostat

Die Arbeitslosenquote betrug 2017 in der Großregion 6,7% und lag damit 0,9 Prozentpunkte unter dem europäischen Niveau (7,6%). Seit 2012 ist die Arbeitslosigkeit sowohl in der Großregion (-0,7 Pp.) als auch in der EU (-2,8 Pp.) zurückgegangen. Innerhalb des Kooperationsraums verzeichnet Lothringen mit 11% die höchste Arbeitslosigkeit, Rheinland-Pfalz mit 3,3% die niedrigste. Seit 2007 erlebten die deutschen Regionen eine Entspannung der Arbeitslosigkeit, während der Anstieg in Lothringen und in Luxemburg am stärksten ausfiel.

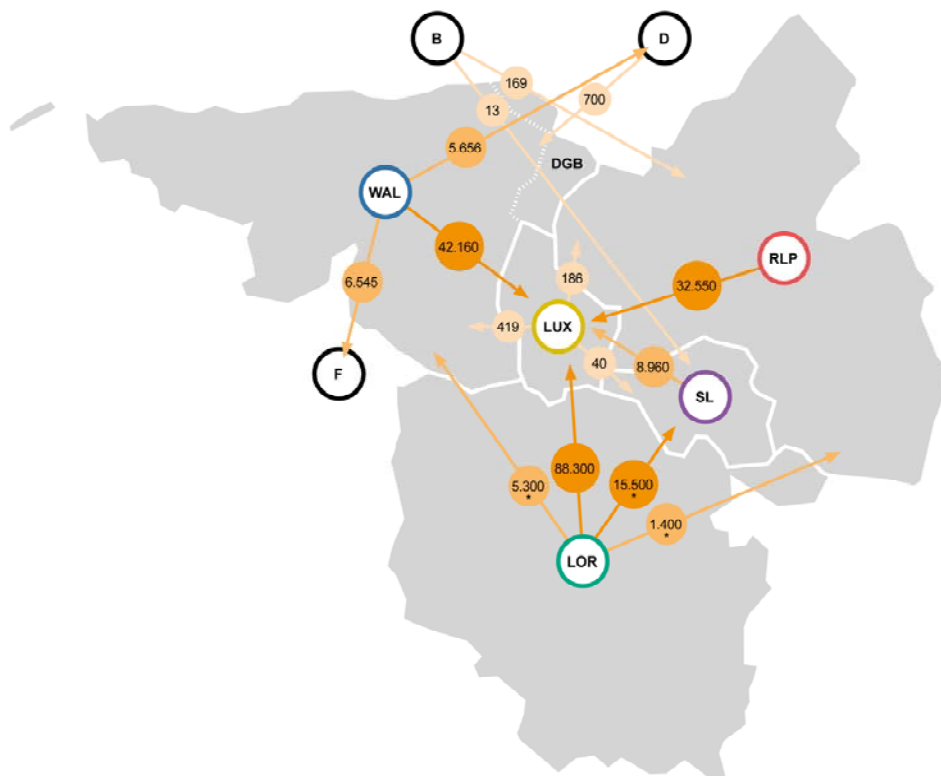
Jugendarbeitslosigkeit

Die Situation der Jugendlichen auf dem Arbeitsmarkt bleibt weiterhin bedenklich: 2017 waren 16% der 15- bis 24-jährigen Erwerbspersonen in der Großregion ohne Arbeit. Das waren zwar

etwas weniger als in der EU-28 (16,8%), aber innerhalb der Großregion erreichten die Wallonie (29%) und Lothringen (22,1%) Werte über dem europäischen Niveau. Trotz der besseren wirtschaftlichen Lage waren in Luxemburg 15,5% der unter 25-jährigen Erwerbspersonen arbeitslos. Merkwürdig unter diesen Ergebnissen blieben die beiden deutschen Bundesländer (Saarland 10,2%, Rheinland-Pfalz 7,4%). In den vergangenen fünf Jahren hat sich die Situation vor allem in Lothringen und in Luxemburg entspannt, allerdings hat die Jugendarbeitslosigkeit in der Wallonie und in Rheinland-Pfalz leicht zugenommen. In der Großregion ging die Jugendarbeitslosigkeit seit 2012 um 1,1 Prozentpunkte zurück.

Weitere Informationen zu Beschäftigung und Arbeitslosigkeit finden sich im IBA-Heft „**Situation des Arbeitsmarktes**“ sowie zu atypischen Beschäftigungsformen im Heft „**Atypische Arbeits- und Beschäftigungsformen**“ und zur Lage von Jugendlichen im IBA-Heft „**Situation junger Menschen**“. Darüber hinaus finden sich Indikatoren zur Situation älterer Menschen in dem aktuellen Sonderheft „**Situation älterer Menschen auf dem Arbeitsmarkt**“.

Grenzgängerströme in der Großregion 2017



Berechnungen IBA / OIE

* Daten berechnet mit aktuellen Zahlen der BA bzw. INAMI (2017) und dem Anteil der Lothringer an den französischen Auspendlern laut dem letzten Zensus in Frankreich (2015)

Quellen: IGSS; BA; INAMI; INSEE (Schätzungen)

Hinweise:

Zum 30.06.2017 zählte das Saarland insgesamt 27.289 Einpendler aus Rheinland-Pfalz; in Rheinland-Pfalz arbeiteten zum gleichen Zeitpunkt insgesamt 17.224 Einpendler aus dem Saarland (Quelle: BA).

Das Einzugsgebiet des grenzüberschreitenden Arbeitsmarktes reicht über das Gebiet der Großregion hinaus. Das Grenzgängervolumen in der Großregion ist damit höher als die Gesamtzahl der Grenzgänger, die von einer Teilregion in eine andere pendeln.

Grenzgängermobilität

Auch im Jahr 2017 zählte die Großregion wieder mehr grenzüberschreitende Arbeitnehmer als in den Jahren zuvor. Seit der Wirtschafts- und Finanzkrise ist der stetige Aufwärtstrend allerdings in seiner Dynamik gebremst: bis 2008 fielen die jährlichen Veränderungsraten mit rund 5% bis 7,5% wesentlich höher aus als in den Folgejahren (0,6% bis 2,4%). Allerdings ist es seit 2014 festzustellen, dass der Anstieg des Grenzgängeraufkommens in die Teilregionen der Großregion (ohne Lothringen) von Jahr zu Jahr höher war als im Vorjahr. So ist die Grenzgängerzahl 2016 und 2017 um 2,7 bzw. 3,1% gestiegen. Insgesamt verzeichnete die Großregion 2017 über 230.000 grenzüberschreitend mobile Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Einpendler). Die Schweiz ist das einzige Land in Europa, in dem mehr Berufspendler mit ausländischem Wohnsitz beschäftigt sind.¹

Über die Hälfte aller Grenzgänger im Gebiet der Großregion kam aus Frankreich und mehr als drei Viertel aller Grenzgänger arbeiteten in Luxemburg. Die stetige Intensivierung der grenzüberschreitenden Arbeitnehmermobilität in der Großregion ist jedoch nicht in allen Teilgebieten zu beobachten. Der allgemeine Anstieg der Grenzgängerzahlen seit 2007 um über ein Drittel lässt sich insbesondere auf die Entwicklungen in Luxemburg (+35,6% Einpendler) und der Wallonie (+20,5% Einpendler) zurückführen. Die deutschen Bundesländer hingegen registrieren im gleichen Zeitraum einen Rückgang der einpendelnden Arbeitnehmer, die zum Großteil aus Frankreich kommen (Saarland: -18,4%; Rheinland-Pfalz: -9,8%).

Detaillierte Informationen zum Pendlergeschehen in der Großregion finden sich in dem IBA-Bericht „**Grenzgängermobilität**“.

¹ Im 3. Quartal 2018 zählte die Schweiz 312 325 Grenzgänger, von denen mehr als die Hälfte (54,4%) aus Frankreich und ein Fünftel (19,3%) aus Deutschland kam. Quelle: OFS – Grenzgängerstatistik (GGs).

Methodische Vorbemerkungen

Datengrundlage

Die für den Teilbericht „Situation junger Menschen“ verwendete Datengrundlage basiert für die Kapitel 2. „Beschäftigungssituation“, 3. „Arbeitslosigkeit“ und 5. „Bildungssituation“ im Wesentlichen auf Informationen von Eurostat. Die für die Kapitel 1. „Demografische Aspekte“ sowie Kapitel 4. „Mobilität junger Menschen“ verwendete Datengrundlage basiert im Wesentlichen auf den Informationen der Statistischen Ämter der Großregion² sowie auf den Informationen des Geoportals der Großregion GIS-GR³. Bestehende Datenlücken wurden dabei soweit als möglich durch das Bearbeiterteam geschlossen bzw. durch weiterführende Daten ergänzt. Weitere Informationen stammen aus eigenen Recherchen über die regionalen und/oder nationalen Statistischen Ämter.

Datenstand

Angesichts verschiedener Datenquellen und jeweils regionaler und nationaler Besonderheiten sind nicht für alle statistischen Angaben identische Zeiträume verfügbar. Aus diesem Grund ist es verständlich, dass hinsichtlich der Aktualität des verwendeten Datenmaterials Abstriche gemacht werden müssen. Das Bearbeiterteam hat sich um größtmögliche Aktualität bemüht; die verwendeten Daten beziehen sich im Wesentlichen auf das Jahr 2017 und entsprechen – sofern nicht anders angegeben – dem Stand April bis Dezember 2018.

Definitionen und methodische Hinweise⁴

Zu den Bevölkerungsdaten:

Bei dem Verweis auf einzelne Jahre ist zu berücksichtigen, dass bei den Bevölkerungsdaten – wie in den überwiegenden Teilregionen der Großregion üblich – jeweils der 1. Januar verwendet wurde und nicht wie in Deutschland auf den 31.12. Bezug genommen wurde. Aus dem 31.12.2016 wurde so z.B. der 01.01.2017.

Zu den Eurostat-Daten – Arbeitskräfteerhebung:

Die herangezogenen Daten von Eurostat stammen aus den Regionalstatistiken von Eurostat. Zu nennen ist hier insbesondere die Arbeitskräfteerhebung (AKE), die auf europäischer Ebene die wesentliche Quelle vergleichbarer Informationen über die regionalen Arbeitsmärkte darstellt. Grundlage der als Stichprobenerhebung konzipierten AKE sind EU-weit harmonisierte Normen und Definitionen zu Beschäftigung, Erwerbslosigkeit und Nichterwerbstätigkeit, die – im Unterschied zu den jeweils länderspezifischen Definitionen und Konzepten auf Basis gesetzlicher Bestimmungen – in einem in sich abgestimmten und harmonisierten System dargestellt werden, das internationale bzw. grenzüberschreitende Vergleiche ermöglicht.

² Im Jahr 2006 haben die Statistischen Ämter der Großregion mit ihrem Statistikportal einen Zugang zu einer Vielzahl an harmonisierten Wirtschafts- und Sozialdaten in der Großregion geschaffen. Bestehende Datenlücken mit Blick auf den IBA-Bericht wurden soweit als möglich durch das Bearbeiterteam des Netzwerks der Fachinstitute geschlossen. Trotz sehr aufwändiger Recherchen und eigener ergänzender Berechnungen ist es aber nicht immer möglich, vergleichbare Daten für alle Teile der Großregion vorzustellen. Am aktuellen Rand handelt es sich häufig um vorläufige Zahlen, die im Nachhinein durchaus wieder Änderungen erfahren können – auch rückwirkend über Zeitreihen hinweg.

³ Vgl. <http://www.gis-gr.eu/>

⁴ Detaillierte Hinweise zu den Datenquellen sowie zu deren Möglichkeiten und Grenzen finden sich im Anhang des Berichts.

Erwerbspersonen:

Erwerbspersonen (auch als Erwerbsbevölkerung oder Arbeitskräfte bezeichnet) umfassen die Erwerbstätigen und die Erwerbslosen.

Erwerbsquote (AKE):

Die Erwerbsquote gibt den Anteil der Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Erwerbslose) an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter an.

Erwerbstätige:

Erwerbstätige im Sinne der ILO-Definition sind alle Personen im Alter von mindestens 15 Jahren, die in der Berichtswoche mindestens eine Stunde lang gegen Entgelt oder im Rahmen einer selbständigen oder mithelfenden Tätigkeit gearbeitet haben.

Beschäftigungsquote (AKE):

Die Beschäftigungsquote oder Erwerbstätigenquote ist definiert als der Anteil der erwerbstätigen Personen in einer Altersklasse an der Gesamtbevölkerung dieser Altersklasse.

Teilzeitbeschäftigung (AKE):

Es wird lediglich Teilzeit- und Vollzeitbeschäftigung unterschieden. Eine genauere Unterscheidung ist nicht möglich, weil die Arbeitszeiten je nach Region und Wirtschaftszweig unterschiedlich sind.

Befristete Beschäftigung (AKE):

Eine Tätigkeit wird als befristet betrachtet, wenn sie entweder nach einer im Vorhinein festgesetzten Dauer endet oder sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer einig sind, dass ihre Beendigung von objektiven Bedingungen abhängt, beispielsweise von der Erledigung eines Auftrags oder der Rückkehr eines Arbeitnehmers, der vorübergehend ersetzt wurde.

Arbeitslose:

Arbeitslose sind alle Personen im Alter zwischen 15 und 74 Jahren, die in der Berichtswoche ohne Arbeit waren, zu dem Zeitpunkt für eine Arbeit verfügbar und innerhalb der letzten vier Wochen aktiv auf Arbeitssuche waren oder bereits eine Arbeit gefunden hatten, die sie innerhalb der nächsten drei Monate aufnehmen würden.

Arbeitslosenquote (AKE):

Die Arbeitslosenquote ist definiert als der prozentuale Anteil der Arbeitslosen an den Erwerbspersonen (Summe aus Erwerbstätigen und Arbeitslosen). Die Arbeitslosenquote kann nach Alter und Geschlecht aufgeschlüsselt werden.

Jugendarbeitslosenquote:

Der prozentuale Anteil der Arbeitslosen im Alter zwischen 15 und 24 an den Erwerbspersonen dieser Altersgruppe.

Jugendarbeitslosenanteil:

Der prozentuale Anteil der Arbeitslosen im Alter zwischen 15 und 24 an der Bevölkerung dieser Altersgruppe.

Langzeitarbeitslosigkeit (AKE):

Die Langzeitarbeitslosenquote gibt den Anteil derjenigen Personen an der Erwerbsbevölkerung an, die länger als zwölf Monate arbeitslos sind. Der Anteil der Langzeitarbeitslosen misst den prozentualen Anteil der Langzeitarbeitslosen an der Summe aller Arbeitslosen.

NEET-Rate (AKE):

Not in Employment, Education or Training – Nichterwerbstätige Jugendliche im Alter von 18-24 Jahren, die an keiner Bildung und Ausbildung teilnehmen.

Gender Gap:

Bezeichnung eines geschlechtsspezifischen Gefälles (statistische Unterschiede zwischen Männern und Frauen).

Grenzgänger:

Nach EU-Gemeinschaftsrecht (vgl. Verordnung (EG) Nr. 883/2004) sind unter Grenzgängern solche Arbeitnehmer und Selbständige zu verstehen, die in einem Mitgliedstaat arbeiten und in einem anderen wohnen, in den sie in der Regel täglich, jedoch mindestens einmal wöchentlich, zurückkehren. Diese Definition gilt für den sozialen Schutz der betreffenden Arbeitnehmer. Laut der steuerrechtlichen Definition ist ein räumlicher Aspekt zu berücksichtigen, nach dem ein Grenzgänger in einem – zumeist in bilateralen Doppelbesteuerungsabkommen definierten – Gebiet dies- und jenseitig der Staatsgrenze wohnen und arbeiten muss.

ISCED-Klassifikation:

Die Internationale Standardklassifikation für das Bildungswesen (ISCED) ist ein Instrument zur Erstellung international vergleichbarer Bildungsstatistiken. Die verwendete Version für die Daten vor 2014 (ISCED 97) unterscheidet sieben Bereiche. Die verwendete Version für die Daten ab 2014 (ISCED 2011) unterscheidet neun Bereiche, welche sich ebenfalls in den Ausführungen im Anhang des Berichts finden.

Frühzeitige Schul- und Ausbildungsabgänger (AKE):

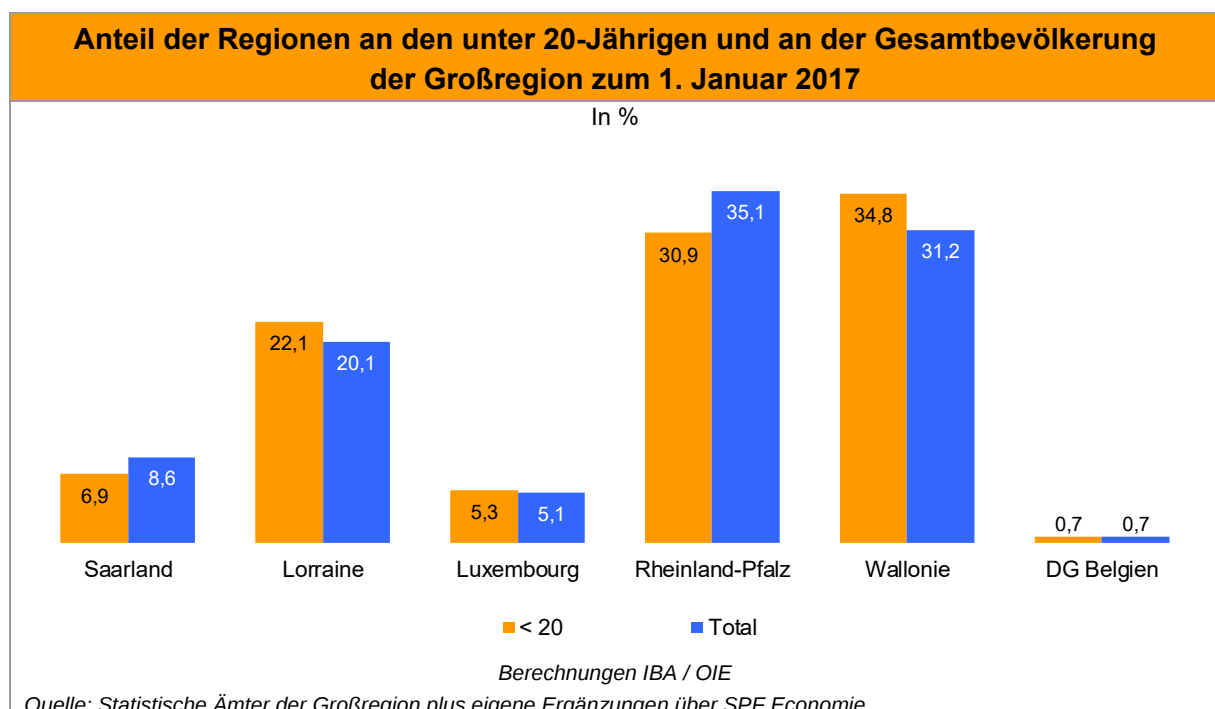
„Frühzeitige Schul- und Ausbildungsabgänger“ sind Personen im Alter von 18-24 Jahren, die sich nicht oder nicht mehr in (Aus-) Bildung oder Weiterbildung befinden und nicht über einen Abschluss des Sekundarbereichs II verfügen. Die nationalen Definitionen und Konzepte zum vorzeitigen Verlassen des Bildungssystems und Schul- und Ausbildungsabbruch sind jedoch je nach Land unterschiedlich; beispielsweise endet die Schulpflicht nicht in allen Ländern im selben Alter: die Spanne reicht von 15 bis 18 Jahren.⁵

⁵ Vgl. CEDEFOP: Junge Menschen in der (beruflichen) Bildung halten: Funktionierende Konzepte, Kurzbericht Dezember 2013, S. 1

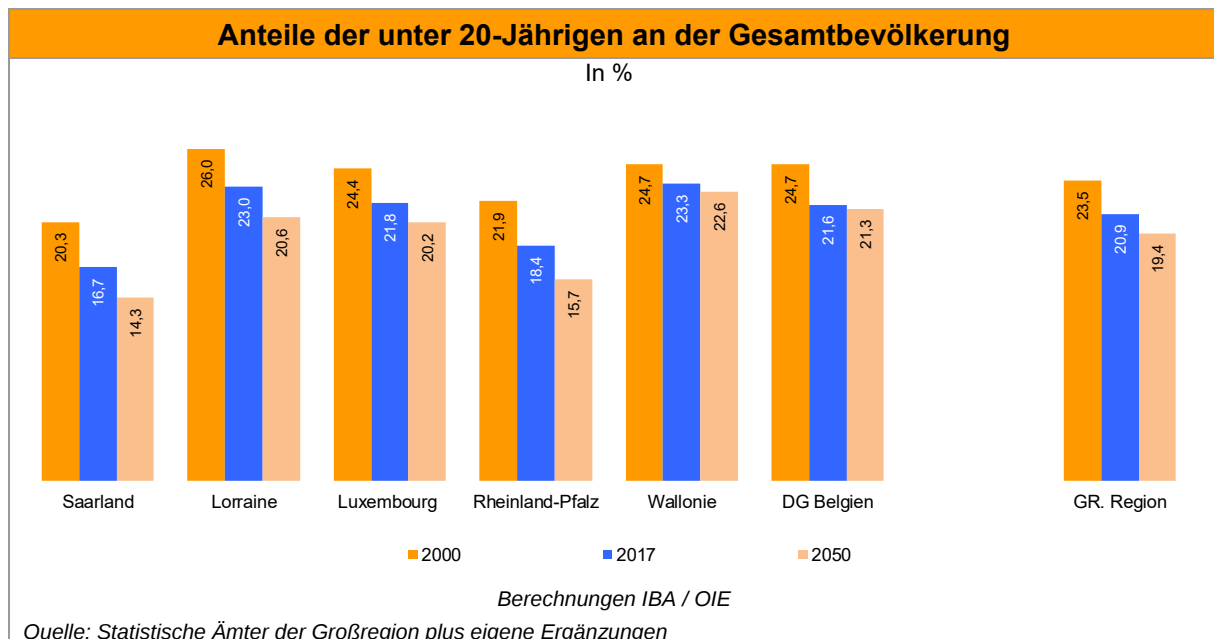
1. Demografische Aspekte

Die meisten Jugendlichen der Großregion leben nach wie vor in der Wallonie

Die Bevölkerung der Großregion verteilt sich wie folgt: über ein Drittel der Bevölkerung des Kooperationsraums lebt in Rheinland-Pfalz, etwas weniger als ein Drittel in der Wallonie, gefolgt von Lothringen mit gut einem Fünftel. Die übrigen Bewohner kommen aus dem Saarland (8,6%), Luxemburg (rund 5%) und der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens (0,7%). Betrachtet man die Bevölkerungsgruppe der unter 20-Jährigen, ändert sich die Verteilung: Für Lothringen, Luxemburg und vor allem die Wallonie sind die Anteile größer als an der Gesamtbevölkerung, für die deutschen Teilregionen liegen die Werte der jungen Menschen niedriger. Der Anteil der DG Belgien an den unter 20-Jährigen in der Großregion entspricht genau dem Anteil an der Gesamtbevölkerung.



Insgesamt leben 2017 in der Großregion 2.421.221 junge Menschen unter 20 Jahren, das entspricht 20,9% der Gesamtbevölkerung. Mit einer Anzahl von 843.306 wohnen die meisten von ihnen in der Wallonie, wo sie 23,3% der Einwohner stellen. Es folgen die jungen Rheinland-Pfälzer mit 747.255. Dort machen diese nur 18,4% der Bevölkerung aus. In Lothringen wohnen mehr als eine halbe Million Kinder und Jugendliche unter 20 Jahren (535.400). Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung liegt mit 23% überdurchschnittlich hoch. Im Saarland ist der Anteil mit 16,7% im großregionalen Vergleich am geringsten (Gesamtzahl: 166.089). Die 129.171 luxemburgischen unter 20-Jährigen entsprechen 21,9% der Gesamtbevölkerung im Großherzogtum. Einen ähnlich hohen Anteil nehmen die 16.648 jungen Menschen in der DG Belgien ein (21,6%).

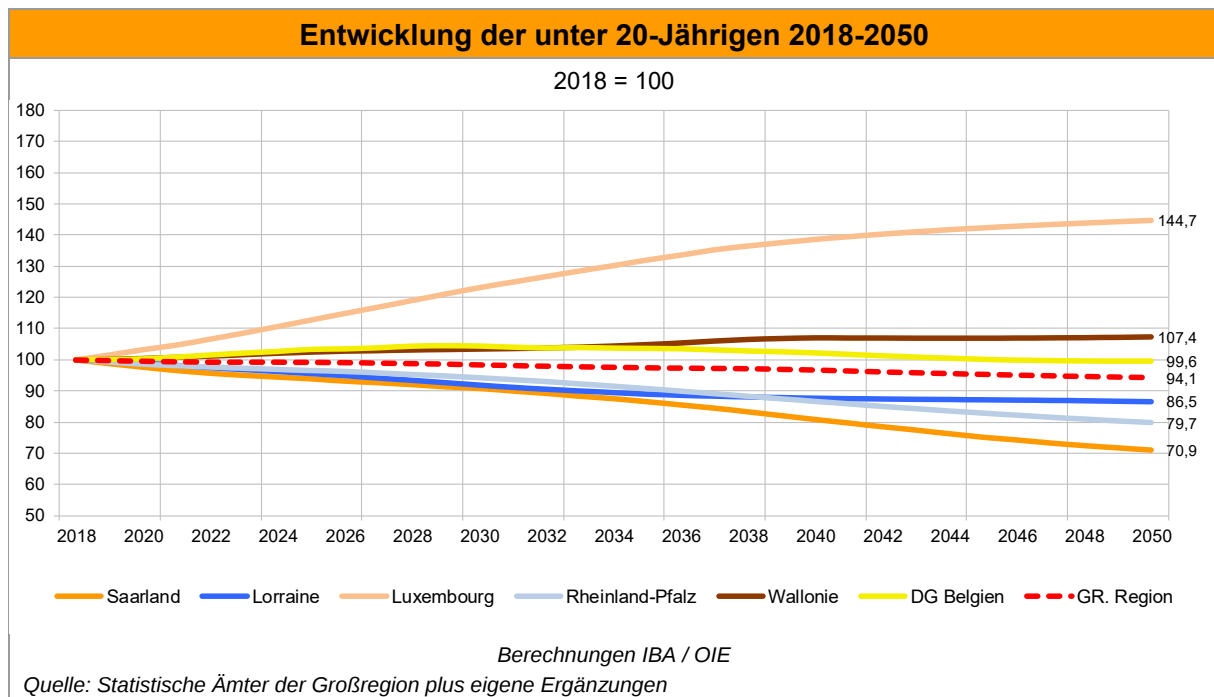


2050 vermutlich nur noch jeder fünfte Einwohner der Großregion unter 20 Jahre alt

Die allgemeinen Prognosen für das Jahr 2050 ergeben, dass die jungen Menschen auch in Zukunft einen immer kleineren Teil der Bevölkerung ausmachen werden. In der Großregion wird der Anteil von heute an voraussichtlich um 1,1 Prozentpunkte auf 19,4% schrumpfen. Verglichen mit dem Jahr 2000 wird bis 2050 für alle Regionen des Kooperationsraums ein Rückgang des Anteils der jungen Bevölkerung prognostiziert, auf großregionaler Ebene entspricht dieser 4,2 Prozentpunkten. Am stärksten ausgeprägt ist das Minus mit 6,1 Prozentpunkten in Rheinland-Pfalz. Ausgehend von 2017 wird der stärkste Rückgang auch in Rheinland-Pfalz erwartet (-2,7 Pp.), das Saarland und Lothringen verzeichnen den gleichen Rückgang um -2,4 Prozentpunkte. In der Wallonie und der DG bleibt der Anteil der jungen Menschen dahingegen relativ stabil (-0,7 Pp. bzw. -0,4 Pp.). Besonders im Saarland ist der anteilige Rückgang in den letzten 17 Jahren stärker ausgefallen (-3,6 Pp.) als der für die nächsten 33 Jahre prognostizierte (-2,4 Pp.).

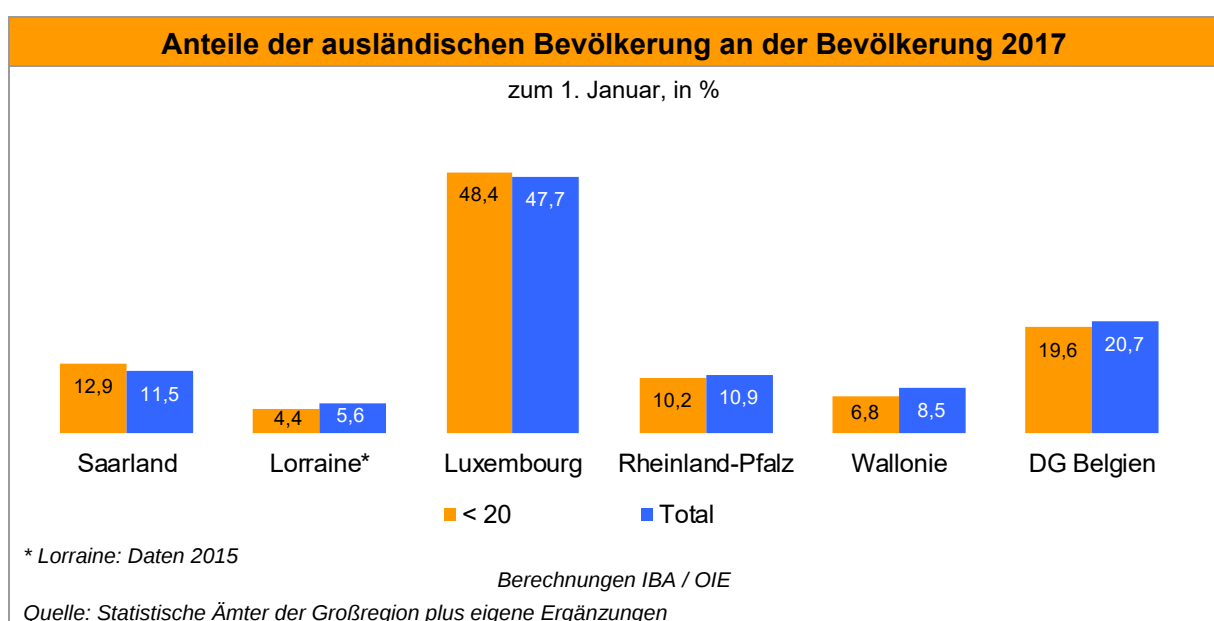
Enorme Zuwächse bei den jungen Menschen für Luxemburg prognostiziert

Nimmt man das Jahr 2018 als Ausgangsjahr, gibt es zwei Regionen, in denen die Zahl der Kinder und Jugendlichen bis 2050 ansteigen wird: Luxemburg und die Wallonie. Herausragend ist in dem Betrachtungszeitraum der Anstieg im Großherzogtum Luxemburg. Im Jahr 2050 wird der Anteil der Kinder und Jugendlichen 1,47mal höher sein als noch im Jahr 2018 (131.103). In der Wallonie ist der Anstieg zahlenmäßig ähnlich hoch: plus 62.394 Kinder und Jugendliche in 2050 im Vergleich zum Jahr 2018. Jedoch können diese Zuwächse (+121.033 Personen) die Verluste in den anderen Regionen nicht wettmachen, so dass für die Großregion bis 2050 in der Altersklasse der Menschen unter 20 Jahren ein Rückgang um -5,9% oder -139.391 droht. Vor allem das Saarland muss sich im Jahr 2050 auf enorme Einbußen in der jungen Bevölkerung einstellen (-29,1%). Aber auch im bevölkerungsreichen Rheinland-Pfalz werden die Rückgänge spürbar werden (-20,3%). Die Situation in Lothringen wird auch von einem Rückgang betroffen sein: -13,5% im Betrachtungszeitraum von 2018 bis 2050.



Ausländer bei den unter 20-Jährigen meist unterdurchschnittlich vertreten

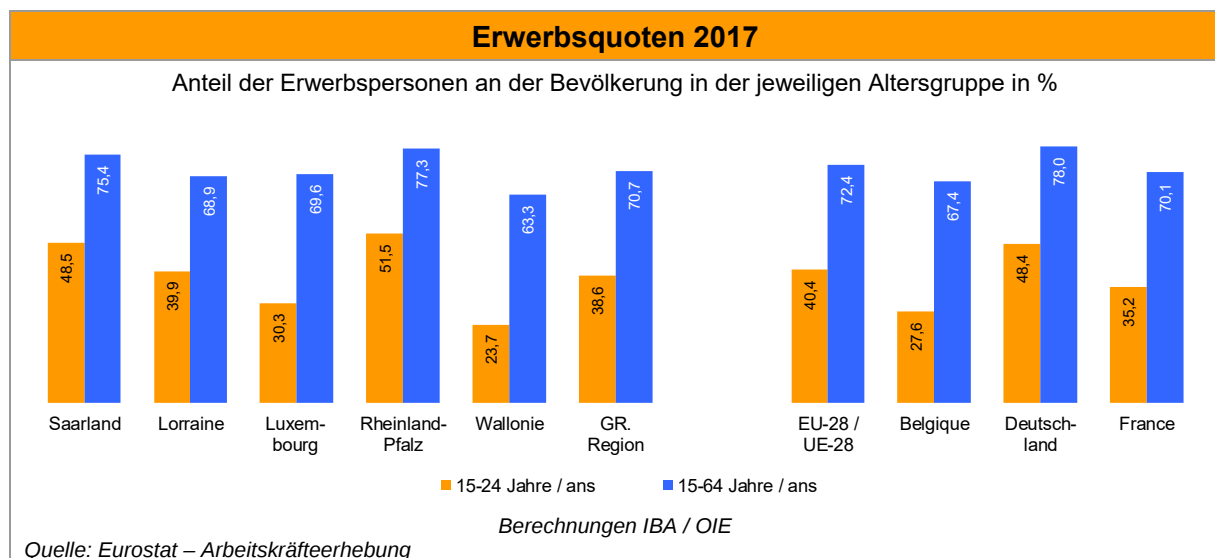
Ein weiterer interessanter Aspekt ist der Anteil der ausländischen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung. In den meisten Regionen liegt der Anteil der Ausländer in der Altersgruppe bis 20 Jahre bei unter 13%. Deutlich höher liegt der Anteil jedoch in der DG Belgien (19,6%) und vor allem im Großherzogtum (48,4%). Damit sind die ausländischen Mitbürger in allen Teilregionen in der Altersklasse bis 20 Jahren unterdurchschnittlich vertreten – lediglich in Luxemburg und im Saarland stellt sich das Verhältnis umgekehrt dar: Hier gibt es bei den jungen Menschen verhältnismäßig viele Ausländer. Diese Unterschiede lassen sich möglicherweise auch durch unterschiedliche Einbürgerungs-Vorschriften für im Wohnland geborene Kinder ausländischer Eltern erklären.



2. Beschäftigungssituation

2.1 Erwerbsquote

Die Erwerbsquote gibt den Anteil der Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Erwerbslose) an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter an. Sie stellt also dar, wie viele Personen dem Arbeitsmarkt prinzipiell zur Verfügung stehen. In der Großregion leben laut der Arbeitskräfteerhebung der EU im Jahr 2017 über 5,3 Millionen Erwerbspersonen. Gut eine halbe Million (516.100) von ihnen ist zwischen 15 und 24 Jahren alt. Das entspricht einer Erwerbsquote von 70,7% für die Gesamtbevölkerung und 38,6% für die jungen Menschen. Damit bleibt die Großregion in beiden Fällen etwa 1,8 Prozentpunkte unter dem Durchschnitt der EU-28.

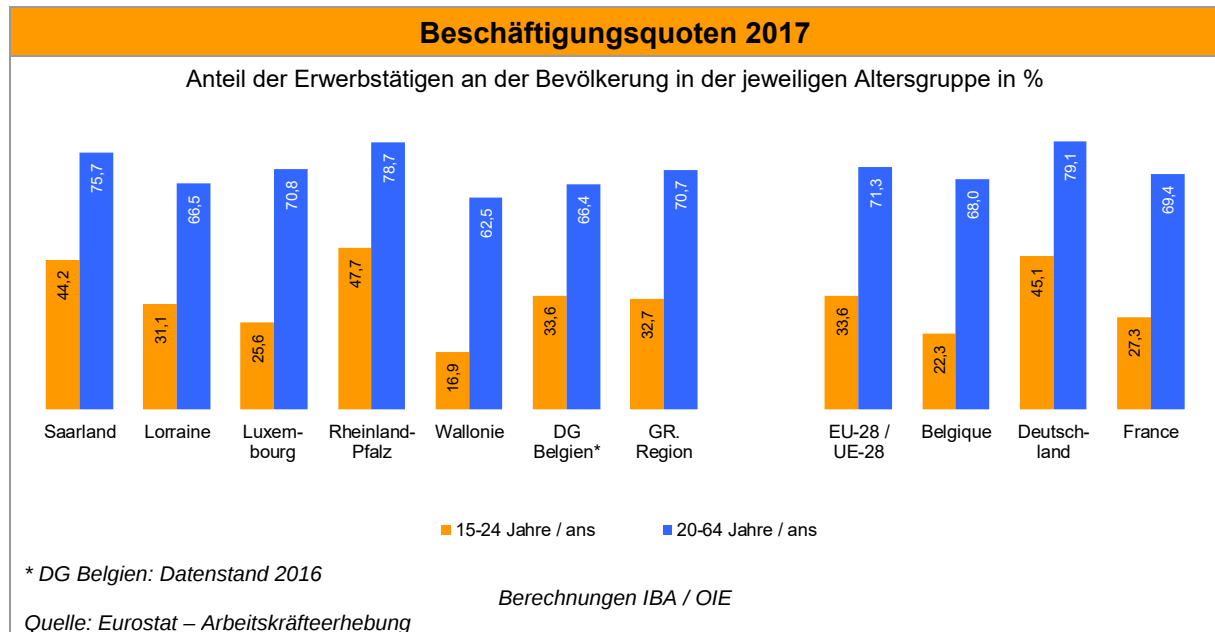


Erwerbsquote junger Menschen stark abhängig von Schul- und Ausbildungssystemen

Die Erwerbsquoten für die Jugendlichen reichen großregional von 23,7% in der Wallonie bis zu 51,5% in Rheinland-Pfalz. Dazwischen liegen Luxemburg (30,3%), Lothringen (39,9%) und das Saarland (48,5%). Um die Ursache für diese Unterschiede zu erklären, ist erstens eine Betrachtung der Definition der Erwerbspersonen notwendig: Im Allgemeinen wird nach ILO-Definition jeder, der für mindestens eine Stunde pro Woche gegen Entgelt oder im Rahmen einer selbständigen oder mithelfenden Tätigkeit arbeitet, als erwerbstätig betrachtet. Schüler und Studenten, die einen (noch so geringfügigen) Nebenjob ausüben, zählen auch als Erwerbspersonen. Während diese Art der Arbeit für junge Menschen in einigen Teilregionen sehr gebräuchlich ist, sind Nebenjobs während der Schulzeit oder des Studiums in Luxemburg eher unüblich. Ein zweiter Erklärungsgrund sind Unterschiede in der Organisation der Ausbildung: Die französischsprachigen Länder greifen auf ein eher verschultes System zurück, so dass die Auszubildenden als Schüler und nicht als Erwerbstätige registriert sind. In den deutschen Regionen und der DG Belgien sind die Auszubildenden des weit verbreiteten dualen Systems in einem Betrieb angestellt und fallen somit in die Kategorie Erwerbstätige. Diese Systemunterschiede spiegeln sich in der Erwerbsquote wider und sind auch für die Berechnungen der Beschäftigungsquoten (Kapitel 2.2) und der Jugend-Arbeitslosenquoten von Belang (siehe Kapitel 3.1).

2.2 Beschäftigungsquote

Die Beschäftigungsquote ist ein Schlüsselindikator für Arbeitsmarktanalysen. Sie entspricht dem Anteil der Beschäftigten (Erwerbstätigen) an der Gesamtbevölkerung in der gleichen Altersgruppe. Großregional liegt die Beschäftigungsquote der 20- bis 64-Jährigen bei 70,7%, die der 15- bis 24-Jährigen bei 32,7%. Beide Werte liegen damit leicht unter dem Durchschnitt der EU-28. Während für die Bevölkerung im Alter von 20 bis 64 Jahren im Rahmen der Europa-2020-Strategie die Zielvorgabe von einer Beschäftigungsquote von 75% formuliert wurde, gibt es keine vergleichbare Zielsetzung für die junge Bevölkerung.

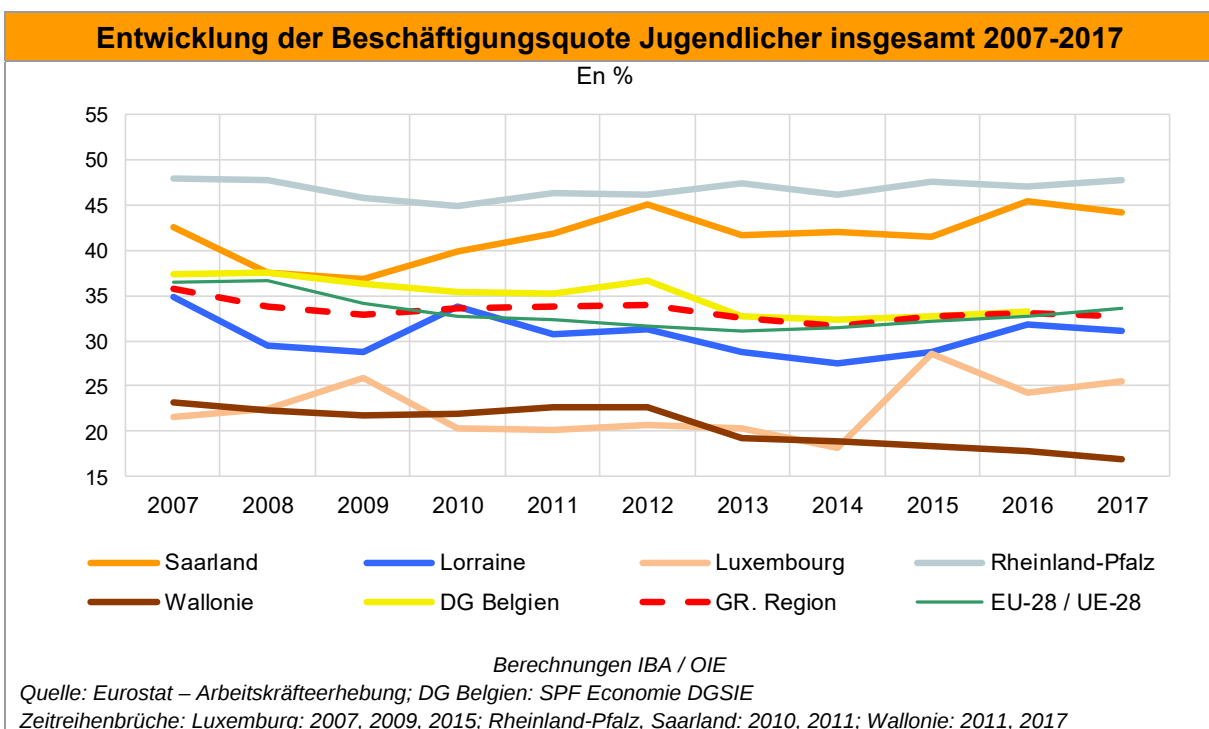


Große Unterschiede in den Beschäftigungsquoten der Teilregionen

In der Großregion variieren die Beschäftigungsquoten der jungen Menschen von 16,9% in der Wallonie bis zu 47,7% in Rheinland-Pfalz. Die Tendenzen sind vergleichbar mit der oben dargestellten Erwerbsquote und auch auf die gleichen Ursachen zurückzuführen (schulisches versus duales Ausbildungssystem, verschiedener Umgang mit Nebenjobs in Schule und Studium). So unterscheiden sich beispielsweise die Beschäftigungsquoten der belgischen Teilregion stark: die Quote der DG Belgien ist mit 33,6% fast zweimal so hoch wie die der Wallonie (16,9%). Hier zeigt sich, dass die betriebliche Ausbildung sich in der DG größerer Beliebtheit erfreut. Für die deutschen Teilgebiete gilt, dass trotz gleicher oder ähnlicher Systeme das Saarland im Vergleich zum Nachbar-Bundesland um fast vier Prozentpunkte zurückliegt und damit auch unter dem Bundesdurchschnitt bleibt. Die lothringische Beschäftigungsquote liegt mit 31,1% leicht über dem Wert für ganz Frankreich. In jedem Fall bleibt zu berücksichtigen, dass in der Altersgruppe 15-24 Jahre viele junge Menschen nicht in Beschäftigung sind, da sie sich für einen schulischen oder hochschulischen Bildungsweg entschieden haben. Nach ihrem Abschluss werden sie dem Arbeitsmarkt dann (größtenteils) zur Verfügung stehen. Eine niedrige Beschäftigungsquote bei jungen Menschen ist darum nicht unbedingt problematisch. Für eine Problemanalyse sind die Indikatoren der Jugendarbeitslosigkeit und vor allem der NEET-Rate (Jugendliche, die sich nicht in Beschäftigung, Aus- oder Weiterbildung befinden) aussagekräftiger.

Finanz- und Wirtschaftskrise mit direkten Auswirkungen auf die Beschäftigung

Bei der Betrachtung der Beschäftigungsquote im Zeitverlauf zeigen sich deutlich die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise auf die Beschäftigungsquote junger Menschen in der EU. Seit 2009 ist diese konstant zurückgegangen, im Jahr 2010 lag die Beschäftigungsquote junger Menschen in der EU erstmals unter dem Beschäftigungsniveau der Großregion. Vor allem die Krisensituationen in den südeuropäischen Ländern, welche die Jugend besonders stark treffen, sind für diese Entwicklung verantwortlich. Die Quote für die Großregion ist zwischen 2007 und 2012 mit Werten um die 34% relativ stabil geblieben. Seit 2013 ist sie allerdings durch einen kontinuierlichen leichten Rückgang gekennzeichnet und liegt damit unterhalb des Niveaus im Hauptkrisenjahr 2009. Zwischen 2016 und 2017 sank die Jugenderwerbsquote in der Großregion um 0,3 Prozentpunkte. Die Rückgänge der Gesamtbeschäftigungsquote der Jugendlichen waren zwischen 2016 und 2017 im Saarland und in Wallonien besonders deutlich (-1,2 bzw. -1,0 Pp.). Für Luxemburg stieg die Beschäftigungsquote zwischen 2016 und 2017 um 1,3 Prozentpunkte.

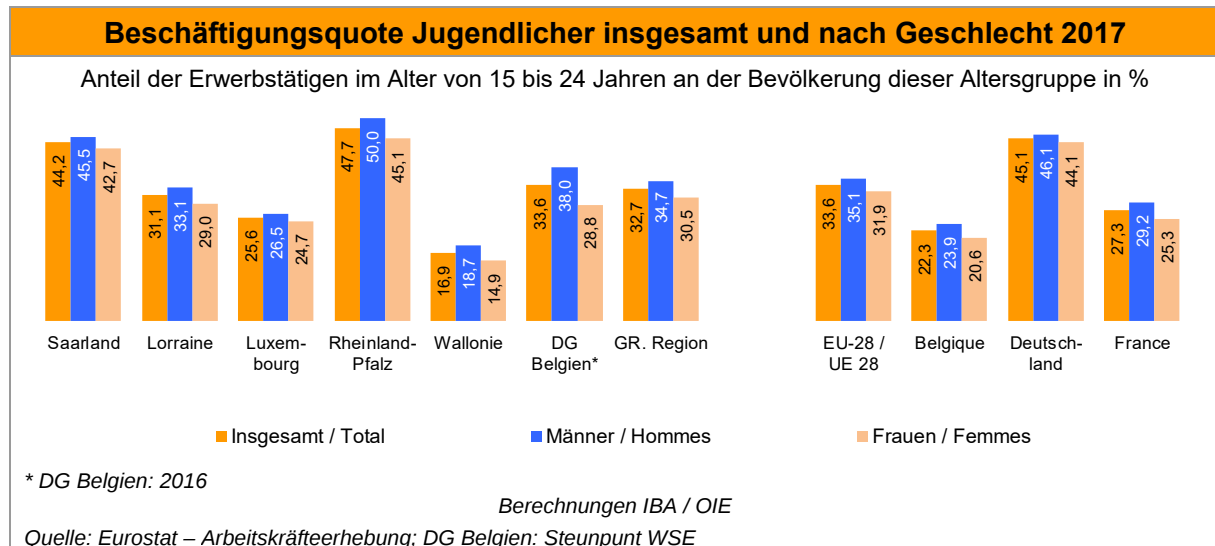


Junge Männer öfter in Beschäftigung als junge Frauen

Die geschlechterspezifische Analyse der Beschäftigungssituation zeigt, dass Männer öfter einer Beschäftigung nachgehen als Frauen. Dies ist auch bei den Jugendlichen in allen Teilregionen der Fall (Gender Gap in der Großregion: 4,2 Pp.). Für die Altersgruppe der 15- bis 24-Jährigen liegen die Gründe unter anderem auch in den verschiedenen Bildungswegen: die Quote der Studierenden im Tertiärbereich (Hochschulen und Universitäten) liegt bei den Frauen in der Großregion um fast zehn Prozentpunkte höher als bei den Männern (57,9% gegenüber 48,1%; Stand 2012⁶). Wenn diese Studentinnen keiner Nebentätigkeit nachgehen, fallen sie auch nicht in die Kategorie der Beschäftigten. Männer entscheiden sich dagegen häufiger für eine Berufsausbildung und stehen dem Arbeitsmarkt somit früher zur Verfügung.

⁶ Diese Daten werden von Eurostat seit 2012 nicht mehr aktualisiert.

Das Geschlechtergefälle ist in der Großregion (4,2 Punkte) höher als in der übrigen EU-28 (3,2 Punkte). Am stärksten ausgeprägt ist der Gender-Gap in der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens (9,2 Punkte). Es folgen Rheinland-Pfalz und Lothringen mit 4,9 bzw. 4 Punkten sowie die Wallonie und das Saarland (3,8 bzw. 2,8 Punkte). Das geringste geschlechtsspezifische Gefälle wird in Luxemburg (1,7 Punkte) festgestellt.

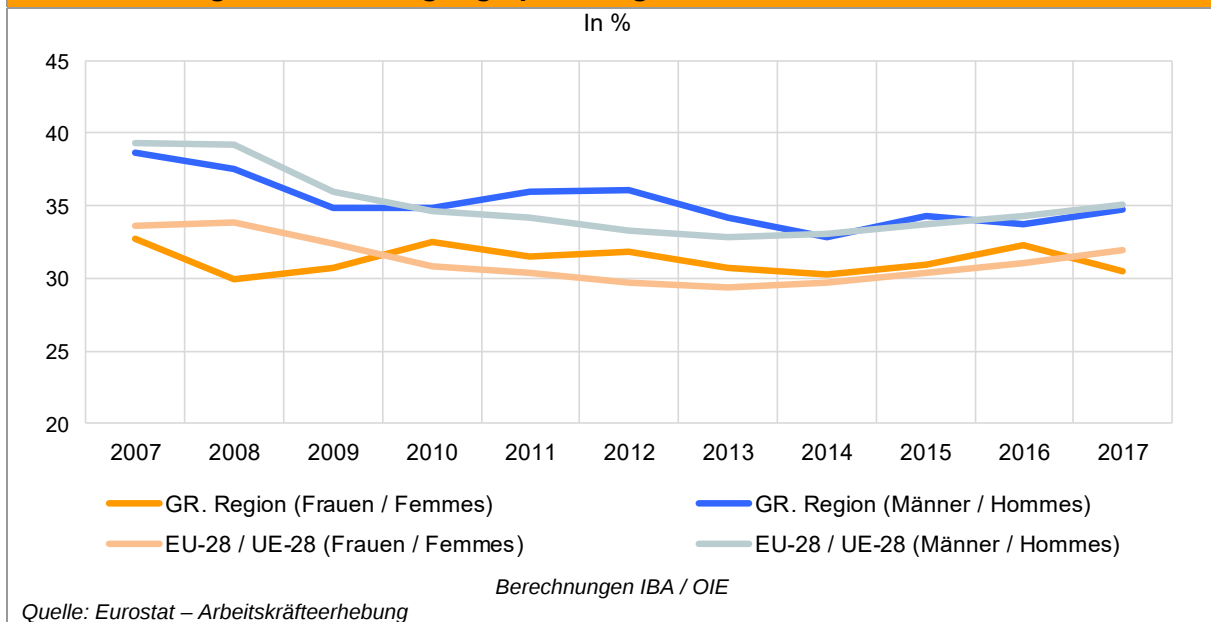


Beschäftigung junger Männer und Frauen im Zeitverlauf

Die Beschäftigungsquoten der jungen Männer und der jungen Frauen auf EU-Ebene entwickeln sich ab 2007 relativ parallel. Danach kam es im Jahr 2009 zu einem starken Rückgang und krisenbedingt zu einem weiteren Rückgang von 2010 bis 2013, wenn auch in geringerem Umfang. Ein Unterschied in der Entwicklung ist der deutlich heftigere Einbruch bei den Männern innerhalb des ersten Krisenjahrs. Im zweiten Jahr fiel der Rückgang bei den Männern dann aber etwas weniger stark aus als bei den Frauen (Männer: -3,3 Pp. und -1,3 Pp.; Frauen: -1,5 Pp. und -1,6 Pp.). Seit 2014 steigt die Jugendbeschäftigungsquote leicht an, und zwar in dem gleichen Verhältnis bei den Männern und bei den Frauen (2014: +0,6 Pp.; 2017: +0,8 Pp. im Vergleich zum Vorjahr).

Die großregionale Entwicklung dieser beiden Gruppen verlief weniger einheitlich. Auffallend ist vor allem die deutliche Abnahme im Jahr 2008, die bei den Frauen stärker ausgefallen ist als bei den Männern (-2,8 Pp. im Vergleich zu -1,1 Pp.). Aus den Daten der Teilregionen wird deutlich, dass diese Zunahmen hauptsächlich von Rheinland-Pfalz, Saarland und Lothringen getragen wurden. In den Krisenjahren zeigt sich, dass die Beschäftigungsquote der Frauen zwischen 15 und 24 Jahren schon 2008 einbricht und damit ein Jahr früher als die ihrer männlichen Altersgenossen. Der folgende Aufschwung vollzog sich bei den Frauen in den Jahren 2009 und 2010, bei den Männern verzögert 2011 und 2012. Im Jahr 2013 waren für beide Geschlechter Rückgänge erkennbar, bei den Männern aber stärker ausgeprägt (-1,9 Pp. gegenüber -1,1 Pp. bei den Frauen). Dahingegen stiegen die Werte bei den Männern von 2014 bis 2017 an. Bei den Frauen setzte sich der Rückgang, der 2011 begann, bis 2014 fort. In den Jahren 2015 und 2016 ist der Trend nach oben gerichtet, aber 2017 gehen die Werte um 1,8 Pp. im Vergleich zum Vorjahr zurück.

Entwicklung der Beschäftigungsquote Jugendlicher nach Geschlecht 2007-2017



2.3 Arbeitnehmer mit einem befristeten Vertrag

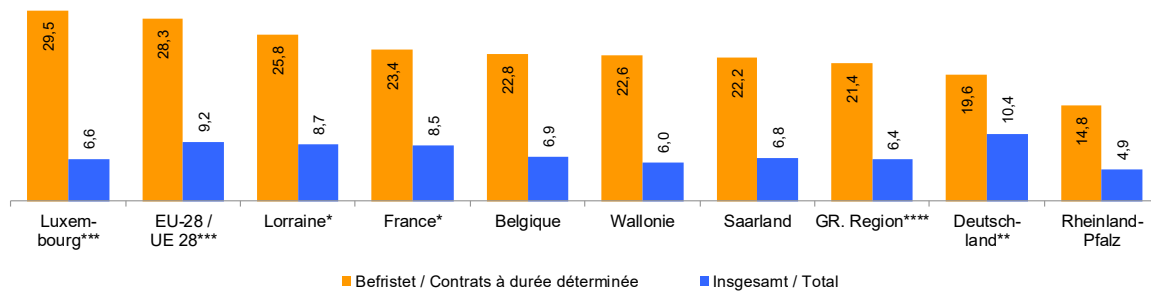
Auf regionaler Ebene stellen Jugendlichen einen überproportionalen Teil an befristet Beschäftigten

Für die folgende Betrachtung wurde nicht auf Daten von Eurostat zurückgegriffen, sondern auf Informationen der statistischen Ämter der Teilregionen der Großregion. Die Vergleichbarkeit der Ergebnisse ist daher eingeschränkt. Außerdem wurden die Leiharbeit nicht mit eingerechnet sowie in Rheinland-Pfalz, dem Saarland und Deutschland die Auszubildenden ausgeklammert.

Die Darstellung zeigt den Anteil der Jugendlichen an der befristeten Beschäftigung sowie an der Gesamtbeschäftigung. 2017 machten in der Großregion junge Menschen 6,4% aller Erwerbstätigen aus, aber mit 21,7% mehr als dreimal so viel an allen Menschen mit befristetem Arbeitsvertrag. In Luxemburg lag der Anteil Jugendlicher an der Gesamtbeschäftigung bei 6,6%, jedoch an der befristeten Beschäftigung mit 25,5% am höchsten und somit auch über dem Niveau der EU-28. Dem Großherzogtum folgt Lothringen mit einem Anteil von 25,8% an der Befristung (2015). In der französischen Region lag der Anteil der Jugendlichen an der Gesamtbeschäftigung bei 8,7% und damit im großregionalen Vergleich am höchsten. Auffallend ist zudem, dass, außer für Rheinland-Pfalz und die Wallonie, in allen Teilregionen der Anteil der Jugendlichen an den befristeten Beschäftigten niedriger liegt als in den jeweiligen Nationalstaaten.

Befristete Beschäftigung (ohne Leiharbeit) 2017

Anteil Jugendlicher (15-24 Jahre) an der befristeten Beschäftigung und an der Arbeitnehmerbeschäftigung insgesamt 2017 (in %)



* Lorraine, France: 2015

** Deutschland: 2016

*** Luxembourg und EU-28: Befristung nach Eurostat

**** GR. Region: mit Werten für Lothringen für 2015

Berechnungen IBA / OIE

Quellen:

Belgique, Wallonie: SPF Economie DGSIE – Enquête sur les forces de travail

Deutschland, Saarland, Rheinland-Pfalz: Mikrozensus, bezogen auf abhängige Erwerbstätige (ohne Auszubildende, ohne Soldaten und Zivildienstleistende)

France, Lorraine: INSEE – Recensement de la population 2015

EU / UE, Luxembourg: Eurostat – AKE

2.4 Mindestlohnregelungen für junge Menschen

Allgemeine gesetzliche Mindestlöhne sind in den meisten europäischen Ländern ein Werkzeug der Wirtschafts- und Sozialpolitik zur Regulierung des Arbeitsmarktes. Dies gilt auch außerhalb der europäischen Industriestaaten, wie beispielsweise in den USA, Kanada und Japan. Einem Bericht des WSI⁷ zufolge verfügen 37 Staaten weltweit über einen Mindestlohn. Innerhalb der EU verfügen 22 der 28 Mitgliedstaaten über einen branchenübergreifenden gesetzlichen Mindestlohn, darunter Deutschland, Belgien, Frankreich und Luxemburg. Lediglich sechs Länder – Dänemark, Finnland, Schweden, Österreich, Italien und Zypern – kennen keinen branchenübergreifenden Mindestlohn, sondern nach Branchen unterschiedene Tarife. Hier soll es in erster Linie um branchenübergreifende Mindestlöhne gehen, die für alle Berufszweige gültig sind. In einigen Staaten existieren darüber hinaus Mindestlöhne für bestimmte Wirtschaftszweige (tarifgebundene Mindestlöhne). Sie werden angewandt, soweit sie höher sind als der branchenübergreifende gesetzliche Mindestlohn. Andernfalls wird der allgemeine Mindestlohn angewandt.

Mindestlöhne als Mittel zur Umsetzung sozialpolitisch motivierter Ziele

Die Befürworter verfolgen mit einem gesetzlichen Mindestlohn die sozialpolitisch motivierten Ideen, die Lohnspreizung im Bereich gering qualifizierter Arbeit zu begrenzen und Armut trotz Beschäftigung zu verhindern. Davon könnten vor allem Jugendliche profitieren, da diese besonders häufig einem Armutsrisiko trotz Erwerbstätigkeit ausgesetzt sind. Außerdem soll einer

⁷ Vgl. Lübker, Malte / Schulten, Thorsten (2018): WSI-Mindestlohnbericht 2018. Preisentwicklung dämpft reale Lohnzuwächse, Düsseldorf, Hans-Böckler-Stiftung (WSI-Report 39, Februar 2018), S. 2

möglichen Ausbeutung der Arbeitnehmer durch Arbeitgeber mit monopsonistischer Marktmacht begegnet werden. Die Mindestlohngegner hingegen verweisen darauf, dass bei einer Erreichung der obengenannten Ziele ein Konflikt mit dem Ziel eines möglichst hohen Beschäftigungsniveaus entstehen könnte.⁸ Auch dies könnte vor allem Jugendliche treffen, die grundsätzlich einem erhöhten Arbeitslosigkeitsrisiko ausgesetzt sind (siehe Kapitel 3 Arbeitslosigkeit).

Gesetzliche Mindestlöhne (ML) in den Ländern der Großregion (2018)

	Belgique	France	Luxembourg	Deutschland
Amtliche Bezeichnung	RMMMG (revenu minimum mensuel moyen garanti)	SMIC (salaire minimum interprofessionnel de croissance)	SSM (salaire social minimum)	Flächendeckender, branchenübergreifender gesetzlicher Mindestlohn
Jahr der Einführung	1975	1970	1973	2015
Methode der Festsetzung	Allgemeinverbindlicher Tarifvertrag Aushandlung durch die Sozialpartner	Staatlich per Gesetz	Staatlich per Gesetz auf Empfehlung zuständiger Institutionen	Staatlich per Gesetz über eine Mindestlohnkommission (ständige Kommission der Tarifpartner)
Höhe (pro Stunde)	9,67 Euro ⁹	9,88 Euro	11,55 Euro	8,84 Euro ¹⁰
Geltungsbe- reich	Arbeitnehmer im privaten Sektor ab 18 Jahren	Alle Arbeitnehmer ab 18 Jahren	Alle Arbeitnehmer ab 18 Jahren	Alle Arbeitnehmer ab 18 Jahren (bzw. auch für unter 18-Jährige mit abgeschlossener Berufsausbildung)
Ausnahmen / Besonder- heit für Jugend- liche	Der ML gilt nicht für Auszubildende. Reduzierung des Mindestlohns für unter 18-jährige sowie für Studierende zwischen 18 und 21 Jahren Studierendenverträge: 82% des Mindestlohns für 18-jährige, 88% für 19-jährige, 94% für 20-jährige	Der ML gilt nicht für Auszubildende, Trainees und Praktikanten. Für die ersten sechs Monate der Branchenzugehörigkeit gilt: ▶ 90% des normalen ML für 17-18-Jährige ▶ 80% des normalen ML für 16-17-Jährige (Dies gilt jedoch nicht für unter 18-Jährige, die im Bereich der „emplois d’avenir“ (Zukunftsjobs) beschäftigt sind	▶ 80% des normalen ML für 17-18-Jährige ▶ 75% des normalen ML für 15-17-Jährige ▶ 80% des jeweils anwendbaren ML für Schüler	Der ML gilt nicht für Auszubildende, Praktikanten sowie für Jugendliche (unter 18 Jahren) ohne abgeschlossene Berufsausbildung.

Quellen: Belgien: www.emploi.belgique.be, Frankreich: <https://travail-emploi.gouv.fr/>, Luxemburg: www.quichet.public.lu, Deutschland: Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz: Gesetz zur Regelung eines allgemeinen Mindestlohns

⁸ Vgl. Franz, Wolfgang: Arbeitsmarktökonomik, 7. Auflage, Berlin 2009, S. 338ff.

⁹ Auf Basis einer 38-Stunden-Woche und ohne Zuschläge für Alter und Betriebszugehörigkeit. Weitere Informationen unter: Service public fédéral Emploi, Travail et Concertation sociale: Salaires minimums par (sous-) commission paritaire, 17.12.2018, <https://www.salairesminimums.be/document.html?jclid=cf2e07ee4e76fa89014e7734edb3052c&date=17/12/2018>

¹⁰ Erhöhung auf 9,19 € zum 1. Januar 2019 und auf 9,35 € zum 1. Januar 2020

Unterschiedliche Ausnahmeregelungen für junge Menschen bei der Gestaltung von Mindestlöhnen

Prinzipiell kann die durch den Mindestlohn festgelegte Lohnuntergrenze für alle Arbeitnehmer gleichermaßen gelten. Es ist aber auch möglich, dass ein Mindestlohn nur für einzelne Branchen oder Berufszweige gilt oder dass die Regelungen Ausnahmen beinhalten. Jugendliche Arbeitnehmer stellen dabei die einzige relevante Beschäftigtengruppe dar, für die in allen vier Ländern, zu denen die Teilgebiete der Großregion gehören, Sonderregelungen beschlossen wurden: Mitunter wurden niedrigere Mindestlohnsätzen für junge Menschen festgelegt oder diese von den Mindestlohnregelungen ausgeschlossen. Die folgende Tabelle zeigt unter anderem die bestehenden Ausnahmeregelungen und Besonderheiten für junge Menschen für die vier Länder der Großregion auf.

In **Belgien** beträgt der Mindestlohn seit September 2018 pro Stunde 9,67 Euro (ohne Zuschläge für Alter und Betriebszugehörigkeit und auf Basis einer 38-Stunden-Woche). Verminderte Sätze gelten für 17-jährige (76% des Mindestlohns) und unter 17-jährige (70% des Mindestlohns) sowie bei den 18-20-jährigen, soweit sie einen Studentenjob innehaben (82-94% je nach Alter). Der Mindestlohn gilt nicht für Familienmitglieder, die in einem Familienbetrieb arbeiten, junge Menschen in einer dualen Ausbildung und sehr kurze Arbeitsverträge (unter einem Monat).

In **Frankreich** existiert ebenfalls solch ein Jugendmindestlohn: Arbeitnehmer unter 17 Jahren erhalten lediglich 80% des derzeitigen Mindestlohns von 9,88 Euro, Arbeitnehmer zwischen 17 und 18 Jahren erhalten 90% des aktuellen Satzes. Allerdings gilt diese Regelung nur für Jugendliche, die weniger als sechs Monate praktische Arbeitserfahrung in der Branche, in der sie tätig sind, haben. Zudem bestehen in Frankreich weitere Ausnahmen, welche insbesondere junge Menschen betreffen. Bei Auszubildenden variiert der Prozentsatz des Mindestlohns stark in Abhängigkeit vom Alter und der Anzahl der bereits absolvierten Lehrjahre. Die Spannweite bewegt sich zwischen 25% des Mindestlohns für Auszubildende im Alter unter 18 Jahren, die sich im ersten Lehrjahr befinden, und 78% des Mindestlohns für Auszubildende über 21 Jahren, welche im dritten Ausbildungsjahr sind.¹¹ Auch für Trainees (*contrat de professionnalisation*) variiert der Mindestlohnsatz stark: von 55% für Arbeitnehmer unter 21 Jahren bis zu 70% für über 21-Jährige (bzw. zwischen 65% und 80%, wenn die Trainees über ein Abitur oder einen gleichwertigen Abschluss verfügen). Auszubildende über 26 Jahre erhalten den Mindestlohn oder 85% des Branchentarifs bei günstigeren Bedingungen.¹²

Auch in **Luxemburg** lässt sich von einem sogenannten Jugendmindestlohn sprechen. Im Großherzogtum reduziert sich der aktuelle Mindestlohnsatz von 11,55 Euro um 25% für 15- bis 17-Jährige sowie um 20% für 17- bis 18-Jährige. Bei kurzzeitigen Schüler- und Studentenjobs reduziert sich der für die jeweilige Altersgruppe geltende Mindestlohnsatz um weitere 20%. Desweiteren existiert in Luxemburg eine Regelung für Personen unter 30 Jahren, die seit mindestens drei Monaten als arbeitssuchend registriert sind. Diese können über einen sogenannten *contrat d'initiation à l'emploi*/Berufseinführungsvertrag für eine Höchstdauer von insgesamt 18 Monaten von einem Arbeitgeber beschäftigt werden. Diese Verträge stellen eine

¹¹ Vgl. Ministère du Travail, Le contrat d'apprentissage, <https://travail-emploi.gouv.fr/formation-professionnelle/se-former-en-alternance/l-apprentissage-160/contrat-apprentissage> (17.12.2018)

¹² Vgl. Ministère du Travail: Le contrat de professionnalisation, <https://travail-emploi.gouv.fr/formation-professionnelle/se-former-en-alternance/le-contrat-de-professionnalisation/article/le-contrat-de-professionnalisation> (17.12.2018)

Maßnahme der Arbeitsagentur dar, welche die Eingliederung in die Beschäftigung fördern soll. Die Arbeitgeber müssen dem über diesen Berufseinführungsvertrag beschäftigten Arbeitnehmer mindestens 80% des nationalen Mindestlohns zahlen, wenn der Arbeitnehmer unter 18 und ungelernt ist; bis hin zu 130%, wenn der Arbeitnehmer hochqualifiziert ist.

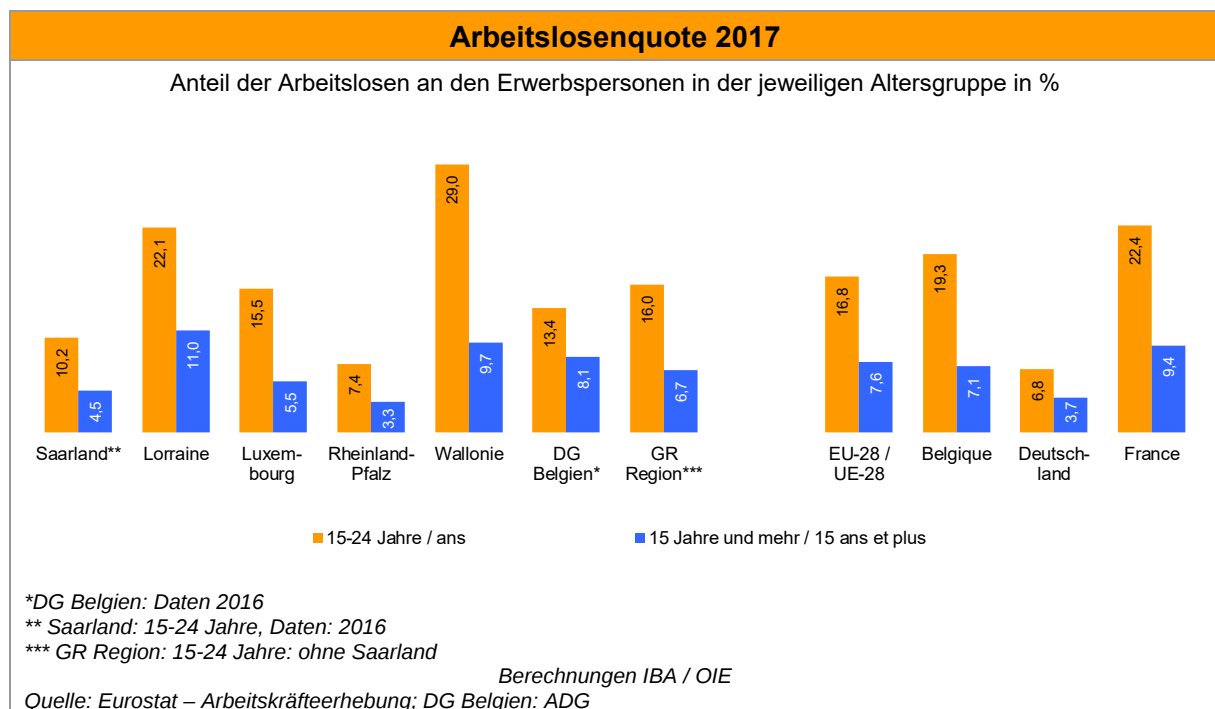
Der Mindestlohn in **Deutschland** betrug 2018 8,84 Euro und beinhaltet ebenfalls Ausnahmen, die in erster Linie junge Menschen betreffen. So gilt das deutsche Mindestlohngesetz zum einen nicht für die Vergütung von Auszubildenden. Zum anderen sind Praktikanten von der Regelung ausgeschlossen, die entweder ein verpflichtendes Schulpraktikum bzw. begleitendes Praktikum im Rahmen ihrer Berufsausbildung oder ihres Studiums leisten oder ein bis zu dreimonatiges Orientierungspraktikum absolvieren oder wenn das Praktikum eine Einstiegsqualifizierung bzw. Berufsbildungsvorbereitungsmaßnahme darstellt. Des Weiteren haben Jugendliche unter 18 Jahren, die über keine abgeschlossene Berufsausbildung verfügen, keinen Anspruch auf den Mindestlohn.¹³

¹³ Bundesministerium für Arbeit und Soziales: Mindestlohngesetz (18.07.2017), <https://www.bmas.de/DE/Service/Gesetze/mindestlohngesetz.html> (17.12.2018)

3. Arbeitslosigkeit

3.1 Arbeitslosenzahlen

Die Jugendarbeitslosenquoten sind in allen Teilgebieten der Großregion sowie in der EU höher als die Gesamtarbeitslosenquoten. Zurückzuführen ist dies insbesondere darauf, dass junge Menschen in Europa von der Finanz- und Wirtschaftskrise und ihren Auswirkungen besonders stark betroffen sind. Auch sind bestimmte Gruppen von jungen Menschen aus Gründen, die nicht auf die aktuelle Krise zurückgehen, längerfristig von Ausgrenzung bedroht. Außerhalb des Arbeitsmarkts zu stehen, hat sowohl für die Betroffenen als auch auf gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Ebene gravierende Folgen. Eine langfristige Abkopplung führt insbesondere zu finanziellen Belastungen und geringerem psychosozialen Wohlbefinden. Diese Probleme können über längere Zeit bestehen bleiben. Die Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit ist daher weiterhin eine politische Priorität der Regierungen. Zunehmend wird die Notwendigkeit anerkannt, Initiativen für die soziale Eingliederung, die über den Arbeitsmarkt hinausgehen, zu ergreifen. Junge Menschen sollen dabei unterstützt werden, aktive Mitglieder der Gesellschaft zu werden, und einen einfacheren Einstieg in den Arbeitsmarkt erhalten.¹⁴



Jugendarbeitslosenquote mehr als doppelt so hoch wie die Gesamtarbeitslosenquote

Wie die Daten der nach den ILO-Kriterien harmonisierten EU-Arbeitskräfteerhebung zeigen, lag die Jugendarbeitslosenquote in der Großregion 2017 bei 16,0% und damit mehr als doppelt so hoch wie die Gesamtarbeitslosenquote (Differenz von über 9,3 Prozentpunkten). Auf Ebene der EU-28 fielen die Arbeitslosenquoten sowohl für Jugendliche (16,8%) als auch für den gesamten Arbeitsmarkt höher aus als auf Ebene der Großregion. Im großregionalen Vergleich

¹⁴ Vgl. Eurofound: Social inclusion of young people, Publications Office of the European Union, Luxembourg, 2015

lassen sich erhebliche Unterschiede zwischen den einzelnen Teilregionen hinsichtlich der Arbeitslosigkeit Jugendlicher feststellen: 2017 waren in der Wallonie 29 Prozent der 15- bis 24-Jährigen arbeitslos, in Lothringen mehr als jeder fünfte Jugendliche (22,1%). Dagegen verzeichnete Rheinland-Pfalz mit 7,4% das geringste Arbeitsmarktrisiko für Jugendliche. Die Lage im benachbarten Saarland ist nicht ganz so gut (10,2%). Ebenfalls unterhalb des großregionalen Durchschnitts bewegten sich die Quoten für die Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens (13,4%) und Luxemburg (15,5%).

Unterschiedliche Bestimmungsgrößen von Jugendarbeitslosigkeit innerhalb der Großregion

Die Kriterien für die Bestimmung der Jugendarbeitslosigkeit müssen in der Großregion jedoch differenziert betrachtet werden. Bei der Berechnung der Arbeitslosenquote auf Basis internationaler Vereinbarungen wird die Zahl der Arbeitslosen in Bezug gesetzt zur Zahl der Erwerbspersonen der jeweiligen Personengruppe. Gerade bei den Jugendlichen zeigt die Erwerbsbeteiligung in den einzelnen Teilregionen jedoch sehr große Unterschiede, was sich dementsprechend auch statistisch in der Berechnung der Arbeitslosenquote niederschlägt. Zum Beispiel unterscheiden sich die als Bezugsgrundlage herangezogenen Personengruppen der Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Arbeitslose) zwischen Deutschland und Frankreich, was zum Teil die Differenz in den Quoten erklärt. In Deutschland werden die Jugendlichen, welche sich im dualen Ausbildungssystem¹⁵ befinden, als erwerbstätig betrachtet und zu den Erwerbspersonen gezählt. In Frankreich dagegen werden die Auszubildenden nicht als Erwerbspersonen geführt. Dadurch ist die Erwerbsbeteiligung in Frankreich niedriger und die Arbeitslosenquote entsprechend höher. Es gilt bei den Ausbildungssystemen im Allgemeinen, dass im Vergleich zu den drei übrigen Ländern das System der betrieblichen Berufsausbildung im dualen System in Deutschland wesentlich häufiger zum Zuge kommt. Das belgische und französische Bildungssystem ist durch eine Berufsausbildung gekennzeichnet, die mehr im schulischen Umfeld als im dualen System stattfindet. Entsprechend werden diese als Schüler betrachtet und nicht als Erwerbstätige – sie fallen also aus der Gruppe der Erwerbspersonen heraus. Liegt die Schulbesuchsquote sehr hoch, was einen Haupteinflussfaktor für die Erwerbsquote von Jugendlichen darstellt, so kann die Arbeitslosenquote sehr hohe Werte erreichen, auch wenn sie nur sehr wenige Jugendliche betrifft. Durch die oben erläuterten Unterschiede in der Zählung der Auszubildenden ist dies beispielsweise in Lothringen und der Wallonie der Fall. Um ein realistisches Bild zu erhalten, kann die Arbeitslosenquote mit der Erwerbsquote gewichtet werden, so dass die Arbeitslosen mit der Gesamtbevölkerung statt mit der sogenannten Erwerbsbevölkerung verglichen werden. Dieser Indikator wird im Folgenden als „**Jugendarbeitslosenanteil**“ bezeichnet.¹⁶

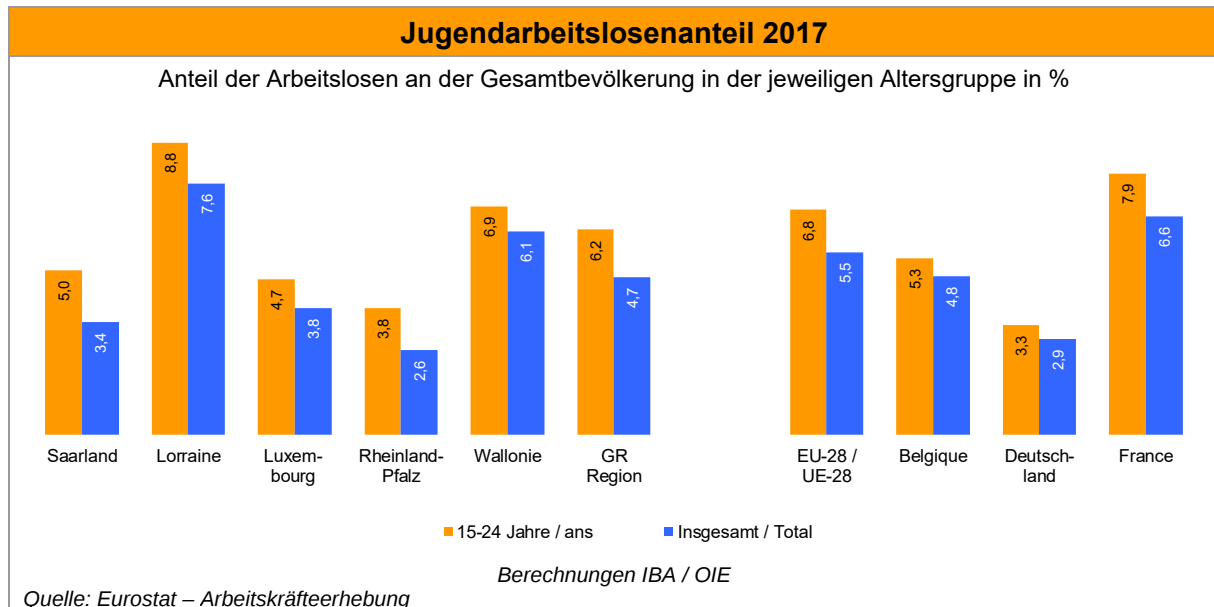
Relativierung der hohen Arbeitslosenquote Jugendlicher sowie der großregionalen Unterschiede

Auf Basis dieser Methode betrug im Jahr 2017 der Jugendarbeitslosenanteil in der Großregion 6,2% und bewegte sich damit auch hier unter dem europäischen Durchschnittswert (EU-28: 6,8%). Für beide Kooperationsräume gilt, dass die Unterschiede zu der Gesamtarbeitslosigkeit

¹⁵ Das duale System bezeichnet die Lehre mit abwechselnder Ausbildung im Betrieb und Unterricht in der Berufsschule.

¹⁶ Vgl. Eurostat: Messung der Jugendarbeitslosigkeit – wichtige Konzepte im Überblick, Eurostat Pressemitteilung vom 12. Juli 2013

wesentlich geringer ausfallen als zuvor (Großregion: 1,5 Pp., EU-28: 1,3 Pp.). Innerhalb der Großregion behält Rheinland-Pfalz mit einem Anteil von 3,8% den geringsten Wert. In allen Teilgebieten der Großregion gilt auch für die Arbeitslosenanteile, dass sich die Situation der Jugendlichen schlechter darstellt als für die Allgemeinheit. Mit 8,8% und 6,9% waren die Jugendlichen in Lothringen und der Wallonie im interregionalen Vergleich zwar nach wie vor am stärksten von Arbeitslosigkeit betroffen, allerdings sind die enormen Unterschiede sowohl zwischen den Teilräumen als auch zu der Gesamtarbeitslosigkeit deutlich relativiert.



Faktoren der Jugendarbeitslosigkeit

Der Unterschied zwischen der Jugendarbeitslosenquote und dem Jugendarbeitslosenanteil ist auf die Zahl der Jugendlichen, die nicht als Erwerbspersonen gelten, zurückzuführen. Beide Indikatoren zeigen aber, dass Jugendliche häufiger arbeitslos sind als Ältere. Das erhöhte Arbeitslosigkeitsrisiko Jugendlicher kann darauf zurückgeführt werden, dass der Übergang von Schule bzw. beruflicher Bildung in Beschäftigung in der Regel im Alter zwischen 15 und 24 Jahren erfolgt. Auch der Übergang vom Studium in Beschäftigung setzt in Folge der Bologna-Reform vermehrt im Jugendalter ein. Außerdem sind die ersten Beschäftigungsverhältnisse von Jugendlichen häufiger befristet (siehe Kapitel 2.3: „Arbeitnehmer mit einem befristeten Vertrag“), was das Arbeitslosigkeitsrisiko nach Auslaufen der Arbeitsverträge erhöht. Des Weiteren verfügen erwerbstätige Jugendliche über geringere betriebliche bzw. berufliche Erfahrung und betriebliche Senioritätsansprüche, was sich in einem erhöhten Freisetzungsrisko bereits beschäftigter Jugendlicher niederschlägt. Daneben sollten weitere individuelle Faktoren berücksichtigt werden, die jedoch nur schwierig zu messen sind. So scheint insbesondere die seelische Gesundheit jugendlicher Arbeitsloser ein bislang weitgehend vernachlässigtes Risiko zu sein.¹⁷

¹⁷ Vgl. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung: Jugendarbeitslosigkeit in Europa: Aktuelle empirische Befunde. In: Aktuelle Berichte vom 09. August 2013, S. 3ff.

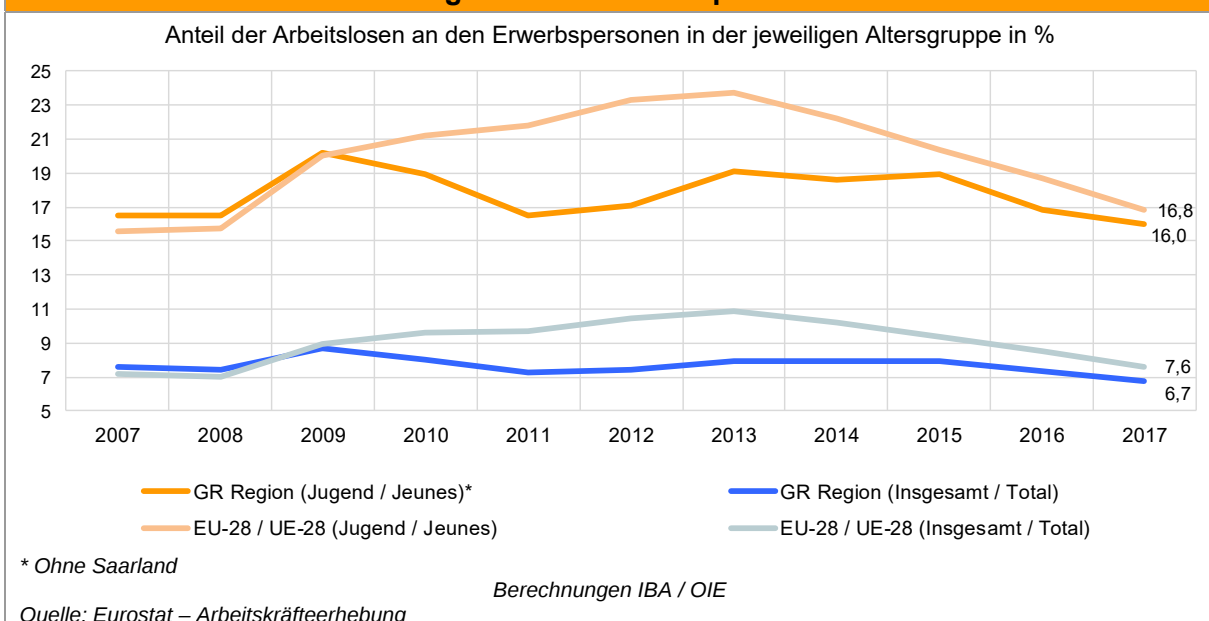
Arbeitslose Jugendliche im Alter von 15 bis 24 Jahren, 2007-2017 (Anzahl in 1.000)

	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Saarland	:	7,1	7,5	:	5,3	6,9	6,1	:	:	5,4	:
Rheinland-Pfalz	26,3	24,3	26,1	21,8	22,1	16,1	18,4	17,2	17,2	16,8	17,0
Lorraine	21,6	20,5	33,5	32,6	24,0	29,0	30,8	26,7	32,4	28,9	23,9
Luxembourg	2,2	2,8	3,1	2,0	2,5	3,1	2,4	3,5	4,0	3,9	3,3
Wallonie	38,8	37,4	42,5	42,2	34,5	38,1	42,6	40,1	39,0	30,9	30,5
DG Belgien	0,5	0,4	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	:
GR Region (ohne Saarland)	88,9	85,0	105,2	98,6	83,1	86,3	94,2	87,5	92,6	80,5	74,7

: nicht verfügbar

Berechnungen IBA / OIE

Quelle: Eurostat, ADG (DG: < 25 Jahre), Le Forem, VDAB, Actiris, Steunpunt WSE

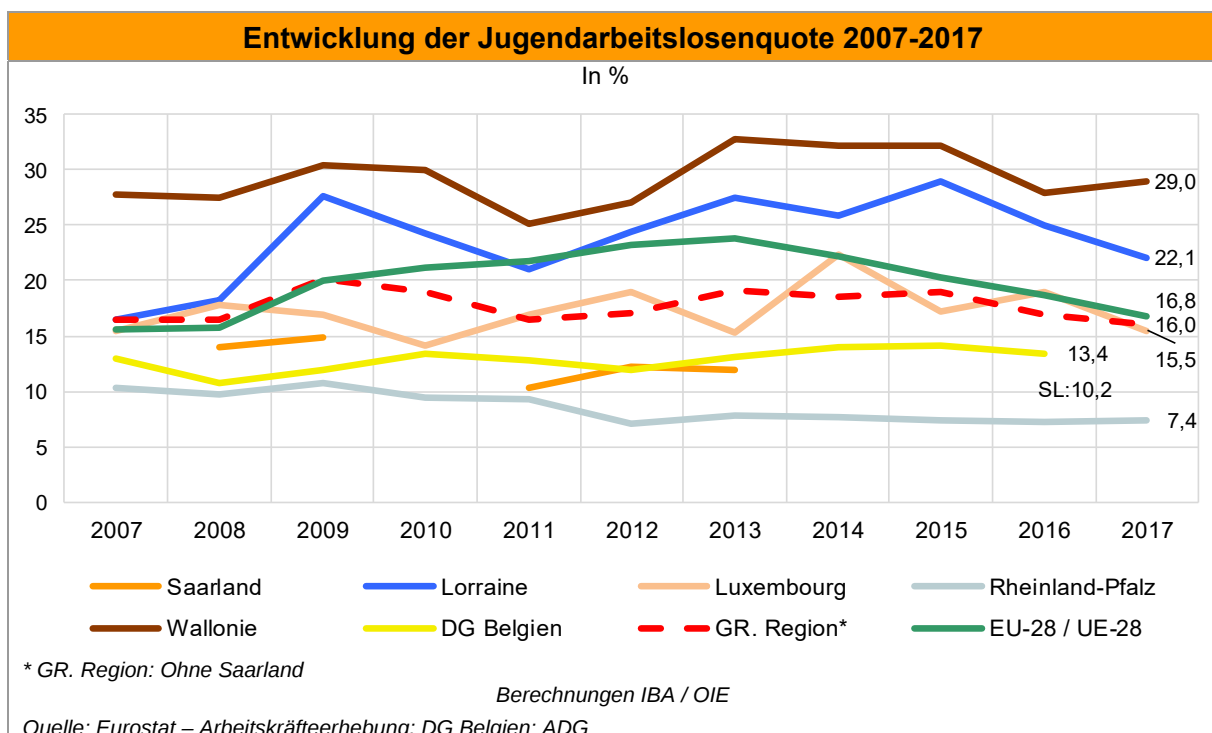
Entwicklung der Arbeitslosenquote 2007-2017**Jugendliche stärker von den Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise betroffen**

Von zentraler Bedeutung bei der Analyse der Jugendarbeitslosigkeit ist der Zusammenhang zwischen der wirtschaftlichen Entwicklung und der Arbeitslosigkeit im Allgemeinen sowie der Jugendarbeitslosigkeit im Besonderen, da sich diese deutlich konjunkturanfälliger zeigt. Dies wird im Vergleich des Verlaufs der Arbeitslosenquoten von Jugendlichen und insgesamt deutlich: sowohl in der Großregion als auch in der EU-28 zeigen die Arbeitslosenquoten beider Altersgruppen die gleichen Trends, welche für die Jugend aber jeweils stärker ausgeprägt sind. Auch wenn die Jugendarbeitslosenquote in der Großregion für den Zeitraum 2007-2017 im selben Ausmaß zurückgegangen ist wie die Gesamtarbeitslosenquote (-0,5 bzw. -0,8 Pp.), ist festzustellen, dass die Wirtschaftskrise auf die jungen Menschen einen stärkeren Einfluss hatte als auf die Gesamtbevölkerung. In der Tat nahm die Jugendarbeitslosenquote zwischen 2008 und 2009 um 3,7 Prozentpunkte zu, wohingegen die Gesamtquote ihrerseits eine Zunahme von 1,2 Prozentpunkten aufweist. Eine umgekehrte Entwicklung wie in der Großregion ist zwischen 2007-2017 in der EU zu beobachten. Der Zuwachs der Jugendarbeitslosenquote fiel höher aus als der der Gesamtquote (Jugend: +1,2 Pp.; Gesamt: +0,5 Pp.). Dieser EU-weit stärkere Anstieg ist im Wesentlichen auf die Entwicklungen nach dem Höhepunkt der Finanz-

und Wirtschaftskrise 2009 zurückzuführen: Während die Arbeitslosenquoten der Großregion zwischen 2009 und 2011 gesunken sind, stiegen die EU-Raten bis 2013 kontinuierlich an – insbesondere bei den Jugendlichen. Insgesamt verzeichnet die EU-28 somit einen Anstieg der Jugendarbeitslosenquote zwischen 2008 und 2013 um 8,1 Prozentpunkte. In der Großregion ist die Arbeitslosenquote junger Menschen in diesem Zeitraum um lediglich 2,6 Prozentpunkte gestiegen. Der Unterschied zwischen der europäischen und großregionalen Entwicklung lässt sich auf die Situation junger Menschen in den südeuropäischen Ländern der EU zurückführen, welche besonders hart von den Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise betroffen sind. Obwohl die Jugendarbeitslosenquote auf großregionaler Ebene von 2013 bis 2017 um 3,1 Prozentpunkte zurückgegangen ist, verzeichnet dieselbe Quote auf der Ebene des europäischen Raums einen Rückgang von 6,9 Prozentpunkten.

Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit in den vergangenen zehn Jahren

Innerhalb der Großregion stellt sich die Situation der Jugendlichen in der Wallonie und in Lothringen am negativsten dar: in diesen beiden Regionen liegt die Jugendarbeitslosenquote am höchsten. Auch in Lothringen war die Zunahme der Arbeitslosenquote junger Menschen für den Zeitraum 2007-2017 im Vergleich zu den anderen Teilregionen am stärksten (+5,6 Pp.) Im gleichen Zeitraum stieg die Arbeitslosenquote insgesamt lediglich um 3,5 Prozentpunkte. Somit hebt sich Lothringen deutlich von dem EU-28-Durchschnitt ab (+3,4 Pp.). Auf luxemburgischer Seite ist die Jugendarbeitslosigkeit weniger stark gestiegen als der europäische Durchschnitt (+0,1 Pp.). Hingegen verzeichnet Rheinland-Pfalz über den Zeitraum einen wesentlichen Rückgang der Jugendarbeitslosenquote von 3,0 Prozentpunkten. In der deutschen Teilregion ist es gelungen, seit 2006 einen beinahe kontinuierlich verlaufenden Rückgang der Jugendarbeitslosigkeit zu erreichen, auch die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise konnten relativ gut überstanden werden. Einen recht stagnierenden, wenn auch stetig leicht steigenden Verlauf nimmt die Kurve der Jugendarbeitslosigkeit in der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgien, wo die Quote zwischen 2007 und 2016 um 0,5 Prozentpunkte gestiegen ist.



Positive Entwicklungen der Jugendarbeitslosigkeit zwischen 2010 und 2017 auf kleinräumiger Ebene

Die oben beschriebenen Entwicklungen der Arbeitslosigkeit Jugendlicher zeigen sich teilweise auch über Daten der jeweiligen Arbeitsagenturen der Teilgebiete der Großregion zwischen 2010 und 2017. Die bei einigen Teilregionen feststellbaren Differenzen sind auf unterschiedliche methodologische Herangehensweisen zurückzuführen.¹⁸ Diese Daten, welche auch auf kleinräumiger Ebene zur Verfügung stehen, sind allerdings nur eingeschränkt miteinander vergleichbar.

Im Zeitraum 2010-2017 nahm die Jugendarbeitslosigkeit in **Rheinland-Pfalz** demnach um 18,4% (bzw. knapp 2.600 Personen) ab. Getragen wurde diese positive Entwicklung insbesondere von den Kreisen Westerwald, Rhein-Lahn und Mayen-Koblenz, in denen die Arbeitslosigkeit zwischen 34,5% und 51,1% zurückgegangen ist. Entgegen dem rheinland-pfälzischen Trend verlief die Entwicklung vor allem in den Städten Ludwigshafen (+23,1%) und Mainz (+12,6%).

Im **Saarland** kann für den Betrachtungszeitraum auf Kreisebene überall eine positive Entwicklung beobachtet werden. Insgesamt ist die Jugendarbeitslosigkeit an der Saar im Betrachtungszeitraum um 23,8% (-885 Personen) gesunken. Diese Entwicklung ist insbesondere auf den Kreis Saarlouis (-340 Personen bzw. -54,3%), Saarpfalz (-170 Personen bzw. -34,8%) und auch auf den Kreis Sankt Wendel (-107 Personen bzw. -51,9%) zurückzuführen.

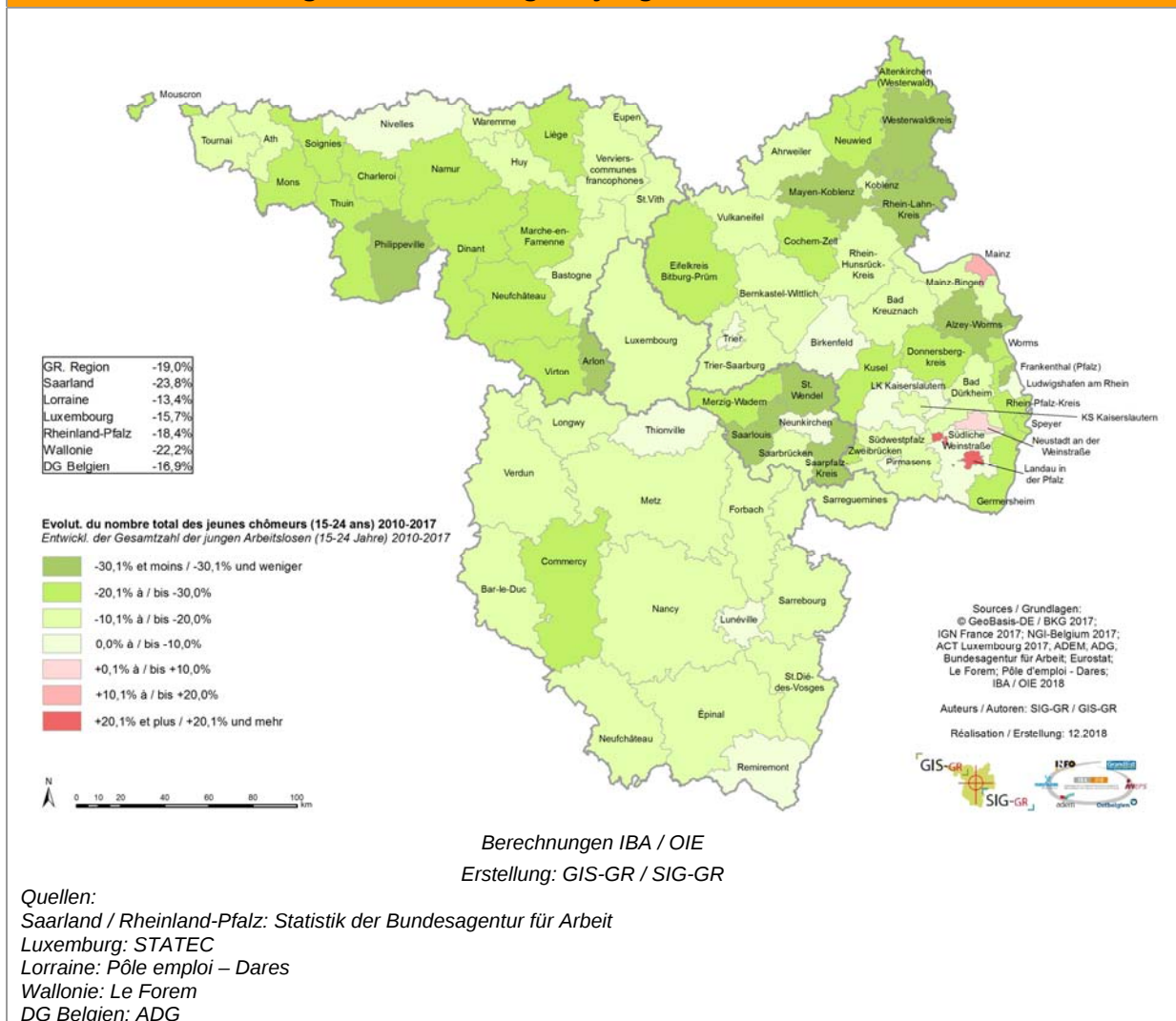
Auch in **Lothringen** ist die Jugendarbeitslosigkeit in allen der kleinräumig betrachteten Gebietseinheiten (*zones d'emploi* bzw. Beschäftigungszonen) zurückgegangen. Insgesamt verzeichnet Lothringen somit im Zeitraum 2010-2017 einen Rückgang der Arbeitslosigkeit junger Menschen um 13,4% (bzw. um 4.400 Personen). Im betrachteten Zeitraum waren die stärksten Abnahmen in den Beschäftigungszonen von Commercy (-149 Personen bzw. -21,9%), Forbach (-699 Personen bzw. -18,9%), Longwy (-224 Personen bzw. -18,6%) und Bar-le-Duc (-144 Personen bzw. -16,9%) zu verzeichnen.

In der **Wallonie** ist die Zahl junger Arbeitsuchender zwischen 2010 und 2017 um 22,2% gesunken (-12.172 Personen). Die Jugendarbeitslosigkeit ging im Betrachtungszeitraum in allen Arrondissements zurück mit, insbesondere in Arlon mit -33,1% (-236 Personen) und in Philippeville um -30,5% (-369 Personen). Am deutlichsten war der Rückgang in Charleroi mit -2.444 jungen Menschen (-27,4%) und in Liège mit -2.329 Personen (-20,3%). Die **Deutschsprachige Gemeinschaft Belgien** weist ihrerseits eine Verringerung der Jugendarbeitslosigkeit um -16,9% (-90 Personen) auf. Der nördliche Kanton Eupen verzeichnet im Betrachtungszeitraum -18,7% und der südlichen Kanton St. Vith -12%.

Ebenso positiv die Entwicklung in **Luxemburg**: zwischen 2010 und 2017 ging im Großherzogtum die Jugendarbeitslosigkeit um insgesamt 15,7% (bzw. 312 Personen) zurück.

¹⁸ Vgl. Anhang des Berichts

Entwicklung der Arbeitslosigkeit junger Menschen 2010-2017 in %



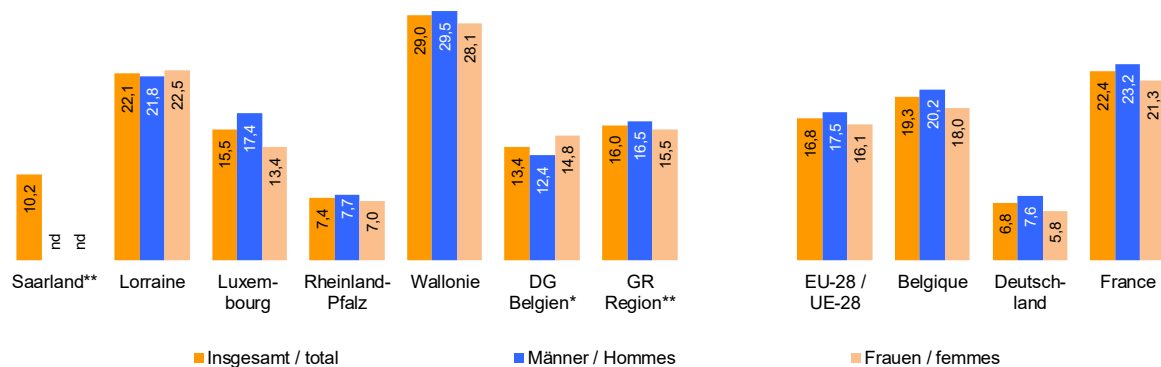
Günstigere Entwicklung bei jungen Frauen als bei jungen Männern

Junge Männer waren im Jahr 2017 auf großregionaler Ebene etwas häufiger von Arbeitslosigkeit betroffen als junge Frauen. Für das Saarland wies Eurostat keine geschlechtsspezifischen Daten in der Altersgruppe 15 bis 24 Jahre aus, so dass auch der großregionale Wert ohne die betreffende Teilregion berechnet wurde. Insbesondere in der Wallonie haben es junge Männer schwerer, einen Arbeitsplatz zu finden (1,4 Pp. im Vergleich zur weiblichen Arbeitslosenquote). In Lothringen ist die Jugendarbeitslosenquote der Frauen höher als die der jungen Männer. Dieses Phänomen ist bemerkenswert, da auf nationaler Ebene die männliche Jugendarbeitslosenquote die weibliche übersteigt.

Die Arbeitslosenquoten junger Männer lagen nicht nur 2017 höher als die entsprechende Quote junger Frauen, sondern haben sich auch seit 2007 deutlich ungünstiger entwickelt. Auf großregionaler Ebene (ohne Saarland) ist der Zeitraum 2007-2017 von einem Rückgang der Jugendarbeitslosigkeit gekennzeichnet, wobei diese Unterschiede je nach Geschlecht unterschiedlich waren: spürbarer Rückgang bei den jungen Frauen (-1,7 Pp.) und ein Anstieg bei den jungen Männern (0,6 Pp.).

Arbeitslosenquote Jugendlicher insgesamt und nach Geschlecht 2017

Anteil der Arbeitslosen im Alter von 15 bis 24 Jahren an den Erwerbspersonen dieser Altersgruppe in %



* DG Belgien: Daten 2016

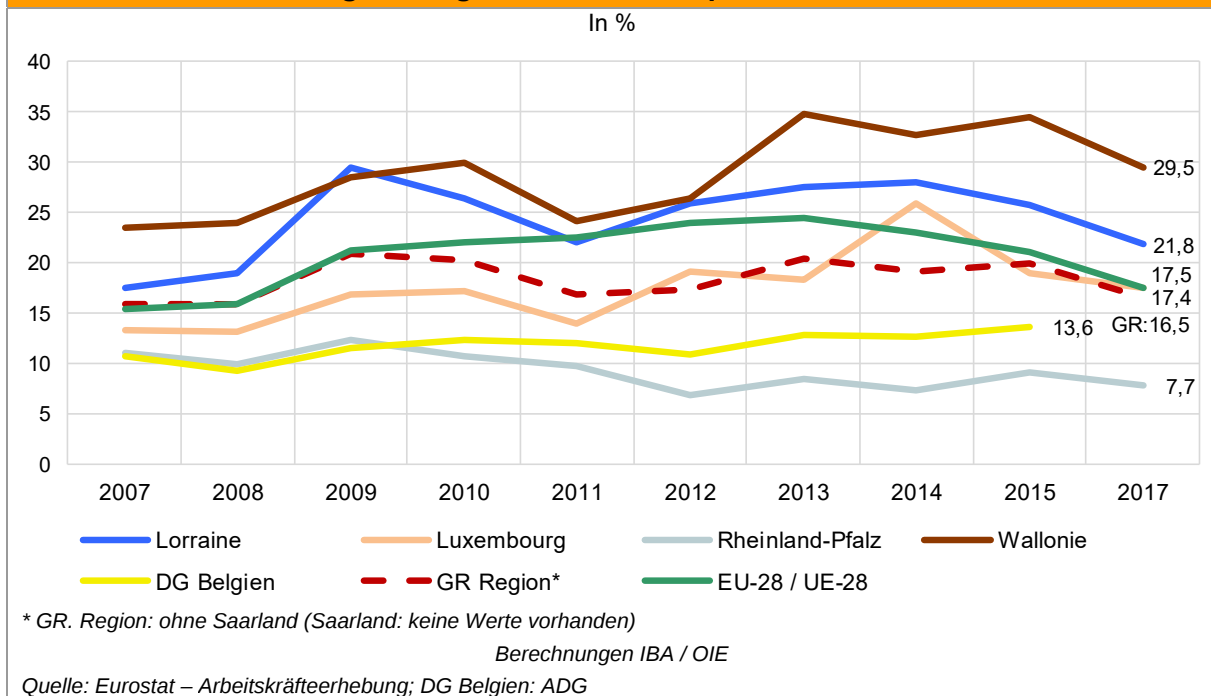
** GR. Region: Ohne Saarland

Berechnungen IBA / OIE

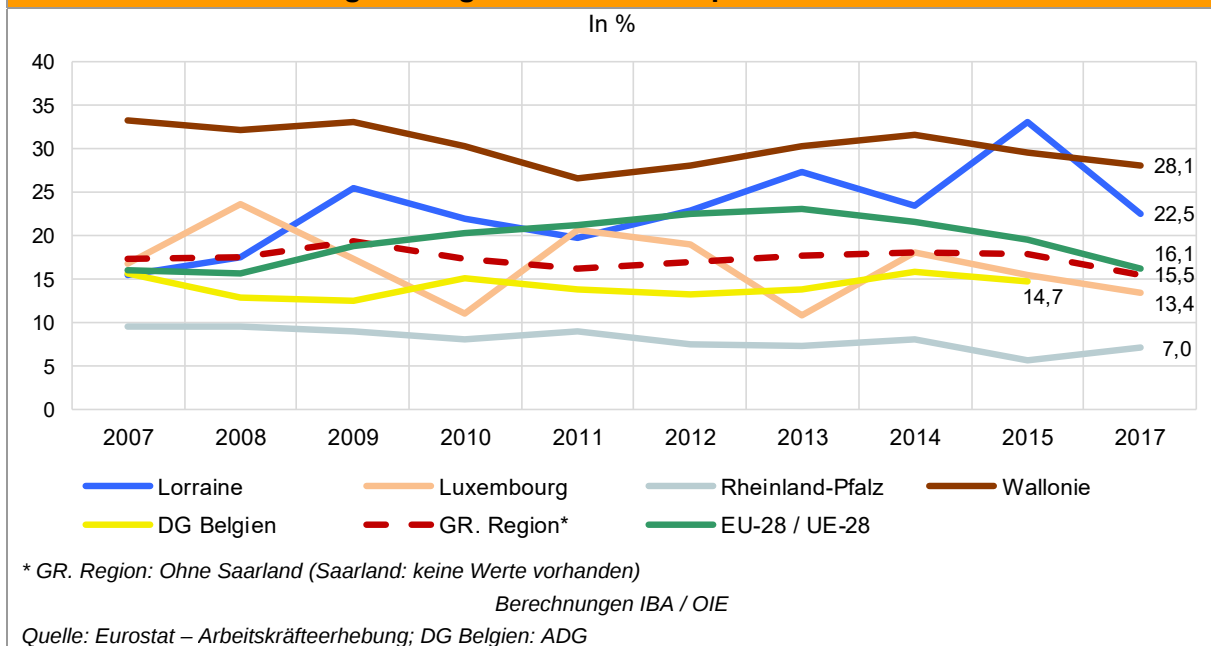
Quelle: Eurostat – Arbeitskräfteerhebung; DG Belgien: ADG

In Luxemburg und in der Wallonie ist der Rückgang der Jugendarbeitslosigkeit wiederum bei den jungen Frauen zu beobachten. Die Arbeitslosenquote junger Frauen in Luxemburg verzeichnete eine Abnahme von -3,3 Prozentpunkten, wohingegen die entsprechende Quote junger Männer um +4,1 Prozentpunkte gestiegen ist. Auf wallonischer Seite entwickelte sich die Arbeitslosenquote beider Gruppen in die gleiche Richtung (Frauen: -5,1 Pp.; Männer: +6,0 Pp.). Lothringen ist die einzige Teilregion, wo eine Zunahme der Arbeitslosenquote bei den jungen Frauen wie Männern zu beobachten ist (+7,1 Pp. bzw. +4,3 Pp.). In der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens variieren die Arbeitslosenquoten kaum (Männer: +1,0 Pp.; Frauen: -1,5 Pp.). Es ist lediglich Rheinland-Pfalz gelungen, die Arbeitslosigkeit der beiden Gruppen gleichzeitig zu senken – und zwar um -3,2 Prozentpunkte bei den jungen Männern und -2,6 Prozentpunkte bei den jungen Frauen. Auf europäischer Ebene hat sich die Lage jedoch insgesamt verschlechtert. Die Erhöhung der Arbeitslosigkeit war bei den jungen Männern (+2,1 Pp.) stärker als bei den jungen Frauen (+0,2 Pp.).

Entwicklung der Jugendarbeitslosenquote Männer 2007-2017



Entwicklung der Jugendarbeitslosenquote Frauen 2007-2017

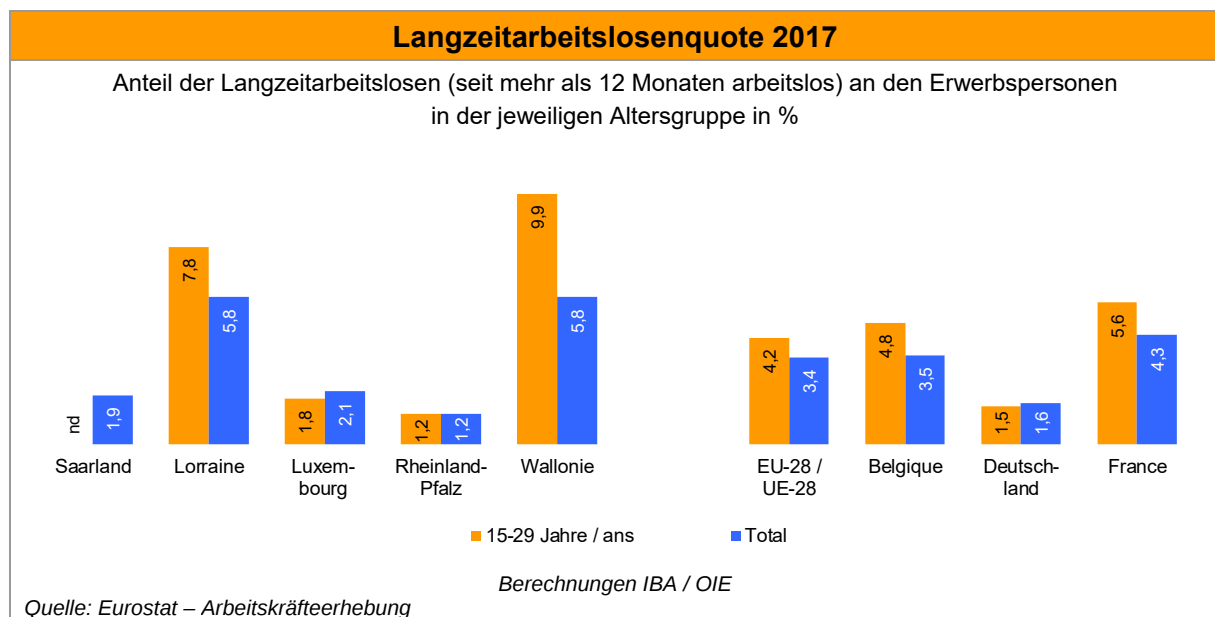


Aus einer Studie von Pôle Emploi aus dem Jahr 2013 geht zudem hervor, dass junge Männer in Lothringen mehr unter der Finanz- und Wirtschaftskrise gelitten haben als junge Frauen. Dies ist auf die vermehrte Beschäftigung junger Männer in der Industrie und im Baugewerbe zurückzuführen, welche stärker von der Krise betroffen waren als andere Branchen. Auch unterscheidet sich das Berufswahlverhalten zwischen den Geschlechtern: so konzentrieren sich junge weibliche Arbeitssuchende stark auf einige wenige Berufe – am häufigsten bewerben sie sich auf Berufe im Verkauf von Kleidung oder Nahrungsmitteln sowie auf Sekretariatstätig-

keiten. Bei den jungen Männern ist die Konzentration weniger stark ausgeprägt, die drei meistgefragten Berufe sind Roh- und Tiefbauarbeiten, Lagerung und Logistik sowie Maler- und Lackiererarbeiten.¹⁹

Junge Menschen sind einem höheren Risiko der Langzeitarbeitslosigkeit ausgesetzt

Die Eurostat-Daten zeigen außerdem, dass Jugendliche (hier Altersgruppe 15-29 Jahre) öfter über ein Jahr lang arbeitslos sind als Arbeitslose im Allgemeinen. Dies trifft insbesondere für die Wallonie und Lothringen zu, wo sowohl die Langzeitarbeitslosenquoten als auch die Unterschiede zu der Gesamtarbeitslosigkeit höher ausfallen als auf europäischer Ebene und in den jeweiligen Nationalstaaten. Junge Menschen sind besonders gefährdet von den negativen Konsequenzen von Langzeitarbeitslosigkeit. Den Verlust von Arbeitserfahrung in jungen Jahren mit dem einhergehenden Verlust von Humankapital hinterlässt Spuren für die zukünftige Arbeitsmarktpartizipation und zukünftige Einkommen (sogar, wenn zukünftige Arbeitslosigkeit vermieden wird). Außerdem müssen sie Verluste bei der Altersvorsorge hinnehmen (vor allem vor dem Hintergrund der alternden Bevölkerung ein Problem). Zudem demotiviert eine frühe Arbeitslosigkeit die Jugendlichen, sich weiter aktiv umzuschauen.²⁰



¹⁹ Vgl. Pôle Emploi: Les demandeurs d'emploi de moins de 26 ans en Lorraine, Repères & Analyse, 2013

²⁰ Vgl. Eurofound: NEETs – Young people not in employment, education or training: characteristics, costs and policy responses in Europe, 2012, S. 8

3.2 NEET-Rate

Die Rate der jungen Menschen, die weder eine Arbeit haben noch eine allgemeine oder berufliche Ausbildung absolvieren (NEET – *Not in Employment, Education or Training*), ist ein viel beachteter Indikator, welcher in den letzten Jahren in Europa häufig herangezogen wurde, um die Situation der Jugendlichen zu analysieren. Die EU hat mit der Strategie Europa 2020 das Problem der Ausgrenzung junger Menschen aus Bildung, Ausbildung und Arbeit verstärkt in den Blick genommen. Die Leitinitiative „Jugend in Bewegung“ und die beschäftigungspolitischen Richtlinien sind der Ansicht, dass es dringend notwendig ist, Maßnahmen für die betroffenen Jugendlichen zu ergreifen, bevor sie vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen und zum Leistungsempfänger werden. Die Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen hat 2012 und 2016 umfangreiche Berichte zu dem Thema veröffentlicht, auf deren Informationen sich der folgende Abschnitt zu einem großen Teil stützt.²¹

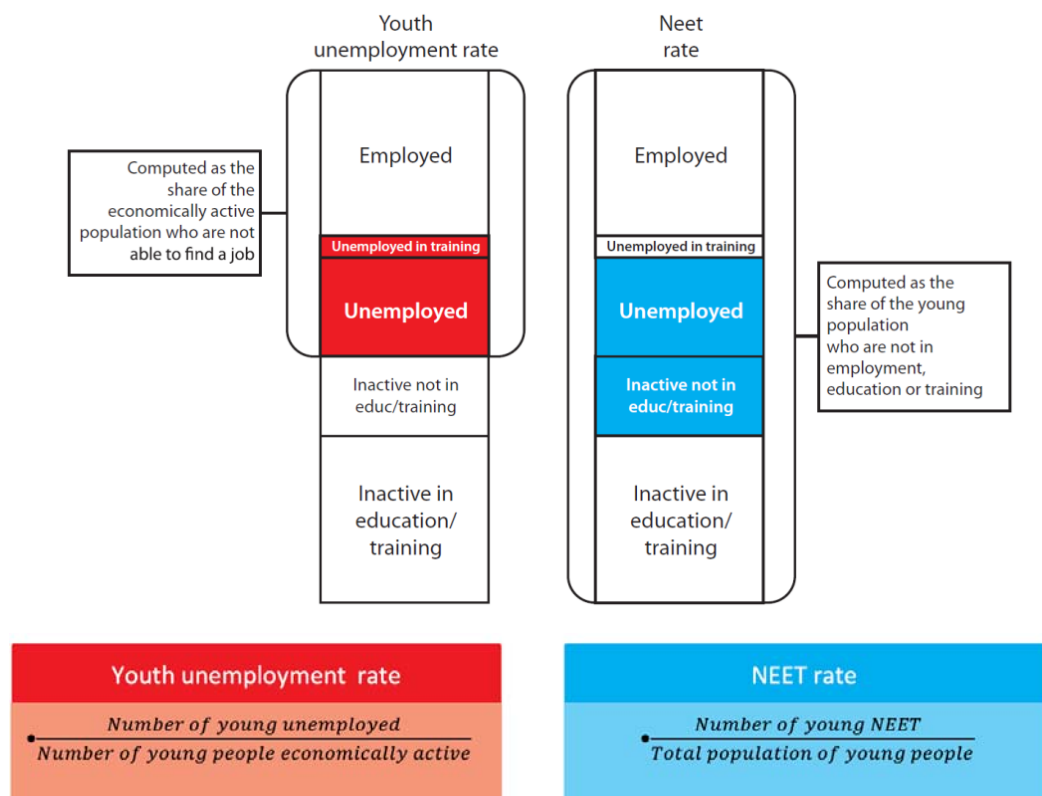
NEET-Rate als Alternativkonzept zur Jugend-Arbeitslosenquote

Wie im Kapitel Arbeitslosigkeit beschrieben, gibt es bei dem Konzept der Jugendarbeitslosenquote einiges zu beachten. Die Unterschiede in den beruflichen Bildungssystemen erschweren interregionale und internationale Vergleiche. Darüber hinaus berücksichtigt die Arbeitslosenquote durch die Verwendung der Kategorien der Erwerbstätigen oder Arbeitslosen in der Berechnung nicht die unterschiedlichen Situationen, in denen sich junge Menschen heute befinden, einige arbeiten parallel zum Studium, andere sind von Sozialleistungen abhängig, auch wenn sie arbeiten, usw. Tatsächlich verlaufen die Lebensläufe heute nicht mehr linear (zuerst Schule, dann das Berufsleben und schließlich der Ruhestand), und die beobachteten Situationen gestalten sich auch wesentlich individueller als in der Vergangenheit (nicht jeder folgt dem gleichen Standardlebensverlauf). Ein gutes Beispiel dafür sind Maßnahmen zur Förderung des lebenslangen Lernens, da sie es ermöglichen, Ausbildungs- und Beschäftigungszeiten abwechselnd zu gestalten und sich somit an die jeweilige Situation anzupassen. Traditionelle Ansätze nach Bevölkerungsgruppen (Erwerbstätige, Arbeitslose, Inaktive) sind darum zunehmend ungeeignet, die Situation junger Menschen am Arbeitsmarkt abzubilden. Das Konzept der NEET-Rate sieht daher vor, über die üblichen Klassifizierungen hinauszugehen.

Die folgende Grafik illustriert, inwiefern sich die Indikatoren Jugendarbeitslosenquote und NEET-Rate konzeptuell unterscheiden. Während bei der Arbeitslosenquote alle Arbeitslosen (einschließlich derjenigen in Weiterbildung) in den Zähler aufgenommen werden, ist die entscheidende Zahl bei der NEET-Rate die der Arbeitslosen und Nichterwerbstätigen, die sich nicht in Aus- oder Weiterbildung befinden. Auch der Nenner ist anders: Wenn sich die Jugendarbeitslosenquote auf die Erwerbsbevölkerung (erwerbstätig oder nicht erwerbstätig) bezieht, ist der Nenner bei der Berechnung der NEET-Rate die Gesamtbevölkerung einer Altersgruppe (in der Regel 18-24 Jahre), unabhängig davon, ob sie aktiv oder inaktiv ist. Dieser Indikator ermöglicht es auch somit, das Problem der Vergleichbarkeit in der Großregion zu umgehen, im Gegensatz zur Arbeitslosenquote, die die deutschen Gebiete begünstigt, da Auszubildende zur Erwerbsbevölkerung (und damit zum Nenner) gehören und nicht, wie beispielsweise in Frankreich, zu den nichterwerbstätigen Schülern. In Deutschland reduzieren diese Auszubildenden automatisch die Arbeitslosenquote.

²¹ Vgl. Eurofound: NEETs – Young people not in employment, education or training: characteristics, costs and policy responses in Europe, 2012; Eurofound: Exploring the diversity of NEETs, 2016

Unterschiede zwischen Jugendarbeitslosenquote und NEET-Rate



Quelle: European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions, 2012, S. 23

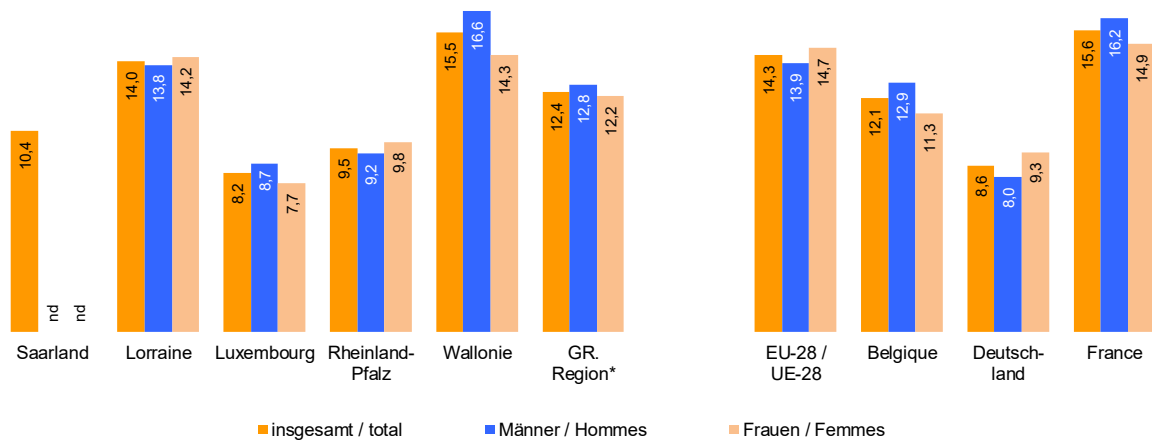
NEET-Raten innerhalb der Großregion variieren von 8,2% bis 15,5%

Die NEET-Rate der Großregion im Jahr 2017 betrug 12,4%; die Großregion schnitt damit besser ab als die EU-28 (14,3%). Im interregionalen Vergleich erzielten Luxemburg mit 8,2% und Rheinland-Pfalz mit 9,5% die niedrigsten Quoten. In allen anderen Teilregionen war 2017 immer noch mehr als jeder zehnte junge Mensch von einer NEET-Situation betroffen. Mit Ausnahme von Lothringen lagen die NEET-Raten in allen Teilgebieten der Großregion über dem jeweiligen nationalen Mittel.

Wie schon im Jahr 2015 fällt bei der geschlechterspezifischen Betrachtung für 2017 auf, dass sich in Luxemburg und in der Wallonie mehr Männer als Frauen in einer NEET-Situation befinden (+1,0 Pp. bzw. +2,3 Pp.). In Rheinland-Pfalz und in Lothringen ist die NEET-Rate bei den jungen Frauen nach wie vor höher als bei den jungen Männern, wenn auch mit einer deutlich geringeren Größenordnung als 2015 (0,6 bzw. 0,4 Prozentpunkte).

NEET-Rate 2017

Nichterwerbstätige Jugendliche im Alter von 18-24 Jahren, die an keiner Bildung und Ausbildung teilnehmen
in % der Bevölkerung im selben Alter



* GR. Region: Nach Geschlecht ohne Saarland

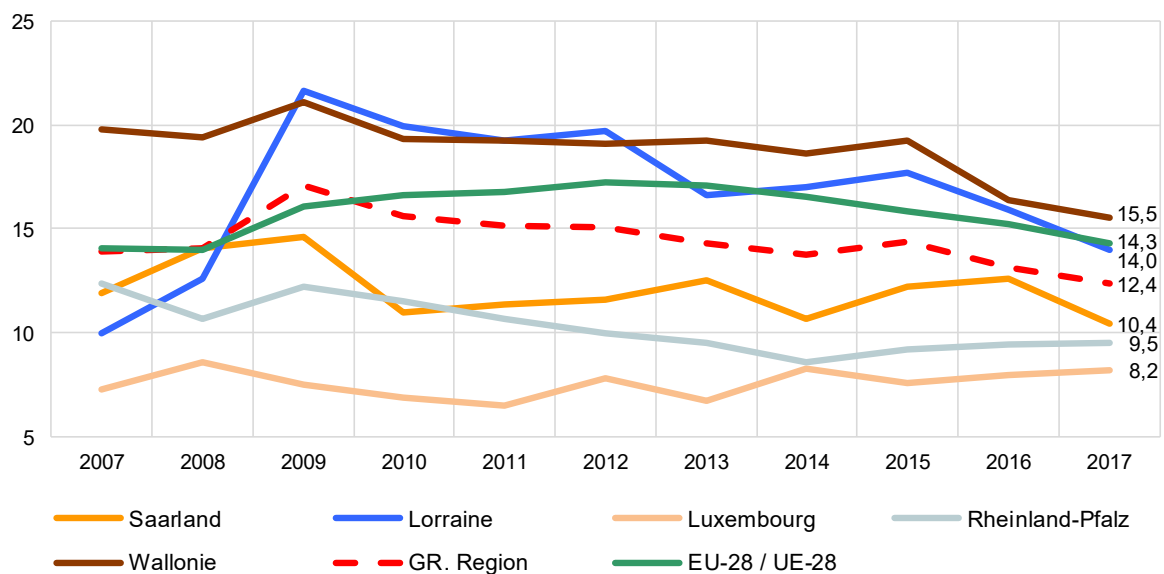
Berechnungen IBA / OIE

Quelle: Eurostat – Arbeitskräfteerhebung

Die Entwicklung der großregionalen NEET-Rate zeigt einen konjunkturabhängigen Verlauf: in den konjunkturstarken Jahren 2006 und 2007 fiel die NEET-Rate deutlich ab, zu Beginn der Finanz- und Wirtschaftskrise im Jahr 2009 kam es hingegen zu einem drastischen Anstieg (+3,1 Prozentpunkte). Seitdem ist der Anteil der erwerbslosen jungen Menschen, die sich nicht in Aus- oder Weiterbildung befinden, allerdings bis 2014 stetig zurückgegangen (-3,3 Pp.) und zwischen 2014 und 2015 wieder leicht gestiegen (+0,6 Pp.).

Entwicklung der NEET-Rate 2007-2017

In %



Berechnungen IBA / OIE

Quelle: Eurostat – Arbeitskräfteerhebung

Seit der Krise im Jahr 2008 sind die NEET-Raten in der Großregion von 17,1% im Jahr 2009 auf 12,4% im Jahr 2017 gesunken (-4,7 Prozentpunkte). Dieser Rückgang ist auf die allgemeine Verbesserung der Situation junger Menschen in allen Teilregionen der Großregion zurückzuführen, mit Ausnahme von Luxemburg, das im Laufe des Betrachtungszeitraums einen leichten Anstieg verzeichnete (+0,7 Punkte). In den anderen Gebieten war der stärkste relative Rückgang in Lothringen mit -7,6 Prozentpunkten auf 14,0% zu verzeichnen, obwohl sich die Situation der jungen Menschen in Lothringen, die weder in Beschäftigung noch in Ausbildung waren, durch die Krise besonders verschlechtert hatte (in einem Jahr, von 2008 bis 2009, war die NEET-Rate um 9 Prozentpunkte gestiegen). Seit 2013 verzeichnet die Wallonie die höchste NEET-Rate, wo sie 2017 noch bei 15,5% liegt. Der Rückgang seit 2015 in dieser Region ist jedoch sehr erfreulich (-3,7 Punkte).

NEETs: eine sehr heterogene Gruppe

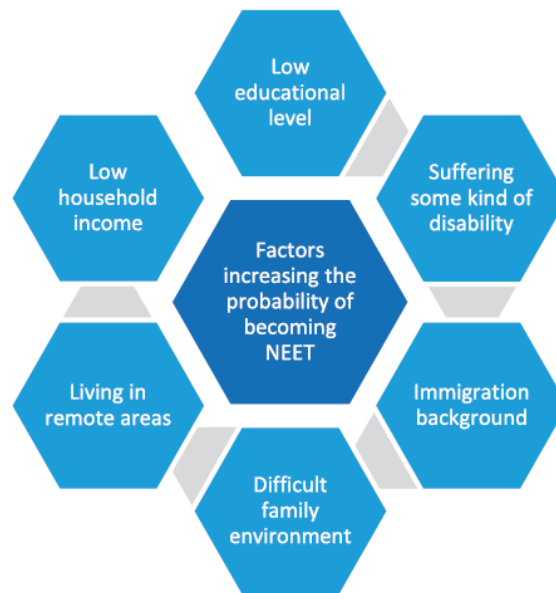
Unabhängig von den Zahlen ist es wichtig, sich bewusst zu machen, dass die Gruppe der NEETs sehr heterogen ist, auch wenn die oben dargestellten Zahlen mit einiger Vorsicht interpretiert werden sollten. Folgende Untergruppen können unterschieden werden:²²

- ▶ 1. „**traditionelle**“ **Arbeitslose**: die zahlenmäßig größte Gruppe, zu unterteilen in Kurzzeit- und Langzeitarbeitslose
- ▶ 2. „**Nicht-Verfügbare**“: junge Menschen mit Familienverantwortung oder kranke und behinderte junge Menschen
- ▶ 3. „**Anti-Soziale**“: junge Menschen, die nicht nach Arbeit oder Bildungsmöglichkeiten suchen, aber auch nicht durch Verpflichtungen oder fehlende Kapazitäten davon abgehalten werden; umfasst sowohl demotivierte Arbeitslose als auch andere junge Menschen am Rande der Gesellschaft
- ▶ 4. „**Chancen-Sucher**“: junge Menschen, die aktiv nach Arbeit oder Ausbildungsmöglichkeiten suchen, aber auf eine Gelegenheit warten, die ihren Fähigkeiten und ihrem Status entspricht
- ▶ 5. **Freiwillige NEETs**: junge Menschen, die eine andere lohnende Tätigkeit ausüben, wie z. B. Reisen, Erlernen einer künstlerischen Tätigkeit, oder sich um Persönlichkeitsentwicklung bemühen.

Es gibt daher deutliche Unterschiede zwischen diesen Kategorien, einerseits die jungen Menschen, die wirklich von der Ausgrenzung vom Arbeits- und Ausbildungsmarkt bedroht sind (1 und 3), und andererseits diejenigen, die sich für den Austritt aktiv entscheiden (4; 5). Sozial- und beschäftigungspolitische Projekte sollten weiterhin speziell auf die jeweilige Zielgruppe ausgerichtet sein. Darüber hinaus ist es wichtig, Faktoren zu identifizieren, die dazu beitragen können, ob ein junger Mensch ein erhöhtes Risiko aufweist, in eine NEET-Situation zu geraten, um präventive Maßnahmen ergreifen zu können.

²² Vgl. Eurofound: NEETs – Young people not in employment, education or training: Characteristics, costs and policy responses in Europe, 2012, S. 24

Faktoren, welche die Wahrscheinlichkeit erhöhen, in eine NEET-Situation zu geraten



Quelle: Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen, 2012, S. 57

Es besteht großer Konsens über drei große Einflussbereiche, nämlich soziale, persönliche und wirtschaftliche Faktoren.²³ Die Analyse einer Europäischen Wertestudie von 2008 brachte die folgenden Ergebnisse:

- ▶ Menschen mit **Behinderung** sind zu 40% häufiger NEETs
- ▶ Junge Menschen mit **Migrationshintergrund** sind zu 70% häufiger NEETs als inländische Staatsangehörige
- ▶ Menschen mit **niedrigem Bildungsniveau** sind dreimal häufiger NEETs als Hochschulabsolventen
- ▶ Das Leben in **abgelegenen Gebieten** erhöht das Risiko, zur NEET-Gruppe zu stoßen, um bis zu 50%
- ▶ Junge Menschen mit einem **niedrigen Haushaltseinkommen** sind häufiger NEETs als Altersgenossen mit Durchschnittseinkommen
- ▶ Junge Menschen deren **Eltern arbeitslos** sind oder waren, sind zu 17% häufiger NEETs als Altersgenossen mit erwerbstätigen Eltern
- ▶ Junge Menschen aus **geschiedenen Ehen** sind zu 30% häufiger NEETs.

²³ Die Daten hierzu stammen aus der Europäischen Wertestudie 2008, einer länderübergreifenden Längsschnittstudie, siehe <http://www.europeanvaluesstudy.eu/>. Diese unterscheidet sich leicht von den Ergebnissen der Arbeitskräfteerhebung, aus der die vorangegangenen Daten stammen. So wird zum Beispiel die Altersgruppe der 15- bis 29-Jährigen betrachtet.

3.3 EU-Jugendgarantie

Wie aus den vorangegangenen Kapiteln hervorgeht, sind junge Menschen besonders stark von den Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise betroffen. Sie sind stärker gefährdet, da sie am Übergang zwischen Lebensabschnitten stehen, nur wenig Berufserfahrung haben, bisweilen ungenügend ausgebildet sind, oft nur einen geringen Sozialschutz genießen, beschränkten Zugang zu Finanzmitteln haben oder in prekären Beschäftigungsverhältnissen arbeiten.

Als eine Maßnahme zur Unterstützung junger Menschen schlug die Europäische Kommission im Dezember 2012 im Rahmen eines Jugendbeschäftigungspaketes²⁴ die Einführung einer Jugendgarantie vor.

Dieses Konzept zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit meint:

*eine Situation, in der jungen Menschen binnen vier Monaten nach Verlust einer Arbeit oder dem Verlassen der Schule eine hochwertige Arbeitsstelle bzw. weiterführende Ausbildung oder ein hochwertiger Praktikums- bzw. Ausbildungsplatz angeboten wird. Ein Angebot einer weiterführenden Ausbildung könnte auch qualitativ hochwertige Schulungsprogramme, die zu einer anerkannten Berufsqualifikation führen, umfassen.*²⁵

Ziel ist es also, dass alle jungen Menschen unter 25 Jahren – ob beim Arbeitsamt gemeldet oder nicht – innerhalb von vier Monaten nach Abschluss ihrer Ausbildung oder nachdem sie arbeitslos geworden sind, ein konkretes und qualitativ hochwertiges Angebot erhalten. Dieses Angebot – eine Arbeitsstelle, ein Ausbildungsplatz, ein Praktikum oder eine Fortbildung – sollte auf die persönliche Situation und die Bedürfnisse der Person abgestimmt sein.²⁶

Praktische Erfahrungen mit Jugendgarantien

Die Jugendgarantie beruht auf praktischen Erfahrungen in Österreich und Finnland. So führte zum Beispiel die **finnische Jugendgarantie** zu einer beträchtlichen Senkung der Jugendarbeitslosigkeit: Laut einer Eurofound-Studie aus dem Jahr 2011²⁷ erhielten 83,5% der jungen Arbeitssuchenden binnen drei Monaten nach ihrer Arbeitslosmeldung einen Arbeitsplatz, einen Praktikumsplatz, eine Lehrstelle oder eine Weiterbildung.²⁸ Vor dem Hintergrund dieser Erfahrungen versuchte die finnische Regierung Anfang 2013, die neue Garantie umfassender zu gestalten und so zu konzipieren, dass Beschäftigungs- und Ausbildungselemente miteinander kombiniert werden sowie Arbeitslosigkeit von vornherein vermieden wird. So wird jedem jungen Menschen unter 25 Jahren und jedem Hochschulabsolventen unter 30 Jahren innerhalb von drei Monaten nach Beginn der Arbeitslosigkeit eine Beschäftigung, ein Praktikum,

²⁴ Vgl. Europäische Kommission: Arbeitsplätze für junge Menschen: Kommission legt Maßnahmenpaket vor, 05.12.2012, <http://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=de&catId=1036&newsId=1731&furtherNews=yes>

²⁵ Vgl. Europäische Union: Amtsblatt der Europäischen Union: Empfehlungen des Rates vom 22. April 2013 zur Einführung einer Jugendgarantie, C120/1, 26. April 2013, S. 1, [http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX%3A32013H0426\(01\)](http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX%3A32013H0426(01))

²⁶ Vgl. Europäische Kommission: Arbeitsunterlage der Kommissionsdienststellen: Begleitunterlage zum Vorschlag für eine Empfehlung des Rates zur Einführung einer Jugendgarantie, 5. Dezember 2012, <http://ec.europa.eu/social/BlobServlet?docId=9222&langId=de>, S. 2f.

²⁷ Vgl. Eurofound: Youth Guarantee: Experiences from Finland and Sweden, 2012, https://www.eurofound.europa.eu/sites/default/files/ef_publication/field_ef_document/ef1242en.pdf, S. 2

²⁸ Vgl. Europäische Kommission: Die EU-Jugendgarantie, MEMO/14/530, 16. September 2014, S. 2, http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-14-530_de.pdf, sowie Europäische Kommission: Jugendgarantie – Sinn und Zweck einer Jugendgarantie, <http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=1079&langId=de>

eine innerbetriebliche Ausbildung, ein Studienplatz oder eine befristete Tätigkeit in einer Werkstatt oder in einer Einrichtung zur beruflichen Rehabilitation angeboten. Außerdem wird jedem Schulabgänger ein Platz in einer weiterführenden Schule (Sekundarstufe 2), eine berufliche Aus- oder Weiterbildung, eine Ausbildungsstelle in einer Jugendwerkstatt, in einer Einrichtung zur beruflichen Rehabilitation oder in sonstiger Weise angeboten.²⁹ Die Anfang 2013 in Finnland eingeführte Jugendgarantie³⁰ kommt der im Kommissionsvorschlag für eine Empfehlung des Rates beschriebenen Garantie damit am nächsten. In **Österreich** wurde 2008 eine „Ausbildungsgarantie“ eingeführt, die jungen Menschen unter 18 Jahren, die selbst keinen Ausbildungsplatz in einem Unternehmen finden, die Möglichkeit einer Lehre in einer von der Arbeitsverwaltung finanzierten überbetrieblichen Lehreinrichtung bietet.³¹ Außerdem gewährleistet eine „Beschäftigungs- und Ausbildungsgarantie“ für junge Menschen zwischen 19 und 24 Jahren, dass arbeitslosen jungen Menschen innerhalb der ersten sechs Monate nach ihrer Meldung eine Beschäftigung, eine gezielte Ausbildung oder eine öffentlich geförderte Beschäftigung angeboten wird.³² Inzwischen gibt es in Österreich sogar eine Ausbildungspflicht für junge Menschen unter 18, d. h. dass jeder Jugendliche unter 18 nach Ende seiner Pflichtschulzeit eine Ausbildung, weiterführende Schulbildung, Qualifizierung oder ähnliches absolvieren muss.³³

Umsetzung und Finanzierung der EU-Jugendgarantie

Die Empfehlung für eine Jugendgarantie wurde am 22. April 2013 vom EU-Ministerrat angenommen und vom Europäischen Rat bei seiner Tagung im Juni 2013 gebilligt.³⁴

Alle EU-Mitgliedstaaten haben die Jugendgarantie grundsätzlich akzeptiert und mussten einen Umsetzungsplan für die Jugendgarantie vorlegen. Die Europäische Kommission hilft beim Erstellen der nationalen Aktionspläne und arbeitet auf eine möglichst rasche Verwirklichung der Jugendgarantie hin. Die Pläne sollten vor allem Folgendes beschreiben:

- ▶ die Rolle der öffentlichen Bildungseinrichtungen und Arbeitsverwaltungen, der Jugendorganisationen sowie der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbände;
- ▶ Strukturreformen und andere Initiativen zur Einführung der Jugendgarantie;
- ▶ die Finanzierung der Jugendgarantie, einschließlich der Förderung aus der Beschäftigungsinitiative für Jugendliche und dem Europäischen Sozialfonds (ESF);
- ▶ einen Zeitplan für die Umsetzung und die Beobachtung der Fortschritte.³⁵

²⁹ Im Entwicklungsplan 2011-2016 wird dies als „Ausbildungsgarantie“ (educational guarantee) bezeichnet; die Ausbildungsgarantie ist Bestandteil der Jugendgarantie. Vgl. Ministry of Education and Culture: Education and Research 2011–2016. A development plan, Reports of the Ministry of Education and Culture, Finland 2012:3, <http://www.minedu.fi/export/sites/default/OPM/Julkaisut/2012/liitteet/okm03.pdf>, S. 31

³⁰ Vgl. Ministry of Employment and Economy: Youth guarantee 2013. Finland, 13. März 2012, http://www.ungdomsgaranti.fi/files/34025/Social_guarantee_for_youth_2013.pdf

³¹ Vgl. Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz Österreich: Jugend und Arbeit in Österreich – Berichtsjahr 2010, S. 59f.

³² Vgl. Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz Österreich: Aktion Zukunft Jugend! – Für mehr Beschäftigung in Österreich, 01. April 2009, S. 2

³³ Vgl. Republik Österreich, Parlament: Ausbildungspflichtgesetz vom 06.07.2016, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXV/II/II_01178/index.shtml

³⁴ Vgl. Europäische Kommission: Die EU-Jugendgarantie, MEMO/14/530, 16. September 2014, S. 2.

³⁵ Vgl. Europäische Kommission: Jugendgarantie: Mitgliedstaaten bereiten sofortige Umsetzung vor, Pressemitteilung, 17. Oktober 2013, http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-969_de.htm

Die wichtigste EU-Finanzierungsquelle für die Projekte der Jugendgarantie ist der Europäische Sozialfonds (ESF), aus dem den Mitgliedstaaten im Zeitraum 2014-2020 jedes Jahr mehr als 10 Mrd. Euro zur Verfügung stehen. Der ESF gehört zu den europäischen Struktur- und Investitionsfonds, für deren Nutzung die Kommission Partnerschaftsvereinbarungen mit den Mitgliedsländern abschließt. Inzwischen wurden mit allen Mitgliedstaaten Vereinbarungen geschlossen. Zur Aufstockung der EU-Finanzhilfen für die Regionen, die am stärksten unter Arbeitslosigkeit junger Menschen leiden, wurde die mit 6,4 Mrd. Euro ausgestattete Beschäftigungsinitiative für junge Menschen eingerichtet. Die Europäische Kommission beschloss Ende 2016 weitere zwei Milliarden Euro aus Europa und dem Europäischen Sozialfonds für den Zeitraum bis 2020 in diesen Haushalt einzustellen.³⁶ Die Unterstützungsmaßnahmen konzentrieren sich auf Regionen mit Jugendarbeitslosenquoten von mehr als 25% (bezogen auf 2012) und auf die sogenannten NEETs (junge Menschen, die sich weder in Ausbildung noch in Beschäftigung befinden). Dadurch soll gewährleistet werden, dass in den Teilen Europas, in denen die Probleme besonders gravierend sind, die Höhe der Unterstützung ausreicht, um tatsächlich etwas zu bewirken.

Ende 2016, drei Jahre nach der Umsetzung der Jugendgarantie zog die EU-Kommission ein positives Zwischenfazit: Es gab 1,4 Mio. weniger junge Arbeitslose in der EU und in vielen Mitgliedstaaten war die Jugendarbeitslosigkeit schneller gefallen als die allgemeine Arbeitslosigkeit, was die Effizienz der strukturellen Arbeitsmarktreformen aufzeigte. Zwischen Januar 2014 und Ende 2016 haben 14 Mio. junge Menschen von den Förderangeboten der Jugendgarantie profitiert, ca. 9 Mio. nahmen ein Angebot an, zumeist eine Arbeitsstelle.³⁷

Laut eines Berichts des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung von 2017 hätte die Jugendgarantie nichts gegen die Unsicherheit der Jugend in Europa unternommen. Bei den ihnen angebotenen Arbeitsplätzen handele es sich um befristete oder Teilzeitarbeitsplätze. Die von der Jugendgarantie betroffenen Länder konnten nicht sicherstellen, dass allen Jugendlichen, die weder in einer Beschäftigung noch in der Aus- oder Weiterbildung sind, ein Angebot gemacht wird. Es ist schwierig, die wirklich innovativen Lösungen der Jugendgarantie zu bewerten.³⁸

Verstärkte Betreuung der Zielgruppen in Frankreich

Im Rahmen des nationalen operationellen Programms erhält Frankreich 432 Mio. Euro aus der Beschäftigungsinitiative für junge Menschen und dem Europäischen Sozialfonds (ESF). Zu den Maßnahmen gehören Beratung und Umschulung gering qualifizierter Personen, Mobilitätsförderung für Auszubildende auf regionaler, nationaler und teilweise grenzübergreifender Ebene, Verhinderung von vorzeitigem Schulabgang und bessere Ermittlung junger NEETs sowie Gewährung einer zweiten Chance für Schulabgänger ohne Abschlusszeugnis oder Quali-

³⁶ Vgl. Europäische Kommission: Employment, Social Affairs & Inclusion, Youth Employment Initiative, <https://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=1176&langId=en>

³⁷ Vgl. Europäische Kommission: Commission Staff Working Document Accompanying the document: The Youth Guarantee and Youth Employment Initiative three years on, Part 2, http://eur-lex.europa.eu/resource.html?uri=cellar:73591c12-8afc-11e6-b955-01aa75ed71a1.0001.02/DOC_2&format=PDF, S. 12, S. 104

³⁸ Vgl. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Pressemitteilung vom 02.11.2017: Jugendliche in Europa haben trotz geringerer Arbeitslosigkeit weiterhin große Probleme auf dem Arbeitsmarkt. https://www.diw.de/de/diw_01.c.568108.de/themen_nachrichten/jugendliche_in_europa_haben_trotz_geringerer_arbeitslosigkeit_weiterhin_grosse_probleme_auf_dem_arbeitsmarkt.html

fikationsnachweis, durch Arbeitserfahrung oder Praktika auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen.³⁹ Den öffentlichen Arbeitsverwaltungen kommt im Hinblick auf das Erreichen dieser Ziele eine wesentliche Rolle zu, und dieses operationelle Programm kann eine Gelegenheit zur Verbesserung ihrer Initiativen zugunsten junger NEETs bieten.⁴⁰

Kernstück der französischen Jugendbeschäftigungsinitiative ist das Jugendgarantie-Programm. Die Umsetzung wurde den Missions Locales⁴¹ übertragen. Bis 2016 war das System in 358 Missions Locales verfügbar, die 80% des Netzwerks ausmachen. Nach dem Gesetz vom August 2016 wurde die Maßnahme am 1. Januar 2017 auf alle Gebiete ausgedehnt. Besonders benachteiligte junge Menschen können mit der betreuenden Institution eine Eingliederungsvereinbarung für den Zeitraum von einem Jahr abschließen. Sie erhalten einen Zuschuss von 480 Euro pro Monat und im Gegenzug eine intensive Unterstützung: Hilfe bei der Suche nach einer Wohnung, einer Ausbildung, einem Job oder einem Praktikum, Bewältigung administrativer Probleme etc.⁴²

Im Jahr 2016 waren 68,9% der Zielgruppe (NEET unter 25 Jahren) von Jugendgarantien betroffen, aber fast 80% der registrierten Jugendlichen erhielten über einen Zeitraum von mehr als vier Monaten kein Angebot.⁴³ Die Kommission stellt auch fest, dass das duale Ausbildungssystem sowie die Einbeziehung des Schulsystems verstärkt werden sollen.

In ihrem ersten Fazit betonte die Kommission, dass bei der Kommunikation und Ansprache der am schwersten zu erreichenden NEETs noch Verbesserungsbedarf bestünde. In Frankreich wurde 2017 das Projekt TRAJAM (Trajectoires Actives des Jeunes Au Marché du travail) der *Direction de l'animation de la recherche, des études et des statistiques* (Dares) übertragen. 2018 ins Leben gerufen, soll es die automatisierte Verarbeitung personenbezogener Daten durch die Einrichtung einer permanenten statistischen Datenbank zur Überwachung der beruflichen Laufbahnen junger Menschen und ihrer Teilnahme an aktiven Arbeitsmarktmaßnahmen ermöglichen. Diese Initiative wird durch das neue Programm zum Ausbau von Kompetenzen (Grand Plan d'Investissement 2018-2022) finanziert. Das Programm „Emplois d'avenir“ („Zukunftsjobs“), das jungen Menschen überwiegend geförderte Arbeitsplätze im öffentlich und Non-Profit Bereich bot, wurde zum 1. Januar 2018 nicht verlängert.

Umsetzung der Jugendgarantie-Strategie in Belgien

Einen Implementierungsplan zur Umsetzung der EU-Jugendgarantie stellte Belgien im Dezember 2013 vor, eine Aktualisierung erfolgte im April 2014.⁴⁴ Der Plan enthält vier regionale Teilpläne, von welchen sich ein Plan auf die Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens und

³⁹ Vgl. GIP Lorraine Parcours Métiers: Le décrochage scolaire, Dossier documentaire Mai 2016, http://www.lorpm.eu/upload/Christine/decrochage_scolaire.pdf

⁴⁰ Vgl. Europäische Kommission: Beschäftigungsinitiative für junge Menschen: 620 Mio. EUR zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in Frankreich, Pressemitteilung, 03. Juni 2014, http://europa.eu/rapid/press-release_IP-14-622_de.htm

⁴¹ Lokale Agenturen für die berufliche und soziale Integration junger Menschen

⁴² Vgl. Direction de l'animation de la recherche, des études et des statistiques (Dares): <https://dares.travail-emploi.gouv.fr> (10.01.2019)

⁴³ Vgl. Europäische Kommission: Youth Guarantee country by country, Mai 2018 <https://ec.europa.eu/social/main.jsp?advSearchKey=YGcountryfiches&mode=advancedSubmit&catId=22&policyArea=0&policyAreaSub=0&country=0&year=0>

⁴⁴ Vgl. SYNERJOB: Belgian Youth Guarantee Implementation Plan (YGIP), 2016, <https://www.vdab.be/synerjob/de/documenten.html>

ein weiterer Plan auf die Wallonie bezieht. Neben Bruxelles-Capitale sollen auch die wallonischen Provinzen Hainaut und Liège profitieren– dort lagen die Jugendarbeitslosenquoten für das Entscheidungsjahr 2012 bei 32,0% (Hainaut; 2015: 36,7%) und 25,9% (Liège; 2015: 30,7%).⁴⁵

Ansprechpartner der Europäischen Kommission für die Umsetzung in Belgien ist Synerjob, ein Verband der vier regionalen Arbeitsverwaltungen in Belgien (FOREM, VDAB, Actiris, ADG und Bruxelles Formation). Eine Integrationsbeihilfe, die nach einer Berufsausbildung sofort, nach einer Schulausbildung nach ca. einem Jahr Betreuung gezahlt wird, motiviert junge Menschen, sich arbeitssuchend zu melden und aktiv an ihrer Eingliederung mitzuwirken. Integrationspraktika sowie die Subventionierung von Arbeitsverträgen für niedrigqualifizierte junge Menschen sind weitere nationsweite Maßnahmen. Die übrigen Maßnahmen obliegen den einzelnen Regionen. Anfang 2017 kündigte die belgische Regierung die Bereitstellung eines mit 18 Millionen Euro ausgestatteten Fonds für digitale Kompetenzen für drei Jahre an, der für die Computerausbildung junger Menschen bestimmt ist. Der Digitalplan für Schulen wurde in Wallonien für den Zeitraum 2014-2020 umgesetzt und der STEM-Aktionsplan (Sciences Technologies Engineering Math) in Flandern für 2012-2020.⁴⁶

Für die Wallonie gilt dabei, dass die wallonische Arbeitsverwaltung Le Forem das Minimum der Jugendgarantie bereits erfüllt: Jugendliche erhalten in der Wallonie spätestens vier Monate nach ihrer Registrierung bei Le Forem ein passendes Weiterbildungsangebot. Weitergehend enthält der wallonische Umsetzungsplan konkrete und personenspezifische Lösungsansätze im Sinne von Berufsinformation, Beratung, Jobangeboten, Unterstützung bei der Sammlung praktischer Arbeitserfahrung durch Berufserprobung, Übergangspraktika, Sprachkurse, Schlüsselkompetenzmodule, Gründer- und Mobilitätsförderung etc.⁴⁷ Unter dem Stichwort „Alliance for YOUTH“ kooperieren namhafte Großunternehmen mit der belgischen Arbeitsverwaltung, um zusätzliche Praktikums- und Stellenangebote zu schaffen und die Vermittlung zu verbessern.⁴⁸

In Belgien wurden im Durchschnitt mehr als sieben von zehn NEET-Jugendlichen im Alter zwischen 15 und 24 Jahren in die Jugendgarantie aufgenommen. Drei von fünf jungen Menschen, die das System verlassen haben, wurden sechs Monate später als erwerbstätig in Aus- oder Weiterbildung identifiziert. Die NEET-Rate (Jugendliche im Alter von 18 bis 24 Jahren) 2017 variiert in Belgien je nach Region: 9% in Flandern, 17,7% in der Region Brüssel-Hauptstadt und 15,5% in der Wallonie. Nach einem deutlichen Rückgang Anfang der 2000er Jahre ist die NEET-Rate in der Wallonie in den letzten zehn Jahren relativ stabil geblieben. Zwischen 2015 und 2017 ist jedoch ein Rückgang zu verzeichnen (von 19,2% auf 15,5%). Dieser Trend dürfte sich in den kommenden Jahren bestätigen.⁴⁹

⁴⁵ Vgl. Europäische Kommission: Die Jugendgarantie Land für Land, <http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=1094&langId=en>; Europäische Kommission: The Youth Employment Initiative in Belgium – Country fiche (2015), <http://ec.europa.eu/social/keyDocuments.jsp?advSearchKey=YElcountryfiches&mode=advancedSubmit&langId=en&policyArea=&type=0&country=0&year=0&orderBy=docOrder>

⁴⁶ Vgl. Europäische Kommission: Youth Guarantee country by country, Mai 2018

⁴⁷ Vgl. Le Forem: Garantie Jeunesse, 22.11.2016, <https://www.leforem.be/a-propos/projets-garantie-jeunesse.html>

⁴⁸ Vgl. Europäische Kommission: The Youth Guarantee and Youth Employment Initiative three years on, 04.10.2016, http://eur-lex.europa.eu/resource.html?uri=cellar:73591c12-8afc-11e6-b955-01aa75ed71a1.0001.02/DOC_2&format=PDF

⁴⁹ Vgl. Internetseite IWEPS: <https://www.iweps.be> (17.12.2018)

Luxemburg: Implementierung der Jugendgarantie über drei Wege

Da die Jugendgarantie dem Profil und der persönlichen Situation des Jugendlichen Rechnung tragen soll, wird in Luxemburg jedem Jugendlichen während seines gesamten Weges ins Erwerbsleben eine persönliche Betreuung angeboten. Dieser Weg gliedert sich in drei unterschiedliche Laufbahnen, je nach dem Profil des Jugendlichen und seinen Vorstellungen:

- ▶ die **beschäftigungsorientierte** Laufbahn über die Agentur für Arbeit (ADEM): Teilnahme Jugendlicher an Orientierungs- oder Weiterbildungsmaßnahmen, Sammlung praktischer Erfahrungen in der Arbeitswelt, Suche nach einem Ausbildungs- oder Arbeitsplatz. Konkrete Programme sollen insbesondere auf Bereiche vorbereiten, in denen in der Zukunft gute Jobchancen zu erwarten sind. Für junge Menschen mit besonderen Belastungsfaktoren sind ein spezielles Trainingszentrum und geförderte Arbeitsplätze vorgesehen. Im Jahr 2016 wurde das Programm „Start & Code“ gestartet, das jungen Arbeitssuchenden die Möglichkeit gibt, an einer 6-wöchigen Computerausbildung teilzunehmen. Es wurde 2017 fortgesetzt.⁵⁰ Ein Zentrum für soziale und berufliche Orientierung und subventionierte Arbeitsplätze können die am stärksten gefährdeten jungen Menschen beim Eintritt in den Arbeitsmarkt unterstützen. Im Jahr 2017 hat die luxemburgische Arbeitsverwaltung ADEM ihr Bildungsangebot für junge Menschen weiter ausgebaut und an die Bedürfnisse der Zielgruppe und an die Möglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt angepasst. Nach dem Jahresbericht 2017 der ADEM wurden 2.014 Arbeitssuchende für das Programm Jugendgarantie registriert. Davon sind 294 (15%) innerhalb der ersten vier Monate ohne qualitativ passendes Angebot ausgeschieden. Den anderen 1.720 Personen wurde ein qualitativ passendes Angebot unterbreitet.
- ▶ die **schulorientierte Laufbahn** über die Lokalaktion für die Jugend (*Action locale pour jeunes*) der Abteilung für Berufsausbildung (*Service de la formation professionnelle*): Individuelle Betreuung Jugendlicher, die nach einem Schulabbruch wieder zur Schule gehen wollen, Erstellung eines neuen schulischen oder beruflichen Projekts, Unterstützung bei der Suche nach einer Ausbildung oder Schule, praktische Tipps zur konkreten Organisation und Umsetzung von individuellen Projekten. Übergangsklassen und eine Schule der zweiten Chance sollen Schulabbrechern unter 25 Jahren die Rückkehr in das Schulsystem ermöglichen, durch Orientierungs- und Berufseinführungsklassen auf eine Berufsausbildung vorbereiten. Der Talent-Check, der 2016 von der Handelskammer Luxemburg ins Leben gerufen wurde, richtet sich an luxemburgische Schüler der 5^e (entsprechend der 9. Klasse in Deutschland), die eine Ausbildung in einem Unternehmen absolvieren möchten. Sie können eine kostenlose Prüfung der Handelskammer ablegen, die es ihnen ermöglicht, ihre Fähigkeiten in verschiedenen Bereichen (technische, logische, sprachliche Fähigkeiten, usw.) nachzuweisen.
- ▶ die **aktivierungsorientierte Laufbahn** über das Nationale Jugendwerk (*Service national de la jeunesse*): Insbesondere Betreuung von NEETs, Teilnahme an gemeinnützigen Projekten im Rahmen der Jugendfreiwilligendienste, Weiterentwicklung individueller Talente, individuelle Unterstützung im Übergang in die Berufswelt.⁵¹

⁵⁰ Vgl. Europäische Kommission: Youth Guarantee country by country, Mai 2018

⁵¹ Vgl. Le Gouvernement du Grand-Duché de Luxembourg: D'Jugendgarantie zu Letzebuerg – Nimm deine Zukunft in die Hand. Wir unterstützen dich dabei!, 2014, <https://www.gouvernement.lu/3812521/JG>

Während die staatlichen Akteure sich verpflichten, eine hochwertige Betreuung anzubieten, muss der Jugendliche seinerseits den Verpflichtungen nachkommen, die zu Beginn der betreuten Laufbahn eingegangen wurden. Diese gegenseitige Verpflichtung hat einen offiziellen Charakter, wobei die Betreuungsgarantie binnen vier Monaten nach der formellen Anmeldung für die Jugendgarantie erfolgt.⁵² Um die Durchlässigkeit zwischen den drei „Laufbahnen“ zu erhöhen und jedem jungen Menschen eine passgenaue Betreuung zukommen zu lassen, wurden alle wichtigen Ansprechpartner in einem One-Stop-Shop-Konzept, der Maison de l’Orientation, zusammengefasst.⁵³

Wie in anderen Ländern besteht ein Hauptziel darin, unter den NEETs diejenigen anzusprechen, die nicht von sich aus mit Arbeitsämtern oder anderen Beratungseinrichtungen in Kontakt kommen. Eine LISER-Studie⁵⁴ berichtet über die Vielfalt der NEET-Situationen. 58% der untersuchten Bevölkerung befinden sich in einer mehr oder weniger langen Zeit der Arbeitsuche, während 14% von ihnen mit einem Problem der Beschäftigungsfähigkeit und sozialen Integration konfrontiert sind. Öffentliche Maßnahmen sollten in ihrer Umsetzung an jede dieser Situationen speziell angepasst sein. Im Endergebnis zeigen sich erste Erfolge, aber auch die noch bestehenden Herausforderungen. Die Vermittlung sprachlicher Qualifikationen, insbesondere für junge Menschen mit Migrationshintergrund, hat sich in Luxemburg als besonders wichtig erwiesen.

Implementierungsplan zur Umsetzung der EU-Jugendgarantie in Deutschland

Nach Beschluss des Bundeskabinetts vom 08. April 2014 sind das Bundesministerium für Arbeit und Soziales, die Bundesagentur für Arbeit sowie die Jobcenter die zentralen Akteure zur Umsetzung der EU-Jugendgarantie in Deutschland. Dabei sollen unter anderem folgende Aspekte angegangen werden:

- ▶ Unterstützungsangebote bei der Anmeldung bei der öffentlichen Arbeitsverwaltung;
- ▶ Unterstützung für NEETs über die Träger der Jugendhilfe. Hierbei spielen insbesondere Strukturen, wie sie in den „Arbeitsbündnissen Jugend und Beruf“ und den Programmen der Bundesinitiative „JUGEND STÄRKEN im Quartier“ zu finden sind, eine wichtige Rolle. Die „Arbeitsbündnisse Jugend und Beruf“ sowie Jugendjobcenter und Jugendberufsagenturen, die in verschiedenen Städten bzw. Modellregionen existieren, sollen als Kooperationen zwischen Arbeitsagenturen, Jobcentern und Trägern der Jugendhilfe One-Stop-Shop-Konzepte für junge Menschen mit unterschiedlichen Beratungs- und Unterstützungsbedürfnissen realisieren.
- ▶ Institutionelle Zusammenarbeit und Konzepte für Partnerschaften (z. B. Zusammenarbeit von Schule und Berufsberatung; Zusammenarbeit der Arbeitsagentur bzw. der

[Depliant DE.pdf](#); <http://www.jugendgarantie.lu/>; Zanardelli, Mireille: Les NEET dans une perspective dynamique; analyse à partir de données administratives, in: La sécurité sociale 2015 Cahier statistique – numéro 3, décembre 2015, http://www.mss.public.lu/publications/Apercus_et_cahiers/cahiers_stat/cahier_stat_201512.pdf

⁵² Vgl. Le Gouvernement du Grand-Duché de Luxembourg: Offizielle Einführung der Jugendgarantie, 27. Juni 2014, <http://www.guichet.public.lu/citoyens/de/actualites/2014/06/27-garantie-jeunesse/index.html>

⁵³ Vgl. Le Gouvernement du Grand-Duché de Luxembourg: Youth Guarantee Implementation Plan Luxembourg, http://www.mte.public.lu/actualites/articles/2014/06/2014_cdp_GJ/plan-GJ-EN.pdf

⁵⁴ Vgl. Hauret, Laetitia: Les NEET au Luxembourg: une population hétérogène. Etude sur les NEET à partir de l'enquête « Situation des jeunes sur le marché du travail » auprès d'un échantillon de NEET âgés entre 17 et 24 ans. » (mars 2014). In: Les rapports du LISER, 2017

Jobcenter vor Ort mit Arbeitgebern, Kammern und Verbänden; Einbeziehung der Sozialpartner bei der Berufsausbildung im Dualen System; Allianz für Aus- und Weiterbildung). Die Allianz für Aus- und Weiterbildung ist ein Bündnis von Bundesregierung, Bundesländern, Wirtschaft und Gewerkschaften. Ziel ist, jedem ausbildungsinteressierten Menschen einen Weg aufzuzeigen, der ihn frühestmöglich zu einem Berufsabschluss führen kann, gegebenenfalls über eine Einstiegsqualifizierung oder ausbildungsbegleitende Hilfen wie die Assistierte Ausbildung. Die Ausbildung von jungen Flüchtlingen stellt in Deutschland eine zusätzliche Herausforderung dar.⁵⁵

- ▶ Frühzeitiges Eingreifen und Aktivieren (z. B. adressatengerechte Ansprache; frühzeitige Berufsorientierung und -beratung; Infokampagne zur Berufsausbildung)
- ▶ Maßnahmen zur Förderung der Integration in den Arbeitsmarkt (z. B. Schul- und Ausbildungsabbrüche verhindern – Abschlüsse fördern; Berufsausbildungsvorbereitung und Berufsausbildungsförderung stärken; Förderung der beruflichen Weiterbildung; Förderung von regionaler und internationaler Mobilität).⁵⁶

Der deutsche Jugendarbeitsmarkt profitiert von der momentan guten Lage auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt. Schwächen zeigen sich allerdings im Bereich der Integration von Migranten und sozial Benachteiligten sowie im sogenannten Übergangssystem für diejenigen Jugendlichen, die nach dem Ende des Schulbesuchs nicht unmittelbar einen Ausbildungsplatz erhalten.⁵⁷ Im Jahr 2016 ist der Anteil der NEETs bei jungen Deutschen gering (5%), während er bei jungen Migranten hoch ist (21%).⁵⁸ Das Sonderprogramm „The Job of My Life“, mit dem interessierte junge Menschen aus anderen EU-Staaten für eine Ausbildung in Deutschland gewonnen werden sollten, hat sich als nicht effektiv erwiesen und wird nicht weitergeführt.⁵⁹

Eine vergleichende Analyse der Jugendgarantie-Initiativen in den vier Ländern der Großregion zeigt auf, dass alle Länder die Jugendgarantie zum Anlass genommen haben, ihre Schul-, Ausbildungs- und Fördersysteme zu überdenken und auch verstärkt von den Erfahrungen anderer Länder zu profitieren. Allerdings sind die Unterschiede in den Ausbildungssystemen nach wie vor enorm. Die Maßnahmen setzen in erster Linie auf Qualifikation, die Förderung der Beschäftigungsfähigkeit von jungen Menschen und integrierte Beratungs- und Betreuungsansätze insbesondere für solche jungen Menschen, die von den Arbeitsverwaltungen bislang nicht genügend erreicht wurden. Vielfach wird kritisiert, dass das Unterangebot von regulären Ausbildungs- und Arbeitsplätzen durch diese Initiative nicht ausreichend bekämpft wird und die Gefahr besteht, dass junge Menschen in einen Kreislauf von prekären Beschäftigungen und diversen Fördermaßnahmen geraten, die ihnen kaum eine langfristige Perspektive bieten.

⁵⁵ Vgl. Allianz für Aus- und Weiterbildung 2015–2018: Gemeinsam die Herausforderungen auf dem Ausbildungsmarkt angehen. Zehn Arbeitsschwerpunkte für eine starke berufliche Bildung, http://www.aus-und-weiterbildungsallianz.de/AAW/Redaktion/DE/Downloads/zehn-arbeitsschwerpunkte.pdf?__blob=publicationFile&v=5

⁵⁶ Vgl. Bundesministerium für Arbeit und Soziales: Nationaler Implementierungsplan zur Umsetzung der EU-Jugendgarantie in Deutschland, 08. April 2014, S. 16ff, http://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/PDF-Publikationen/a761-implementierungsplan-jugendgarantie.pdf?__blob=publicationFile

⁵⁷ Vgl. Europäische Kommission: Youth Guarantee country by country: Germany, March 2016, <http://ec.europa.eu/social/BlobServlet?docId=13639&langId=en>

⁵⁸ Vgl. Commission européenne, Youth Guarantee country by country, Mai 2018

⁵⁹ Vgl. Bundesagentur für Arbeit: Aktueller Sachstand zum Sonderprogramm MobiPro-EU, <http://projektraegerunternehmen.thejobofmylife.de/de/ueber-das-programm/foerdergrundsaeetze.html>

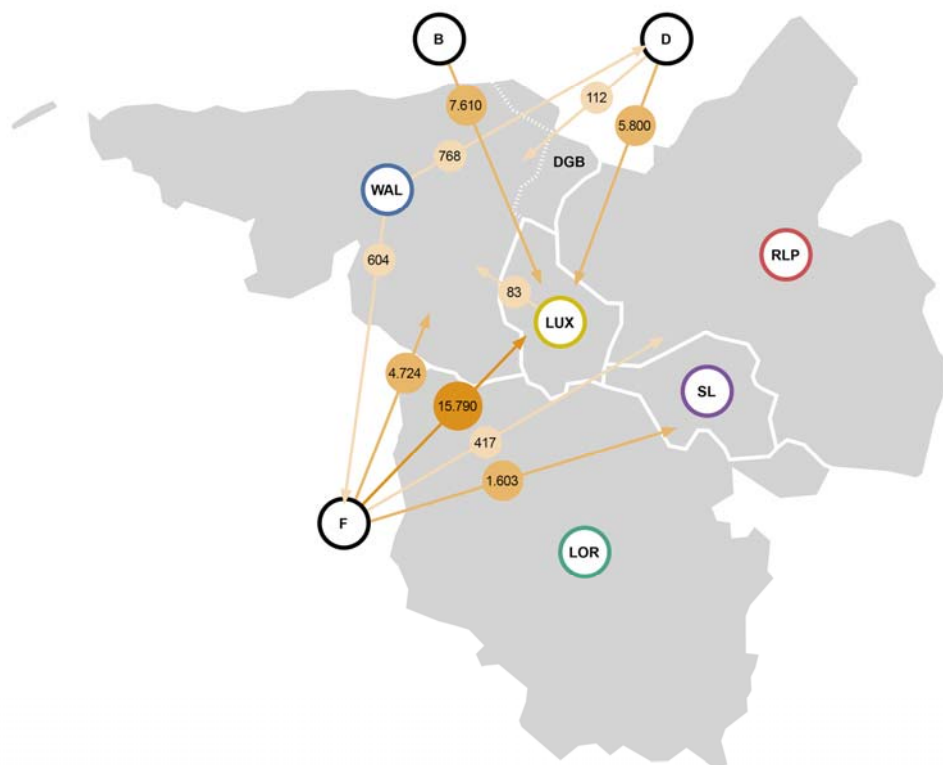
4. Mobilität junger Menschen

Im Rahmen der Strategie Europa 2020 wurde im Jahr 2010 die Initiative „Jugend in Bewegung“ aufgelegt. Da – wie oben dargestellt – Jugendliche besonders häufig dem Risiko der Arbeitslosigkeit ausgesetzt sind, zielt die Initiative darauf ab, die Bildung und Beschäftigungsfähigkeit junger Menschen zu verbessern.

Grenzgängermobilität junger Menschen in der Großregion

Der Arbeitsmarkt der Großregion ist geprägt von einer hohen grenzüberschreitenden Arbeitnehmermobilität (siehe IBA-Heft „Grenzgängermobilität“). Durch die intensiven Ein- und Auspendlerbewegungen sind die regionalen Teilarbeitsmärkte eng miteinander verflochten: im Jahr 2017 verzeichnete die Großregion rund 232.000 grenzüberschreitend mobile Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Einpendler). Fast 16% davon waren junge Menschen unter 30 Jahren.

Grenzgängerströme junger Menschen (unter 30-Jährige) in der Großregion 2017



Quellen: BA, IGSS, INAMI

Berechnungen IBA / OIE

Luxemburg Hauptzielgebiet junger Grenzgänger

Das wichtigste Zielgebiet junger Grenzgänger war im Jahr 2017 mit großem Abstand das Großherzogtum Luxemburg, wohin knapp 81% einpendeln. Somit waren von den insgesamt rund 180.000 Luxemburg-Einpendlern ca. 29.000 Personen bzw. 16% jünger als 30 Jahre. 280 dieser Personen hatten sogar noch nicht das 20. Lebensjahr vollendet. Mit mehr als

15.800 Personen machten die jüngeren grenzüberschreitend mobilen Arbeitnehmer aus Frankreich mehr als 50% aller jüngeren ins Großherzogtum pendelnden Grenzgänger aus. Von dem gesamten Einpendlerstrom von Frankreich nach Luxemburg war damit jeder Sechste unter 30 Jahre alt (17%). Die Alterskohorte der unter 30-Jährigen an allen Einpendlern aus Deutschland machte hingegen lediglich 14% aus.

Grenzüberschreitende Einpendler nach Luxemburg nach Herkunftsgebiet 2017

Altersgruppe	Belgien		Deutschland		Frankreich		Gesamt	
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
15-19	80	0,2	70	0,2	130	0,1	280	0,2
20-24	1.900	4,3	1.350	3,1	4.030	4,4	7.280	4,0
25-29	5.630	12,8	4.380	9,9	11.630	12,7	21.640	12,0
Gesamt <30	7.610	17,3	5.800	13,2	15.790	17,2	29.200	16,2
Gesamt (15-65+)	44.100	100,0	44.060	100,0	91.890	100,0	180.050	100,0

Quelle: IGSS (Actifs occupés et salariés soumis à l'assurance sociale obligatoire au 31/03/2017)

Frankreich Hauptherkunftsgebiet junger Grenzgänger

Wird neben den Pendlerströmen in Richtung Luxemburg auch die grenzüberschreitende Mobilität junger Menschen in die Wallonie und die deutschen Teilgebiete mitberücksichtigt, machten die junge Arbeitnehmer aus Frankreich im Jahr 2017 über 60% aller unter 30-jährigen großregionalen Berufspendler aus. Insgesamt arbeiten 22.534 junge Franzosen unter 30 Jahren jenseits der Grenze, 447 von ihnen sind unter 20 Jahren. Auffallend ist, dass sich die Anteile der Altersgruppe der unter 30-Jährigen an den Gesamtströmen je nach Zielgebiet stark unterscheiden: war in Richtung Luxemburg und Wallonie beinahe jeder sechste Pendler aus Frankreich jünger als 30 Jahre, zählte in Richtung deutsche Teilgebiete weniger als jeder Zehnte in die Altersgruppe der unter 30-Jährigen. Junge Franzosen pendeln demnach eher ins Großherzogtum oder in die Wallonie. Der deutsche Arbeitsmarkt mit dem ausgeprägten dualen Ausbildungssystem scheint hingegen für junge Menschen aus Frankreich weniger attraktiv zu sein.

Grenzüberschreitende Auspendler aus Frankreich nach Zielgebiet 2017

Altersgruppe	Luxembourg		Saarland		Rheinland-Pfalz		Wallonie		Total	
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
<20	130	0,1	113	0,7	41	1,0	163	0,6	447	0,3
20-29	15.660	17,0	1.490	8,7	376	8,7	4.561	15,8	22.087	15,5
Gesamt <30	15.790	17,2	1.603	9,4	417	9,7	4.724	16,3	22.534	15,8
Gesamt (<20-65+)	91.890	100,0	17.063	100,0	4.308	100,0	28.951	100,0	142.212	100,0

Quellen:

Saarland, Rheinland-Pfalz: Bundesagentur für Arbeit (Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte zum 30.06.2017)

Luxembourg: IGSS (Actifs occupés et salariés soumis à l'assurance sociale obligatoire au 31/03/2017)

Wallonie: INAMI (Actifs ainsi que les travailleurs indépendants au 30/06/2017)

Beispiele zur Förderung grenzüberschreitender Mobilität junger Menschen

Auch auf großregionaler Ebene existieren Initiativen, welche die Mobilität junger Menschen erhöhen soll. Zu nennen ist hier insbesondere die Verabschiedung der **Rahmenvereinbarung über grenzüberschreitende Berufsbildung in der Großregion**. Ziel dieser Vereinbarung ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen einer grenzüberschreitenden Aus- und Weiterbildung in der Großregion, welche eine anerkannte grenzüberschreitende Berufsbildung ermöglichen soll. Auch Fragen der Anerkennung von Berufsabschlüssen über Grenzen hinweg werden hier geregelt. Die Rahmenvereinbarung wurde zum Ende der rheinland-pfälzischen Gipfelpräsidentschaft verabschiedet. Über die Umsetzung wird regelmäßig Bericht erstattet.⁶⁰

Seit dem 1. Juli 2016 läuft das über fünf Jahre INTERREG-finanzierte **Projekt FagA/CAMT** (Fachstelle für grenzüberschreitende Ausbildung). Ziel ist es, bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen eine größere Bereitschaft zu praktischen Erfahrungen im Nachbarland zu erreichen. Die Organisation von Praktika und Ausbildungsabschnitten im Nachbarland ist eine wichtige Säule des Projektes, um bei diesen zukünftigen Arbeitskräften die Bereitschaft zur Mobilität zu fördern und ihre Beschäftigungsfähigkeit auf dem grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt zu stärken. Die an dem Projekt beteiligten Partnern und Einrichtungen kommen aus dem Saarland, Lothringen und der Westpfalz.

⁶⁰ Der jeweils aktuelle Umsetzungsbericht kann auf der Internetseite der Großregion unter <http://www.grossregion.net/Mediathek/Veroeffentlichungen> heruntergeladen werden.

5. Bildungssituation

Immer wieder wird in arbeitsmarktbezogenen Analysen auf den Zusammenhang zwischen Bildungsstand und Erwerbstätigkeit hingewiesen. Experten sind sich einig, dass mit dem Bildungsstand auch die Beschäftigungsquote steigt.⁶¹ Aus diesem Grund hat die Europäische Union in der Europa-2020-Strategie auch zwei Ziele zur Förderung der Weiterbildung gesetzt: die Quote der Schulabbrecher auf unter 10% zu senken und den Anteil der 30- bis 34-Jährigen mit Hochschulabschluss auf mindestens 40% zu erhöhen. Beide Indikatoren werden im Folgenden abgebildet.

Mehr als die Hälfte der 20- bis 24-Jährigen sind Studierende im Tertiärbereich

Tertiäre Bildung umfasst neben den weiterführenden Forschungsqualifikationen (ISCED 6) sowohl weitgehend theoretisch orientierte Bildungsgänge (ISCED 5A), die den Eintritt in Berufe mit hohem Qualifikationsniveau und den Zugang zu höheren forschungsorientierten Bildungsgängen ermöglichen sollen, als auch praxisnähere und stärker berufsbezogene Bildungsgänge, die auf das Erwerbsleben vorbereiten (ISCED 5). Zulassungsvoraussetzung ist üblicherweise der erfolgreiche Abschluss des höheren Sekundarbereichs, d.h. der ISCED 3 und/oder 4.⁶²

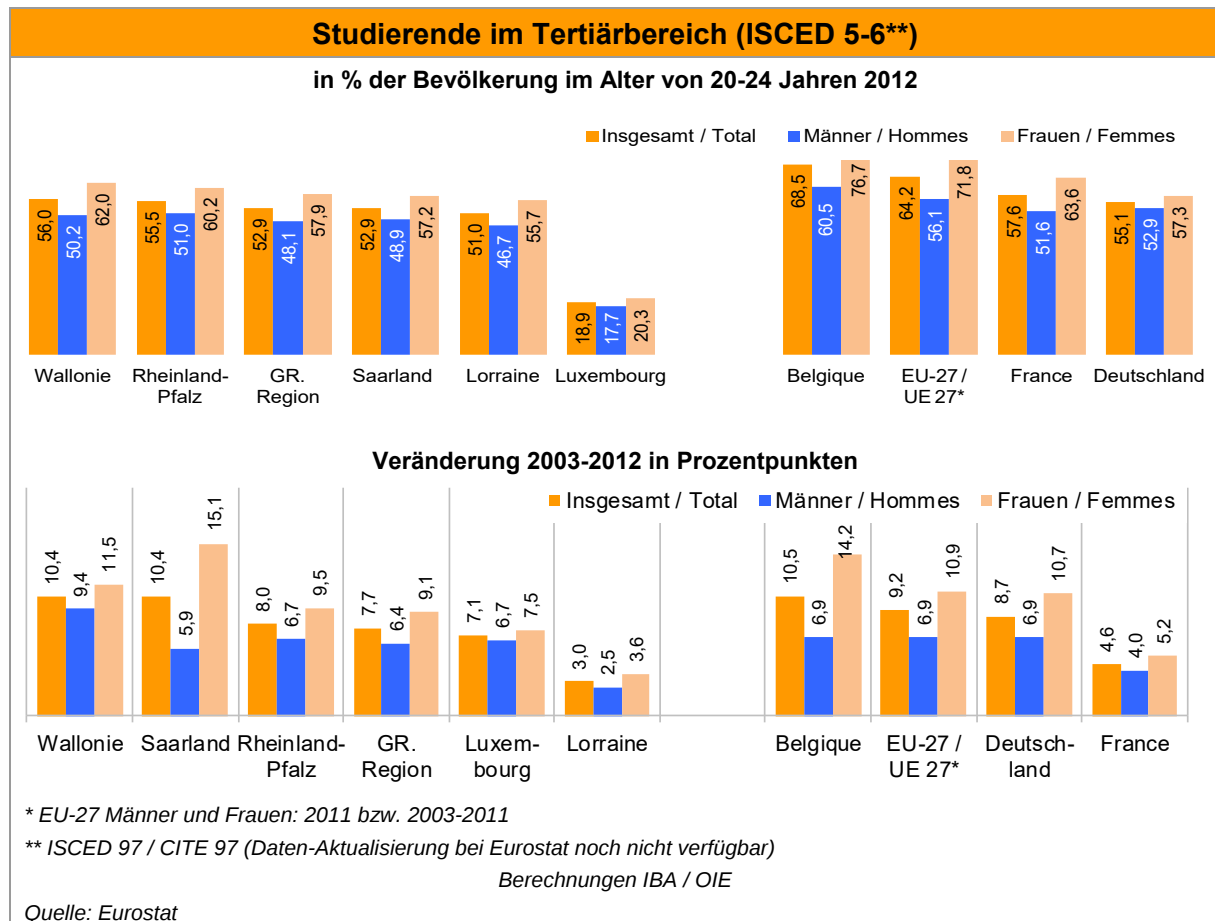
Um die relative Größe der Studentenpopulation auf regionaler Ebene aufzuzeigen, wird die Zahl der Studierenden zur Altersgruppe der 20- bis 24-jährigen Bevölkerung ins Verhältnis gesetzt. Zu beachten ist allerdings, dass der Indikator auf Daten der Studienorte basiert, sich also nicht auf den Herkunfts- oder Wohnort der Studierenden bezieht. Hohe Werte werden daher meist von den Regionen erreicht, die als Standorte großer Universitäten oder anderer Einrichtungen mit tertiären Bildungsgängen auch viele Studierende von außerhalb anziehen. Bei der Interpretation der Quoten ist deshalb neben der jeweiligen bevölkerungsspezifischen Alterszusammensetzung die regionale Struktur des Tertiärbereichs zu berücksichtigen, d. h. die Konzentration oder Streuung entsprechender Bildungseinrichtungen in den Regionen.

Im Jahr 2012 war in der Großregion mehr als die Hälfte (52,9%) aller 20- bis 24-jährigen Einwohner Studierende im Tertiärbereich – merklich weniger als im Durchschnitt der EU-27 (64,2%). Auch die Entwicklungsdynamik im Zeitraum 2003-2012 blieb hinter dem europäischen Trend zurück (+7,7 gegenüber +9,2 Prozentpunkten). Innerhalb der Großregion lag die Quote mit 56% in der Wallonie am höchsten, dicht gefolgt von Rheinland-Pfalz mit 55,5%. Auffallend ist hier, dass die belgische Region trotz des hohen Wertes noch weit hinter dem belgischen Durchschnitt von 68,5% zurückbleibt. Das Saarland liegt mit 52,9% genau im großregionalen Durchschnitt, Lothringen mit 51,0% knapp darunter. Beide Teilgebiete blieben damit hinter den jeweiligen nationalen Durchschnitt zurück. Am niedrigsten ist mit großem Abstand der luxemburgische Wert (18,9%). Dieser niedrige Wert darf aber nicht als Ausdruck mangelnden Bildungseifers fehlinterpretiert werden: die überdurchschnittlich hohe Akademikerquote in der Erwachsenenbevölkerung ist höher als der großregionale Durchschnitt und stellt somit das genaue Gegenteil unter Beweis. Ursächlich ist vor allem der Umstand, dass die Jugendlichen in Luxemburg traditionell zu Studienzwecken ins Ausland gehen und daher

⁶¹ Vgl. Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Internationale Bildungsindikatoren im Ländervergleich, Ausgabe 2016 – Tabellenband, S. 24.

⁶² Die hier genannte Einteilung bezieht sich auf die ISCED-Variante 1997. Das jeweilige Pendant in der ISCED 2011-Klassifikation finden Sie im Anhang.

von Eurostat in den nationalen Statistiken nicht berücksichtigt werden. Das erklärt auch, warum der tertiäre Bildungsbereich im Großherzogtum lange Zeit deutlich weniger ausgebaut war als in anderen Ländern. Dies änderte sich zwar ein Stück weit mit der Gründung der Universität im Jahre 2003 – die seitdem erreichten Zuwächse spiegeln sich auch deutlich in den Zahlen wider. Da sich die Universität Luxemburg aber explizit als internationale Forschungsuniversität mit einem eher kleinen, konzentrierten Fächerspektrum versteht, ist das Volumen an Studierenden begrenzt.⁶³ Heute wie in Zukunft werden deshalb viele Luxemburgerinnen und Luxemburger weiterhin ein Studium vor allem an den Hochschulen der benachbarten Regionen im Kooperationsraum aufnehmen.



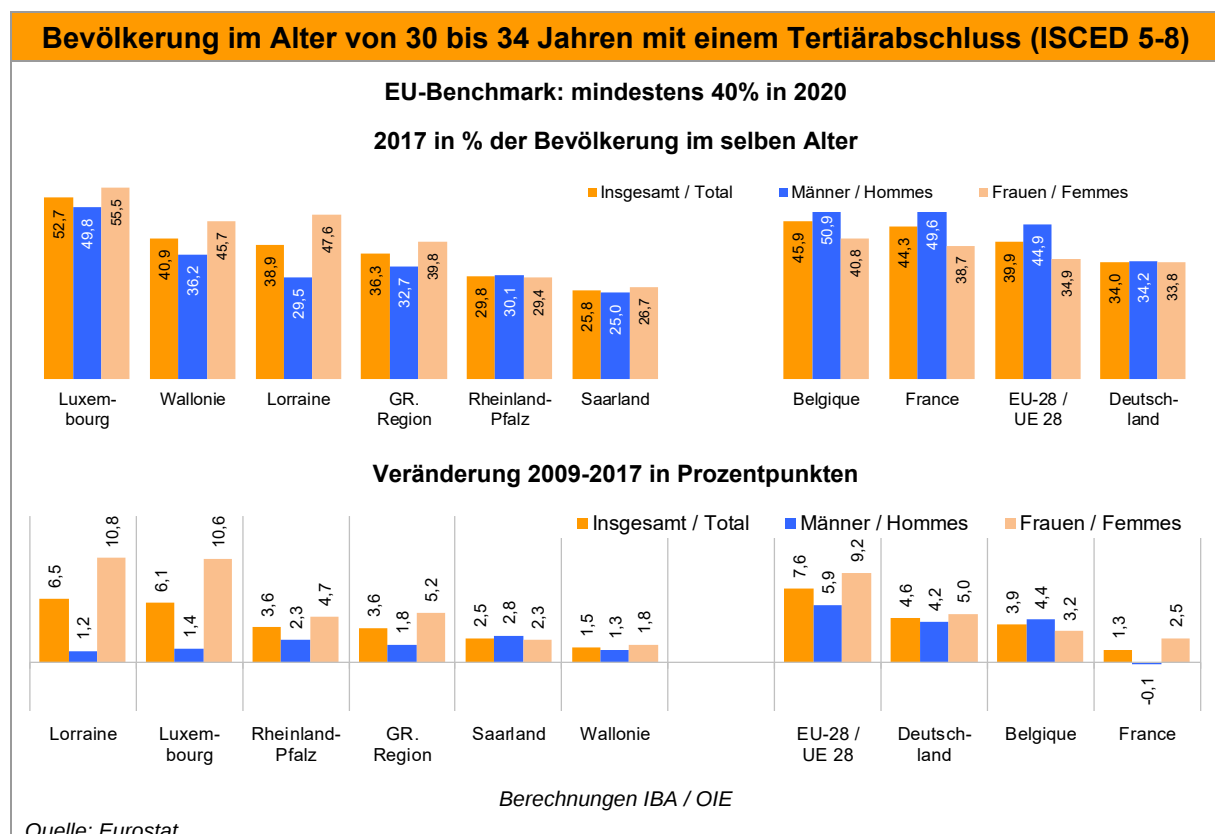
Die geschlechtsspezifische Betrachtung zeigt, dass Frauen sich deutlich häufiger für ein (Fach)-Hochschulstudium entscheiden als Männer. Großregional liegt der Wert der jungen Frauen bei 57,9%, derjenige der jungen Männer 48,1 Prozentpunkte darunter (48,1%). In der Wallonie ist der Unterschied mit 11,8 Prozentpunkten am größten, in Luxemburg mit 2,6 Prozentpunkten am kleinsten. Betrachtet man die Entwicklung seit 2003, sind die Werte für beide Geschlechter in allen Teilregionen angestiegen, wobei die Zuwächse bei den Frauen überall stärker ausfielen als bei den Männern. Besonders unterschiedlich verliefen die Entwicklungen im Saarland (+15,1 Pp. bei den Frauen gegenüber +5,9 Pp. bei den Männern). Insgesamt war die Zunahme in der Wallonie und im Saarland am stärksten (jeweils +10,4 Pp.). Danach folgen

⁶³ Vgl. Interregionale Arbeitsmarktbeobachtungsstelle: Bericht zur wirtschaftlichen und sozialen Lage der Großregion für den Wirtschafts- und Sozialausschuss der Großregion (WSAGR) 2017/2018, Saarbrücken 2018 (Schriftenreihe der Großregion Bd. 24/2018), S. 66

Rheinland-Pfalz (+8,0 Pp.) und Luxemburg (+7,1 Pp.). Lothringen bildet das Schlusslicht (+3,0 Pp.).

Nach Luxemburg erreicht auch die Wallonie den EU-Benchmark von 40% (Tertiärabschluss der Bevölkerung im Alter von 30 bis 34 Jahren)

Die Europäische Union hat sich zum Ziel gesetzt, bis 2020 mindestens 40% ihrer Bevölkerung zwischen 30 und 35 Jahren auf Hochschulebene (ISCED 5-8) zu qualifizieren. Die Autorengruppe Bildungsberichterstattung bezeichnet aus volkswirtschaftlicher Perspektive einen hohen Bildungsstand der Bevölkerung als einen wichtigen Wettbewerbsfaktor sowie als Voraussetzung für die Innovationsfähigkeit der Wirtschaft. Es konnten über diese ökonomischen Vorteile von Bildung hinaus positive Effekte von Bildung bezüglich Gesundheit sowie gesellschaftlichem Engagement festgestellt werden.⁶⁴ Auch gibt es nationale Zielvorgaben: Von den Ländern der Großregion orientiert sich Luxemburg an der Vorgabe für den EU-Durchschnitt, Frankreich will 50% in der Altersklasse 17 bis 33 Jahre erreichen, Belgien strebt 47% bei den 30- bis 34-Jährigen an und Deutschland hat sich hier 42% als Ziel gesetzt. Mit Blick auf die Bundesrepublik ist anzumerken, dass der nationale Zielwert zusätzlich postsekundäre nicht-tertiäre Abschlüsse (ISCED 4) berücksichtigt, um der besonderen Bedeutung des dualen Berufsbildungssystems zu entsprechen.⁶⁵



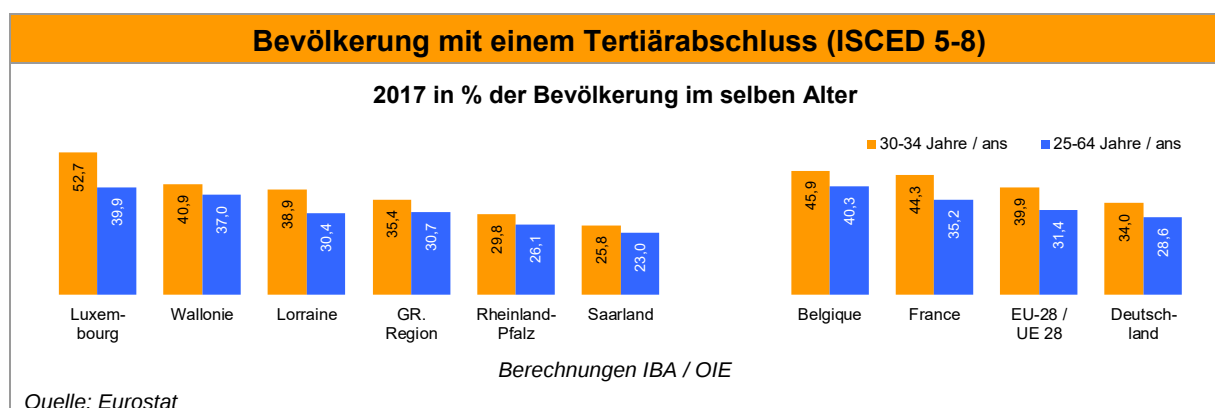
⁶⁴ Vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung (Hg.): Bildung in Deutschland 2016, Bielefeld, S. 44

⁶⁵ Vgl. Europäische Kommission: Europa-2020-Ziele, http://ec.europa.eu/europe2020/pdf/targets_de.pdf

Im Jahr 2017 lag der Wert in der Großregion mit 36,3% noch fast vier Prozentpunkte hinter der Zielvorgabe zurück und auch 3,6 Prozentpunkte hinter der EU-28-Quote von 39,9%. Innerhalb der Großregion lag Luxemburg mit einer Quote von 52,7% klar an der Spitze. Zusammen mit der Wallonie (40,9% in 2017) haben diese beiden Teilregionen als einzige im Kooperationsraum das europäische Ziel schon erfüllt. Lothringen liegt in diesem Jahr immer noch unter dem europäischen Ziel (38,9 %; für Frankreich 44,3 %) und die Anstrengungen, die erforderlich sind, um das nationale Ziel bis 2020 zu erreichen, sind nach wie vor beträchtlich (- 11,1 Pp. Differenz). Die beiden deutschen Regionen wiesen mit 29,8% (Rheinland-Pfalz) und 25,8% (Saarland) die niedrigsten Werte aus. Sie liegen damit auch deutlich unter dem bundesweiten Durchschnitt Deutschlands (34%) und sind von dem nationalen Zielwert noch weit entfernt (12 bzw. 16 Pp.). Der vergleichsweise geringe Akademikeranteil in beiden deutschen Bundesländern ist vor dem Hintergrund der dort besonderen Bedeutung des Berufsbildungssystems mit den Lernorten Betrieb und Berufsschule zu sehen.⁶⁶ Dieses stellt einen weiteren attraktiven Bildungsweg unterhalb der Hochschulebene zur Verfügung (ISCED-4). Vergleichbare Abschlüsse werden in anderen Ländern häufig an Fachhochschulen oder Hochschulen erworben.⁶⁷ Dementsprechend hoch ist in den deutschen Regionen der Anteil der Bevölkerung mit einem Abschluss im mittleren Qualifikationssegment.

Die jüngeren Generationen haben immer häufiger Hochschulabschlüsse

Vergleicht man nun die Altersgruppe der 30- bis 34-Jährigen mit der Altersgruppe der 25- bis 64-Jährigen, wird deutlich, dass die erstere Altersgruppe durchschnittlich höher qualifiziert sind. Generell lässt sich daraus schließen, dass das allgemeine Bildungsniveau der Bevölkerung steigt. Vor allem im Großherzogtum und in Lothringen ist der Unterschied zwischen den zwei Altersgruppen beträchtlich (12,8 bzw. 8,5 Prozentpunkte). In den deutschen Regionen spielt – wie schon zuvor beschrieben – die duale Berufsausbildung eine große Rolle, so dass die Unterschiede zwischen den Altersgruppen geringer ausfallen (2,8 Prozentpunkte im Saarland und 3,7 Punkte in Rheinland-Pfalz).



⁶⁶ Das deutsche Berufsausbildungssystem unterhalb der Hochschulebene differenziert sich in drei große Sektoren: das duale Ausbildungssystem aus betrieblicher und schulischer Unterweisung als quantitativ bedeutsamster Sektor, das Schulberufssystem mit seinem Schwerpunkt auf Ausbildung zu Dienstleistungsberufen und das Übergangssystem, das keine vollqualifizierende Ausbildung, sondern berufsvorbereitende Kompetenzen unterschiedlicher Art vermittelt (vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung (Hg.): Bildung in Deutschland 2012, Bielefeld, S. 102).

⁶⁷ Vgl. Bundesministerium für Bildung und Forschung: Anhang zur Pressemitteilung OECD-Studie „Bildung auf einen Blick 2012“, 2012, Berlin, S. 5

Viele Schul- und Ausbildungsabbrecher entscheiden sich im zweiten Bildungsgang für eine berufliche Bildung

Einer Studie des Europäischen Zentrums für die Förderung der Berufsbildung (CEDEFOP) zufolge entschieden sich Lernende, die zuvor ihre (allgemeine oder berufliche) Ausbildung abgebrochen oder einen anderen Lernweg eingeschlagen haben und infolgedessen zum zweiten Mal einen Bildungsgang beginnen, oft für die berufliche Bildung. Dieser Qualifizierungsweg bietet Programme für weniger erfolgreiche Studierende, aber auch für diejenigen, die einen nicht-akademischen Weg bevorzugen; vielen jungen Menschen wird eine (zweite) Chance auf einen Abschluss, der zu einem Arbeitsplatz führt, geboten.⁶⁸ Der Studie zufolge wählen ein Drittel der Personen, die im Sekundarbereich II aus dem Bildungssystem ausscheiden, anschließend einen beruflichen Bildungsgang und erwerben letztlich eine Qualifikation des Sekundarbereichs II oder eine postsekundäre Qualifikation.

Eines der Kernziele von Europa 2020 lautet, die durchschnittliche Schulabbrecherquote in der EU auf unter 10% zu senken. Deutschland und Luxemburg orientieren sich in ihren nationalen Zielen an der EU-Vorgabe; Belgien und Frankreich wollen diese mit Zielwerten von 9,5% nochmals unterschreiten. Die Europäische Union definiert Schulabbrecher als Personen zwischen 18 und 24 Jahren, die das Ausbildungssystem bestenfalls während der Sekundarstufe II verlassen haben, d.h. ohne ein Abschlusszeugnis erhalten zu haben sowie Jugendliche, die weder ein Studium noch eine Ausbildung absolvieren.

Im Jahr 2017 zählten 10,2% der 18- bis 24-Jährigen in der Großregion zu der Gruppe der frühen Schul- und Ausbildungsabgänger. Dieser Wert liegt (im Gegensatz zu 2015) unter dem europäischen Durchschnitt von 10,6% und liegäugelt bereits mit dem europäischen 10%-Ziel. Dies ist zwar ermutigend, bedeutet aber, dass jeder zehnte junge Mensch heute noch Schwierigkeiten hat, seine Ausbildung fortzusetzen oder sich nachhaltig und qualitativ in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

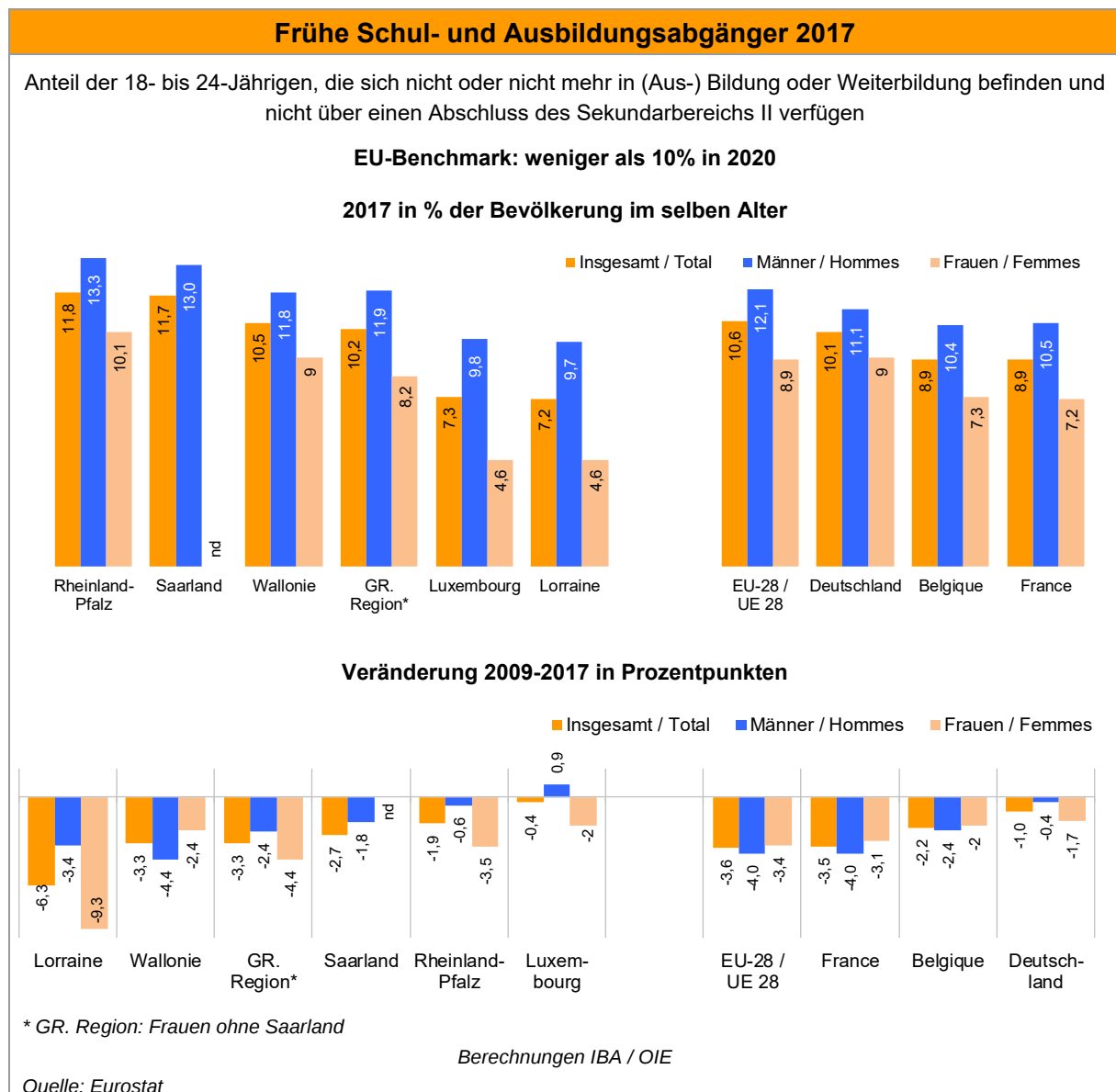
Im interregionalen Vergleich nimmt Rheinland-Pfalz, mit 11,8% die negative Spitzenposition ein, dicht gefolgt vom Saarland. Diese hohen Zahlen könnten z. T. auch mit den Besonderheiten des deutschen Ausbildungssystems zusammenhängen, in dem für eine qualifizierte Berufsausbildung nicht unbedingt ein Abschluss der Sekundarstufe II erforderlich ist.

In Lothringen und Luxemburg ist die Schulabbrecherquote mit knapp 7% besonders niedrig. Somit erfüllen diese beiden Teilregionen nicht nur das europäische Ziel für 2020 sondern auch ihre nationalen Ziele.

An vorderster Stelle bei der Veränderungsrate seit 2009 liegt Lothringen mit -6,3 Prozentpunkten, gefolgt von der Wallonie mit -3,3 Prozentpunkten (identisch mit dem großregionalen Durchschnitt), es folgen das Saarland, Rheinland-Pfalz und Luxemburg. Lothringen verzeichnete nach Geschlecht den dramatischsten Rückgang der Abbrecherquote bei den jungen Frauen und erreichte 4,6% (-9,3 Punkte) in 2017. Luxemburg zeichnet sich ebenfalls durch einen leichten Anstieg der Abbrecherquote bei den jungen Männern aus (+0,9 Prozentpunkte), der im Gegensatz zu früheren Trends (-6,5 Pp. im Zeitraum 2005-2015) steht. Die verfügbaren

⁶⁸ Vgl. CEDEFOP: Die berufliche Bildung beugt dem vorzeitigen Ausscheiden aus dem Bildungssystem vor und hilft bei der Wiedereingliederung in dieses. Kurzbericht, September 2015

Daten lassen nicht erkennen, ob es sich um einen einfachen konjunkturellen Effekt oder einen sich abzeichnenden Trend handelt. In allen anderen Teilregionen sind die Gewinne im Zeitraum 2009-2017 immer geringer (unter 5 Prozentpunkten oder sogar weit darunter), was darauf hindeutet, dass die Anstrengungen der einzelnen Länder zur Bekämpfung der Schulabbrecher Früchte getragen haben. Es ist davon auszugehen, dass weitere Erfolge in diesem Bereich im Vergleich zu früheren Zeiträumen immer schwerer zu erzielen sind, da die noch verbleibenden Schulabbrecher sich in Problemlagen befinden, die zumindest zum Teil durch das soziale und politische, das Bildungs- und Wirtschaftssystem der einzelnen Länder bedingt und nur schwer zu beeinflussen sind.



Die Thematik der frühen Schulabgänger ist ein gesamtgesellschaftliches Anliegen, das alle Länder in der Großregion gleichermaßen beschäftigt. Wie die Europäische Kommission in der Tat feststellt, sind häufige Konsequenzen Arbeitslosigkeit, soziale Ausgrenzung sowie gesundheitliche Probleme. Die Gründe, warum junge Menschen ihre allgemeine oder berufliche Bildung abbrechen, sind vielfältig: persönliche oder familiäre Probleme, Lernschwierigkeiten

oder eine unsichere sozioökonomische Lage. Allerdings spielt auch die Struktur des Bildungssystems, das Schulumfeld und das Verhältnis von Lehrern und Schülern eine wichtige Rolle.⁶⁹ Nach der Verabschiedung einer Empfehlung für politische Strategien zur Senkung der Schulabbrecherquote von 2011 zog der Rat Bildung, Jugend, Kultur und Sport vier Jahre später Bilanz zu den bisherigen Fortschritten. Im Folgenden sind die „Schlussfolgerungen des Rates zur Senkung des Anteils der vorzeitigen Schulabgänger und zur Förderung des schulischen Erfolgs“⁷⁰ auszugsweise dargestellt:

- ▶ Neben der Ausgestaltung und Qualität der Bildungssysteme haben u.a. Faktoren wie ein ungünstiges Schulklima, Gewalt und Mobbing, ungeeignete Unterrichtsmethoden und Lehrpläne, fehlende Unterstützung der Lernenden sowie mangelnde Berufsorientierung und -beratung einen maßgeblichen Einfluss auf die Beteiligung und Leistungen der Lernenden oder sind sogar ein Anlass, das Bildungssystem vorzeitig zu verlassen.
- ▶ Es besteht in den zunehmend heterogenen Gesellschaften ein dringender Bedarf an inklusiven und koordinierten Antworten von Seiten der Bildungs- und anderer Akteure, die darauf ausgerichtet sind, gemeinsamen Werten, wie Toleranz, gegenseitigem Respekt, Chancengleichheit und Nichtdiskriminierung, Geltung zu verschaffen und die soziale Integration, die interkulturelle Verständigung und das Zugehörigkeitsgefühl zu fördern.
- ▶ Jeder junge Mensch sollte gleichermaßen Zugang zu einer hochwertigen, inklusiven Bildung⁷¹ haben, damit er sein Potenzial unabhängig von individuellen, familiären oder geschlechtsspezifischen Faktoren, seinem sozioökonomischen Status und seiner Lebenserfahrung voll entfalten kann. Dies trägt entscheidend dazu bei, Marginalisierung und soziale Ausgrenzung zu verhindern und die Gefahr des Extremismus und der Radikalisierung zu verringern.
- ▶ Ein Abschluss der Sekundarstufe II oder eine abgeschlossene Berufsausbildung wird in der Regel als Mindestvoraussetzung für einen erfolgreichen Übergang von der Ausbildung ins Erwerbsleben oder für die Zulassung zu den nächsthöheren Stufen der allgemeinen und beruflichen Bildung betrachtet. Da Personen, die die Schule oder die Ausbildung vorzeitig beendet haben, stärker von Arbeitslosigkeit, Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht sind, können Investitionen zur Förderung des Bildungserfolgs junger Menschen dazu beitragen, den Teufelskreis der Bedürftigkeit zu durchbrechen und die Vererbung der Armut und Benachteiligung von einer Generation auf die nächste zu verhindern.

⁶⁹ Weiterführende Informationen zum Thema finden Sie auf der Seite der Europäischen Kommission: http://ec.europa.eu/education/policy/school/early-school-leavers_de

⁷⁰ Vgl. Europäische Kommission: Amtsblatt der Europäischen Kommission Nr. 2015/C 417/07 vom 15.12.2015: Schlussfolgerungen des Rates zur Senkung des Anteils der vorzeitigen Schulabgänger und zur Förderung des schulischen Erfolgs, [http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52015XG1215\(03\)&from=DE](http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52015XG1215(03)&from=DE)

⁷¹ Für die Zwecke dieser Schlussfolgerungen bezeichnet der Begriff „inklusive Bildung“ das Recht aller Menschen auf eine hochwertige Bildung, die ihre grundlegenden Lernbedürfnisse befriedigt und ihr Leben bereichert.

Mit der Umsetzung ihrer neuen Strategie zur Modernisierung der Schul- und Hochschulbildung, die am 30. Mai 2017 vorgestellt wurde, setzt die Europäische Kommission ihre Bemühungen fort, allen jungen Menschen integrative und qualitativ hochwertige Bildungsmöglichkeiten zu bieten, damit sie die notwendigen Kenntnisse und Fähigkeiten erwerben, um im vollem Umfang an der Gesellschaft teilzuhaben und den aktuellen und zukünftigen Herausforderungen der Wirtschaft gewachsen zu sein. Die Kommission hat daher eine Reihe von Initiativen zur Modernisierung der Schul- und Hochschulbildung vorgeschlagen.

Im Oktober 2017 weist die Europäische Kommission im ihrem Themenblatt „Frühe Schulabgänger“ des Europäischen Semesters darauf hin, dass „die Mehrheit der Mitgliedstaaten die Ratsempfehlung umgesetzt und entweder gezielte umfassende Strategien⁷² oder andere nationale Maßnahmen⁷³ angenommen hat“⁷⁴. Die Europäische Kommission veröffentlichte in ihrem letzten Jahresbericht zur allgemeinen und beruflichen Bildung detaillierte Informationen über staatliche Maßnahmen zur Verringerung des vorzeitigen Schulabgangs, die in den einzelnen Ländern oder auch auf regionaler Ebene durchgeführt werden.⁷⁵

⁷² Darunter Belgien und Frankreich

⁷³ Darunter Deutschland und Luxemburg

⁷⁴ Europäische Kommission: Europäisches Semester – Themenblatt „Frühe Schulabgänger“ 02.10.2017, S. 6-7, https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/file_import/european-semester_thematic-factsheet_early-school-leavers_de.pdf

⁷⁵ Europäische Kommission: Jahresbericht zur allgemeinen und beruflichen Bildung 2017, Teil 2 (FR und EN), http://ec.europa.eu/education/resources-and-tools/document-library/education-and-training-monitor-country-analysis-volume-2-2018_fr

Anhang

Hinweise zu Datenquellen

Möglichkeiten und Grenzen der Arbeitskräfteerhebung (AKE) von Eurostat

Bei Eurostat sind harmonisierte Daten verfügbar in den Bereichen Bevölkerung, Beschäftigung und Arbeitsmarkt mit den entsprechenden europaweit vergleichbaren Quoten. In der Regel sind diese Angaben in der Differenzierung nach Alter und Geschlecht erhältlich. Daten auf Basis der Arbeitskräfteerhebung (AKE) werden von Eurostat aufgrund des Stichprobencharakters aber nicht für alle Regionen in sämtlichen Differenzierungsmöglichkeiten ausgewiesen.

Die AKE-Daten sind für die einzelnen Teilräume der Großregion⁷⁶ in der Eurostat-Regionaldatenbank im Internet abrufbar. Wie bei jeder Stichprobenerhebung können Stichprobenfehler allerdings nicht vollständig ausgeschlossen werden.⁷⁷ Grundsätzlich sind auch weitere Aufschlüsselungen über Sonderauswertungen möglich, auf regionaler Ebene stoßen die Auswertungsmöglichkeiten aufgrund geringer Fallzahlen jedoch an ihre Grenzen. Daher sind bei der Interpretation der vorliegenden Daten folgende Punkte zu berücksichtigen:

Trotz gleicher Definitionen und Nomenklaturen ist die Verfügbarkeit und Vergleichbarkeit des statistischen Datenmaterials zwischen den Teilräumen der Großregion nicht ohne weiteres gegeben. Nach wie vor sind Abweichungen in Folge national nicht verbindlicher Regelungen möglich. Dies betrifft beispielsweise die Zuordnung einzelner Betriebe zu den Wirtschaftszweigen oder die Erfassung jugendlicher Arbeitsloser unter 25 Jahren in der Wallonie / Belgien.⁷⁸

- ▶ Aufgrund einer methodischen Umstellung weist Eurostat für die Arbeitsmarktstatistik jeweils eine historische Zeitreihe bis einschließlich 2001 aus sowie eine aktuelle Zeitreihe ab 1999.⁷⁹ In Folge unterschiedlicher Berechnungsmethoden sind Abweichungen zwischen beiden Reihen nicht auszuschließen, weshalb nur auf die aktuellen Daten ab 1999 zurückgegriffen wird.
- ▶ Brüche sind in Zeitreihen jedoch nicht gänzlich zu vermeiden. In den betreffenden Indikatoren sind die Zeitreihenbrüche gekennzeichnet.
- ▶ Da das Erhebungskonzept der AKE auf die Bevölkerung und damit auch die Beschäftigten am Wohnort ausgerichtet ist, sind in den Beschäftigtenzahlen von Eurostat Grenzgänger nicht enthalten, die gerade in Luxemburg einen erheblichen Teil der Erwerbstätigen stellen.

⁷⁶ Luxemburg = NUTS 0; Saarland = NUTS 1; Rheinland-Pfalz = NUTS 1; Wallonie = NUTS 1; Lothringen = NUTS 2

⁷⁷ Bei gewichteten und hochgerechneten Stichproben wie der Arbeitskräfteerhebung muss bei den errechneten Werten und Quoten eine gewisse Fehlertoleranz (Standardfehler) berücksichtigt werden, um die die errechneten Werte von den tatsächlichen Werten abweichen dürfen (vgl. hierzu die Regelungen der EU No. 577/98, Artikel 3, vom 9. März 1998 zur Organisation der Stichprobe der Arbeitskräfteerhebung).

⁷⁸ In Belgien haben Jugendliche über 18 Jahren, die ihre Vollzeitschulpflicht erfüllt oder eine Berufsausbildung abgeschlossen haben und keine Beschäftigung finden, die Möglichkeit, nach einer Wartezeit von 310 Tagen finanzielle Unterstützungsleistungen zu erhalten. Die Wartezeit bis zum Beginn der ersten Auszahlung beginnt mit dem Tag der Anzeige der Arbeitslosigkeit beim Arbeitsamt, unabhängig davon, ob zwischenzeitlich eine Beschäftigung aufgenommen wurde. Aus diesem Grund dürften sich belgische Jugendliche häufiger arbeitslos melden, als dies in den anderen Regionen der Fall ist.

⁷⁹ Die historische Zeitreihe beruht auf der vor 2003 genutzten Berechnungsgrundlage, bei der auf Basis der Ergebnisse des zweiten Quartals Länderergebnisse hochgerechnet wurden. Die aktuelle Zeitreihe wird auf Grundlage von Jahresdurchschnittswerten berechnet – sofern Quartalsdaten vorliegen.

- Mittlerweile nimmt auch die Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens (DG Belgien) an der AKE teil (NUTS 3-Ebene), so dass zumindest in Teilbereichen arbeitsmarktrelevante Zahlen in vergleichbarer Form auch für diesen Teilraum zur Verfügung stehen. Da aufgrund geringer Fallzahlen die Repräsentativität der AKE für die DG (v.a. für die Untergruppen) eingeschränkt ist, beruht der folgende Bericht auf amtlichen Daten, die auf Gemeindeebene (unterhalb NUTS 3) errechnet wurden.

Arbeitskräfteerhebung und ILO-Arbeitsmarktstatistik

Die Arbeitskräfteerhebung auf Basis von EU-weit harmonisierten Normen nach den Kriterien der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO)⁸⁰ ist auf europäischer Ebene die wesentliche Quelle für Informationen über die regionalen Arbeitsmärkte. Sie ist somit die einzige derzeit verfügbare Quelle für grenzüberschreitende Vergleiche der Arbeitsmärkte in der Großregion. Die für internationale Vergleiche maßgebliche Abgrenzung der Erwerbslosigkeit nach ILO-Kriterien unterscheidet sich jedoch von der Definition der Zahl der registrierten Arbeitslosen nach den jeweiligen gesetzlichen Bestimmungen in den einzelnen Ländern, die in einer grenzüberschreitenden Perspektive nicht direkt vergleichbar sind. In der ILO-Arbeitsmarktstatistik können so Erwerbslose enthalten sein, die seitens der jeweiligen nationalen bzw. regionalen Arbeitsverwaltung nicht als solche gezählt werden. Möglich ist ebenso der umgekehrte Fall, dass in der jeweiligen nationalen bzw. regionalen Arbeitslosenstatistik auch Personen als arbeitslos gelten, die nach ILO-Kriterien nicht erwerbslos sind. Dementsprechend kommt es zu Abweichungen der Arbeitslosenquoten auf Basis der AKE und den Quoten, die in den einzelnen Ländern und Regionen im Rahmen der jeweils geltenden gesetzlichen Bestimmungen ausgewiesen werden.

Zusätzlich ist zu berücksichtigen, dass die Daten der AKE nicht wie bei den jeweils national oder regional registrierten Arbeitslosenzahlen aus einer Vollauszählung eines amtlichen Registers stammen. Stattdessen wird die AKE als vierteljährliche Haushaltsstichprobe in allen Mitgliedstaaten der EU, der EFTA (ausgenommen Liechtenstein) und den Kandidatenländern durchgeführt. Zur Grundgesamtheit gehören alle Mitglieder privater Haushalte im Alter ab 15 Jahren, die über ihre Arbeitsmarktbeteiligung und ihren Erwerbsstatus befragt werden. Für die Durchführung der Befragung sind die jeweiligen nationalen statistischen Institute und Ämter der teilnehmenden Länder zuständig, die ihre Ergebnisse an Eurostat nach einem festen Codierplan melden. Die Koordination und Verarbeitung der Daten erfolgt zentral durch Eurostat. So wird sichergestellt, dass einheitliche Konzepte und Definitionen in Übereinstimmung mit den Prinzipien des Internationalen Arbeitsamtes zum Einsatz gelangen und eine gemeinsame Klassifikations- und Nomenklatursystematik angewendet wird, sodass in jedem Land ein Set von Informationen in standardisierter Weise erhoben wird.

Die AKE liefert dadurch wichtige Daten zu Beschäftigung, Erwerbslosigkeit und Nichterwerbstätigkeit und ihren soziodemografischen Merkmalen. Der Europäischen Kommission dient die

⁸⁰ Die Definitionen und Kriterien der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) stehen auch im Einklang mit der Verordnung (EG) Nr. 1897/2000 der Kommission. Kennzahlen zu Erwerbslosen, Erwerbstätigen und Erwerbspersonen werden in einem in sich abgestimmten und harmonisierten System dargestellt, das – im Unterschied zu den länderspezifischen Definitionen und Konzepten auf Basis gesetzlicher Bestimmungen – internationale bzw. grenzüberschreitende Vergleiche von Arbeitsmärkten ermöglicht. Mit dem Labour-Force-Konzept kann jeder Person ein eindeutiger Erwerbsstatus zugeschrieben werden. Dabei wird nach der ILO-Definition unterschieden zwischen Erwerbstätigen, Erwerbslosen und Nichterwerbspersonen.

AKE als wichtiges Instrument für die Bereitstellung von vergleichbaren statistischen Informationen über Niveau, Struktur und Entwicklung von Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union. EU-weite beschäftigungspolitische Ziele werden mit der AKE gemessen.

Definitionen:

Erwerbstätige im Sinne der ILO-Definition sind alle Personen im Alter von mindestens 15 Jahren,⁸¹ die in der Berichtswoche mindestens eine Stunde lang gegen Entgelt oder im Rahmen einer selbständigen oder mithelfenden Tätigkeit gearbeitet haben.⁸² Auch wer sich in einem formalen Arbeitsverhältnis befindet, im Berichtszeitraum aber vorübergehend aufgrund von z. B. Krankheit, Urlaub, Arbeitskonflikten oder Fortbildung vom Arbeitsplatz abwesend war, gilt als erwerbstätig.

Erwerbslose sind alle Personen im Alter zwischen 15 und 74 Jahren,⁸³ die in der Berichtswoche ohne Arbeit waren, zu dem Zeitpunkt für eine Arbeit verfügbar und innerhalb der letzten vier Wochen aktiv auf Arbeitsuche waren oder bereits eine Arbeit gefunden hatten, die sie innerhalb der nächsten drei Monate aufnehmen würden. Auf den zeitlichen Umfang der gesuchten Tätigkeit kommt es nicht an. Auch die Einschaltung einer Behörde oder Institution der offiziellen Arbeitsverwaltung in die Suchbemühungen ist nicht erforderlich. Die für internationale Vergleiche maßgebliche Abgrenzung der Erwerbslosigkeit nach ILO-Kriterien unterscheidet sich daher von der Definition der Zahl der registrierten Arbeitslosen nach den jeweiligen gesetzlichen Bestimmungen in den einzelnen Ländern.⁸⁴ Kennzeichnend für die Arbeitskräfteerhebung ist darüber hinaus, dass ausgehend von einem Stichprobenergebnis auf das Ergebnis in der Bevölkerung geschlossen wird. Dieser Schluss ist eine auf einer Hochrechnung basierende Schätzung, die eine gewisse Unschärfe ausweist. Deren Umfang ist von vielerlei Faktoren abhängig, insbesondere jedoch vom Stichprobenumfang,⁸⁵ so dass gerade bei kleineren geografischen Einheiten die Fallzahlen oftmals zu gering für einen Ergebnisausweis sind.

⁸¹ Von mindestens 16 Jahren in Spanien, dem Vereinigten Königreich und Italien; von 15 bis 74 Jahren in Dänemark, Estland, Ungarn, Lettland, Finnland, Schweden und Norwegen (ab 2001) und von 16 bis 74 Jahren in Island.

⁸² Dieses Konzept zur Erwerbstätigkeit weicht deutlich vom Alltagsverständnis ab. Die Erfassung ist daher in Haushaltbefragungen problematisch, wenn die Befragten sich bspw. hauptsächlich als Rentner, Arbeitslose, Hausfrauen oder Studierende verstehen und kleinere Nebentätigkeiten im Interview deswegen nicht angeben.

⁸³ Zwischen 16 und 74 Jahren in Spanien, Schweden und Norwegen (1995 bis 2000), dem Vereinigten Königreich und Island.

⁸⁴ Zum einen können in der ILO-Arbeitsmarktstatistik Erwerbslose enthalten sein, die seitens der jeweiligen nationalen bzw. regionalen Arbeitsverwaltung nicht als arbeitslos gezählt werden. Um etwa in Deutschland als arbeitslos erfasst zu werden, fordert das Sozialgesetzbuch (SGB) eine Meldung bei einer Agentur für Arbeit oder einem kommunalen Träger sowie die Suche nach einer Beschäftigung von mindestens 15 Wochenstunden. Andererseits kann nach dem SGB trotz registrierter Arbeitslosigkeit eine Erwerbstätigkeit mit einem Umfang von unter 15 Stunden als Hinzuverdienstmöglichkeit ausgeübt werden. In der ILO-Arbeitsmarktstatistik sind somit Erwerbslose enthalten, die die Bundesagentur für Arbeit nicht als arbeitslos zählt. Zum anderen gelten in der Statistik der Bundesagentur für Arbeit auch Personen als arbeitslos, die nach Definition der ILO-Arbeitsmarktstatistik nicht erwerbslos sind (vgl. Statistisches Bundesamt Deutschland: ILO-Arbeitsmarktstatistik).

⁸⁵ Mit Hilfe mathematischer Methoden lässt sich die Höhe des so genannten Standardfehlers berechnen. Er gibt an, in welcher Größenordnung mit einer angebbaren Wahrscheinlichkeit das „tatsächliche“ Ergebnis vom Ergebnis der Stichprobe abweichen kann. Ergebnisse, bei denen aufgrund zu geringer Besetzungszahlen der einfache relative Standardfehler über 15% hinausgeht, werden im Allgemeinen nicht ausgewiesen (unzuverlässiger Wert).

Insgesamt kann es daher zu Abweichungen kommen zwischen der Bemessung der Arbeitslosenquote auf Basis der AKE und den Quoten, die in den einzelnen Ländern und Regionen im Rahmen der jeweils geltenden gesetzlichen Bestimmungen berechnet und publiziert werden. So berücksichtigen letztere zum Beispiel diejenigen Personen nicht, die arbeitsuchend sind, aber nicht als arbeitslos registriert sind, weil sie die Bedingungen für den Bezug von Arbeitslosengeld nicht erfüllen. Vorteilhaft ist demgegenüber, dass sie gerade für kleinere geographische Einheiten sehr viel schneller verfügbar sind und daher dem Bedürfnis nach möglichst aktuellen Informationen entgegenkommen. In einer grenzüberschreitenden Perspektive sind sie jedoch nicht direkt vergleichbar. Hier liefert nur die AKE international vergleichbare Informationen. Deren Methodik hat zudem den Vorteil, dass Auswirkungen von Veränderungen in den Bestimmungen zur Arbeitslosigkeit im Zuge von Reformen zum größten Teil ausgeschaltet werden.

Die **Beschäftigungsquote** misst den prozentualen Anteil der Erwerbstätigen an der Bevölkerung.

Befristete Beschäftigung (AKE):

Eine Tätigkeit wird als befristet betrachtet, wenn sie entweder nach einer im Vorhinein festgesetzten Dauer endet oder sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer einig sind, dass ihre Beendigung von objektiven Bedingungen abhängt, beispielsweise von der Erledigung eines Auftrags oder der Rückkehr eines Arbeitnehmers, der vorübergehend ersetzt wurde.

Leiharbeit:

Leih- bzw. Zeitarbeiter sind überlassene Leiharbeitnehmer, die im Verleihbetrieb in einem Arbeitsverhältnis zum Zwecke der Überlassung zur Arbeitsleistung an Dritte (Entleiher) stehen.

Teilzeitbeschäftigung (AKE):

Es wird lediglich Teilzeit- und Vollzeitbeschäftigung unterschieden. Eine genauere Unterscheidung ist nicht möglich, weil die Arbeitszeiten je nach Region und Wirtschaftszweig unterschiedlich sind.

Die **Erwerbslosenquote** misst den prozentualen Anteil der Erwerbslosen an der Erwerbsbevölkerung. Die Erwerbslosenquote kann nach Alter und Geschlecht aufgeschlüsselt werden.

Jugenderwerbslosenquote:

Der prozentuale Anteil der Arbeitslosen im Alter zwischen 15 und 24 an den Erwerbspersonen dieser Altersgruppe.

Jugendarbeitslosenanteil:

Der prozentuale Anteil der Arbeitslosen im Alter zwischen 15 und 24 an der Bevölkerung dieser Altersgruppe.

NEET-Rate (AKE):

Nichterwerbstätige Jugendliche im Alter von 18-24 Jahren, die an keiner Bildung und Ausbildung teilnehmen.

Der sogenannte **Gender Gap** bezeichnet ein geschlechtsspezifisches Gefälle (statistische Unterschiede zwischen Männern und Frauen).

Grenzgänger:

Nach EU-Gemeinschaftsrecht (vgl. Verordnung (EG) Nr. 883/2004) sind unter Grenzgängern solche Arbeitnehmer und Selbständige zu verstehen, die in einem Mitgliedstaat arbeiten und in einem anderen wohnen, in den sie in der Regel täglich, jedoch mindestens einmal wöchentlich, zurückkehren. Diese Definition gilt für den sozialen Schutz der betreffenden Arbeitnehmer. Laut der steuerrechtlichen Definition ist ein räumlicher Aspekt zu berücksichtigen, nach dem ein Grenzgänger in einem – zumeist in bilateralen Doppelbesteuerungsabkommen definierten – Gebiet dies- und jenseitig der Staatsgrenze wohnen und arbeiten muss.

Frühzeitige Schul- und Ausbildungsabgänger (AKE):

„Frühzeitige Schul- und Ausbildungsabgänger“ sind Personen im Alter von 18-24 Jahren, die sich nicht oder nicht mehr in (Aus-) Bildung oder Weiterbildung befinden und nicht über einen Abschluss des Sekundarbereichs II verfügen.

Es müssen also folgende Bedingungen erfüllt sein: Der höchste erreichte Grad der allgemeinen oder beruflichen Bildung entspricht ISCED 0, 1, 2 oder 3c, und die Befragten dürfen in den vier Wochen vor der Erhebung an keiner Maßnahme der allgemeinen oder beruflichen Bildung teilgenommen haben (Zähler). Ebenfalls nicht als Schulabbrecher gelten junge Menschen, die die Schule zwar vorzeitig verlassen haben, dann aber den Sekundarabschluss II vor ihrem 25. Geburtstag nachholen.⁸⁶ Der Nenner besteht aus der Gesamtbevölkerung der gleichen Altersgruppe.

Die Bildungsabbruchquoten sind derzeit europaweit nicht genau vergleichbar. Die nationalen Definitionen und Konzepte zum vorzeitigen Verlassen des Bildungssystems und Schul- und Ausbildungsabbruch sind je nach Land unterschiedlich; beispielsweise endet die Schulpflicht nicht in allen Ländern im selben Alter: die Spanne reicht von 15 bis 18 Jahren.⁸⁷

⁸⁶ Vgl. Europäische Kommission: MEMO/11/52 Schulabbruch in Europa – Fragen und Antworten, 31/01/2011

⁸⁷ Vgl. CEDEFOP, Kurzbericht, Junge Menschen in der (beruflichen) Bildung halten: Funktionierende Konzepte, 2013, S. 1

ISCED-Klassifikation:

Die Internationale Standardklassifikation für das Bildungswesen (ISCED) ist ein Instrument zur Erstellung international vergleichbarer Bildungsstatistiken. Die verwendete Version für die Daten vor 2014 (ISCED 97) unterscheidet sieben Bereiche:

- ▶ **ISCED 0: Elementarbereich** – Eingangsstufe des organisierten Unterrichts. Die Betreuung der Kinder, die mindestens drei Jahre alt sein müssen, findet in Vorschulen oder entsprechenden Zentren statt.
- ▶ **ISCED 1: Primarbereich** – beginnt zwischen dem 5. und 7. Lebensjahr mit der Schulpflicht (wo diese besteht) und umfasst im Allgemeinen sechs Jahre Vollzeitunterricht.
- ▶ **ISCED 2: Sekundarbereich I** – setzt die im Primarbereich begonnene Grundbildung fort und ist in der Regel stärker fachorientiert. Mit Abschluss dieses Bereiches endet gewöhnlich auch die Schulpflicht.
- ▶ **ISCED 3: Sekundarbereich II** – beginnt in der Regel am Ende des Pflichtunterrichts. Das Eintrittsalter liegt üblicherweise bei 15 bis 16 Jahren. Für den Zugang sind in der Regel bestimmte Voraussetzungen (Abschluss der Pflichtschulzeit) und Mindestanforderungen zu erfüllen. Der Unterricht ist häufig stärker fachorientiert als im ISCED-2. Der ISCED-3 hat gewöhnlich eine Dauer von zwei bis fünf Jahren.
- ▶ **ISCED 4: nichttertiäre Bildung nach dem Sekundarbereich** – dient der Erweiterung des bis zum Abschluss des ISCED-3 erworbenen Wissens. Typische Beispiele sind Bildungsgänge zur Vorbereitung der Schüler auf ISCED-5 oder Bildungsgänge, die direkt auf den Eintritt in den Arbeitsmarkt vorbereiten.
- ▶ **ISCED 5: Tertiärbereich (erste Stufe)** – Zugangsvoraussetzung für diese Bildungsgänge ist i.d.R. der erfolgreiche Abschluss von ISCED-3 oder 4. Der Bereich umfasst tertiäre Bildungsgänge mit akademischer Ausrichtung (Typ A), in denen theoretisches Wissen vermittelt wird, und tertiäre Bildungsgänge mit berufsspezifischer Ausrichtung (Typ B).
- ▶ **ISCED 6: Tertiärbereich (zweite Stufe)** – darunter fallen ausschließlich Studiengänge auf tertiärer Ebene, die zu einer höheren Forschungsqualifikation (Promotion) führen.

Die verwendete Version für die Daten nach 2014 (ISCED 2011) unterscheidet neun Bereiche:

- ▶ ISCED 0: Vorschulische Erziehung
- ▶ ISCED 1: Grundbildung
- ▶ ISCED 2: erste Stufe der Sekundarbildung
- ▶ ISCED 3: zweite Stufe der Sekundarbildung
- ▶ ISCED 4: nichttertiäre Bildung nach der Sekundarbildung
- ▶ ISCED 5: Kurzstudien (Tertiärbildung)
- ▶ ISCED 6: Bachelor oder gleichwertiger Abschluss
- ▶ ISCED 7: Master oder gleichwertiger Abschluss
- ▶ ISCED 8: Promotion oder gleichwertiger Abschluss

Übereinstimmungen innerhalb der ISCED Level in den Varianten von 2011 und 1997:

ISCED 2011	ISCED 1997
ISCED 01	-
ISCED 02	ISCED 0
ISCED level 1	ISCED level 1
ISCED level 2	ISCED level 2
ISCED level 3*	ISCED level 3
ISCED level 4*	ISCED level 4
ISCED level 5	ISCED level 5
ISCED level 6	
ISCED level 7	
ISCED level 8	ISCED level 6

**Die Inhalte wurden leicht modifiziert*

Quelle:

UNESCO Institute for Statistics: International Standard Classification of Education

<http://www.uis.unesco.org/Education/Documents/isced-2011-en.pdf>

Porträt der Interregionalen Arbeitsmarktbeobachtungsstelle



Die **Interregionale Arbeitsmarktbeobachtungsstelle (IBA)** sammelt im Auftrag des Gipfels der Großregion Informationen über die Arbeitsmärkte der Teilregionen und fertigt Analysen zum grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt an. Auf dieser Grundlage entwickelt sie Prognosen und Handlungsempfehlungen für zukünftige Arbeitsmarktentwicklungen im Kooperationsraum.

Die IBA untersteht einem Lenkungsausschuss aus Vertretern der beteiligten Regionen, der in Absprache mit den politischen Verantwortlichen der Großregion die Arbeitsschwerpunkte festlegt. Die Umsetzung des Arbeitsprogramms übernimmt das Netzwerk von sieben Fachinstituten aus der Großregion. Sein ständiges Sekretariat und die Koordination sind im INFO-Institut angesiedelt.

Weitere Informationen:

Dr. Jeanne Ruffing (Koordinatorin)
Marie Feunteun-Schmidt
Alexa Holz-Himbert

c/o INFO-Institut
Pestelstraße 6
D- 66119 Saarbrücken
+49 (0) 681 / 9 54 13-12
www.iba-oie.eu

Das Netzwerk der Fachinstitute

INFO-Institut

(Saarland und Rheinland-Pfalz)

www.info-institut.de

Centre de Ressources et de Documentation EURES / Frontaliers Grand Est

(Lorraine)

www.frontaliers-grandest.eu

Mission Transfrontalière, Conseil Régional Grand Est

(Lorraine)

www.grandest.fr

Institut Wallon de l'Evaluation, de la Prospective et de la Statistique

(Wallonie)

www.iweps.be

Ostbelgien Statistik

(Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens)

www.ostbelgienstatistik.be

ADEM – LISER

Agence pour le développement de l'emploi (Luxembourg)

www.adem.public.lu

Luxembourg Institute of Socio-Economic Research (Luxembourg)

www.liser.lu

Kurzporträt der kooperierenden Fachinstitute



INFO-Institut

Saarland und Rheinland-Pfalz



Das INFO-Institut ist ein Beratungs- und Forschungsinstitut. Es befasst sich neben Fragen zur Unternehmenspolitik und Organisationsentwicklung mit Arbeitsmarkt- und Regionalforschung. Aktivitäten der Regionalentwicklung bleiben dabei nicht national begrenzt, sie zielen auf die Großregion und damit auf eine europäische Dimension ab.

ADEM – LISER

Luxemburg



Die ADEM (Agence pour le développement de l'emploi) ist die luxemburgische Arbeitsverwaltung und ist dem Ministerium für Arbeit, Beschäftigung, soziale und solidarische Wirtschaft unterstellt.



Das LISER ist ein luxemburgisches öffentliches Forschungsinstitut, das dem Ministerium für Hochschulbildung und Forschung untersteht. Seine Forschungsarbeiten konzentrieren sich im Wesentlichen auf den Bereich der Sozial- und Wirtschaftspolitik. Im Rahmen des IBA-Netzwerkes bestehen die wesentlichen Aufgaben der ADEM und des LISER in der Information über die Lebens- und Arbeitsbedingungen im Großherzogtum Luxemburg sowie der Analyse des Arbeitsmarktes der Großregion in Zusammenarbeit mit der IBA und deren Partnern.

Mission Transfrontalière, Conseil Régional Grand Est

Lothringen



Seit dem 1. Januar 2018 beteiligt sich die Mission transfrontalière (MT) des Conseil régional Grand Est an den Arbeiten der IBA. Die MT übernimmt die Aufgaben des Groupement d'intérêt public (GIP) Lorraine Parcours Métiers. Die Mission transfrontalière ist für die institutionellen Beziehungen mit französischen und ausländischen Partnern zu Fragen der Beschäftigung und Ausbildung in den drei Kooperationsräumen zuständig, an denen Grand Est beteiligt ist (die Großregion, die Oberrheinkonferenz und das Programm Frankreich-Wallonie-Flandern). Sie initiiert zudem grenzüberschreitende Projekte zur besseren Bekanntmachung der Maßnahmen des Conseil régional und seiner grenzüberschreitenden Partner.

CRD EURES / Frontaliers Grand Est Lothringen



Das Quellen- und Dokumentationszentrum EURES / Frontaliers Grand Est, das vom Conseil régional Grand Est und der Europäischen Kommission unterstützt wird, hat die Aufgabe, Beschäftigte und Unternehmen über die grenzüberschreitende Mobilität in der Großregion zu informieren, sich an der Entwicklung von Beschäftigungsperspektiven zu beteiligen sowie die Förderung von grenzüberschreitender Aus- und Weiterbildung zu unterstützen. Das CRD EURES / Frontaliers Grand Est bildet, zusammen mit seinem Netzwerk an Experten, einen öffentlich zugänglichen Quellen- und Dokumentenpool und stellt Informationen auf der Webseite zur Verfügung.

Ostbelgien Statistik Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens



Im Jahre 2010 wurde ein neues Abkommen zur statistischen Zusammenarbeit in der Deutschsprachigen Gemeinschaft unterzeichnet und die Arbeitsgemeinschaft DGstat gegründet, als Nachfolgeeinrichtung der Arbeitsmarktbeobachtungsstelle Ostbelgien (ABEO). Im März 2017 wurde dann im Rahmen des neuen Standortmarketings „Ostbelgien“ entschieden, den Namen DGstat in „Ostbelgien Statistik“ abzuändern. Partner sind u. a. das Ministerium, das Arbeitsamt und der Wirtschafts- und Sozialrat der Deutschsprachigen Gemeinschaft. In diesem Abkommen wurden die Aufgaben wie folgt festgeschrieben: Zentralisierung und Systematisierung der Datensammlung und Datenerhebung, Interpretation der Daten, Entwicklung angepasster Analyseinstrumente, Veröffentlichung der Statistiken und Studien sowie Förderung des Austauschs zwischen Datenproduzenten und -nutzern in und außerhalb der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Institut Wallon de l'Evaluation, de la Prospective et de la Statistique Wallonie



Das IWEPS ist ein öffentliches Wissenschaftsinstitut, welches mit seiner Arbeit staatliche Institutionen bei der Entscheidungsfindung unterstützt. Durch seinen themenübergreifenden Auftrag stellt es den Entscheidungsträgern der Wallonie, den wallonischen Partnern sowie den Bürgern umfangreiche Informationen zur Verfügung. Diese reichen von der Aufbereitung von Statistiken und Indikatoren bis zu detaillierten Studien und Analysen aus den Wirtschafts-, Politik- und Sozialwissenschaften sowie Umweltstudien. Als strategischer Rat trägt das Institut aktiv zur Förderung und Umsetzung von Evaluation und Zukunftsforschung in der Wallonie bei.

Literaturverzeichnis

- Allianz für Aus- und Weiterbildung 2015–2018: Gemeinsam die Herausforderungen auf dem Ausbildungsmarkt angehen. Zehn Arbeitsschwerpunkte für eine starke berufliche Bildung. Autorengruppe Bildungsberichterstattung (Hg.): Bildung in Deutschland 2016, Bielefeld, 2016.
- Bundesagentur für Arbeit: Aktueller Sachstand zum Sonderprogramm MobiPro-EU, <http://projekttraegerundunternehmen.thejobofmylife.de/de/ueber-das-programm/foerdergrundsätze.html>.
- Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz: Gesetz zur Regelung eines allgemeinen Mindestlohns – §22, 11. August 2014.
- Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz Österreich: Aktion Zukunft Jugend! – Für mehr Beschäftigung in Österreich, 01. April 2009.
- Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz Österreich: Jugend und Arbeit in Österreich – Berichtsjahr 2010.
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales: Nationaler Implementierungsplan zur Umsetzung der EU-Jugendgarantie in Deutschland, 08. April 2014.
- Bundesministerium für Bildung und Forschung: Anhang zur Pressemitteilung OECD-Studie „Bildung auf einen Blick 2012“, 2012, Berlin.
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales: Mindestlohngesetz (18.07.2017) <https://www.bmas.de/DE/Service/Gesetze/mindestlohngesetz.html> (17.12.2018)
- CEDEFOP (Europäisches Zentrum für die Förderung der Berufsbildung): Junge Menschen in der (beruflichen) Bildung halten: Funktionierende Konzepte, Kurzbericht, Dezember 2013.
- CEDEFOP (Europäisches Zentrum für die Förderung der Berufsbildung): Die berufliche Bildung beugt dem vorzeitigen Ausscheiden aus dem Bildungssystem vor und hilft bei der Wiedereingliederung in dieses. Kurzbericht, September 2015.
- Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung: Jugendliche in Europa haben trotz geringerer Arbeitslosigkeit weiterhin große Probleme auf dem Arbeitsmarkt. Communiqué de presse du 02/11/2017.
- Direction de l'animation de la recherche, des études et des statistiques (Dares), <https://dares.travail-emploi.gouv.fr> (10.01.2019).
- Eurofound: Social inclusion of young people, Publications Office of the European Union, Luxembourg, 2015.
- Eurofound: Youth Guarantee: Experiences from Finland and Sweden, 2012.
- Eurofound: NEETs – Young people not in employment, education or training: characteristics, costs and policy responses in Europe, 2012.
- Eurofound: Exploring the diversity of NEETs, 2016.
- Europäische Kommission: Arbeitsplätze für junge Menschen: Kommission legt Maßnahmenpaket vor, 05.12.2012.

- Europäische Kommission: Arbeitsunterlage der Kommissionsdienststellen: Begleitunterlage zum Vorschlag für eine Empfehlung des Rates zur Einführung einer Jugendgarantie, 5. Dezember 2012.
- Europäische Kommission: Die EU-Jugendgarantie, MEMO/14/530, 16. September 2014.
- Europäische Kommission: Jugendgarantie – Sinn und Zweck einer Jugendgarantie, <http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=1079&langId=de>.
- Europäische Kommission: Jugendgarantie: Mitgliedstaaten bereiten sofortige Umsetzung vor, Pressemitteilung, 17. Oktober 2013.
- Europäische Kommission: Operationelles Programm für die Föderation Wallonie-Brüssel in Belgien genehmigt, 15.12.2014.
- Europäische Kommission: Commission Staff Working Document. Accompanying the document: The Youth Guarantee and Youth Employment Initiative three years on, Part 2.
- Europäische Kommission: Beschäftigungsinitiative für junge Menschen: 620 Mio. EUR zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in Frankreich, Pressemitteilung, 03. Juni 2014.
- Europäische Kommission: Amtsblatt der Europäischen Kommission, Nr. 2015/C 417/07 vom 15.12.2015: Schlussfolgerungen des Rates zur Senkung des Anteils der vorzeitigen Schulabgänger und zur Förderung des schulischen Erfolgs.
- Europäische Kommission: The Youth Guarantee and Youth Employment Initiative three years on, 4. April 2016, Part 1 and 2.
- Europäische Kommission: Die Jugendgarantie Land für Land, <http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=1094&langId=en>.
- Europäische Kommission: Youth Guarantee country by country: Germany, March 2016.
- Europäische Kommission: Youth Guarantee country by country: Luxembourg, March 2016.
- Europäische Kommission: The Youth Employment Initiative in Belgium – Country fiche, 2015.
- Europäische Kommission: The Youth Guarantee and Youth Employment Initiative three years on, 4. Oktober 2016.
- Europäische Kommission: Employment, Social Affairs & Inclusion, Youth Employment Initiative, <https://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=1176&langId=en>.
- Europäische Kommission: Europa-2020-Ziele, 2010.
- Europäische Kommission: Jahresbericht zur allgemeinen und beruflichen Bildung Teil 2. 2017
- Europäische Kommission: Europäisches Semester – Themenblatt „Frühe Schulabgänger“, 02.10.2017.
- Europäische Kommission, PM Nr. 199/2016 vom 17.10.2016: „Anteil der von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohten Personen in der EU zurück auf Vor-Krisen-Niveau“.
- Europäische Kommission, PM Nr. 225/2016 vom 16.11.2016: „Jedes vierte Kind in der EU ist von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht“.
- Europäische Union: Amtsblatt der Europäischen Union: Empfehlungen des Rates vom 22. April 2013 zur Einführung einer Jugendgarantie, C120/1, 26. April 2013

European Values Study (EVA), 2008.

Eurostat: Messung der Jugendarbeitslosigkeit – wichtige Konzepte im Überblick, Eurostat Pressemitteilung vom 12. Juli 2013.

Franz, Wolfgang: Arbeitsmarktökonomik, 7. Auflage, Berlin 2009.

GIP Lorraine Parcours Métiers: Le décrochage scolaire, Dossier documentaire, Mai 2016.

GIP Lorraine Parcours Métiers: Loi Travail – formation professionnelle et insertion. Ce qui change, dossier documentaire # 3, September 2016.

Hauret, Laetitia: Les NEET au Luxembourg: une population hétérogène. Etude sur les NEET à partir de l'enquête „Situation des jeunes sur le marché du travail“ auprès d'un échantillon de NEET âgés entre 17 et 24 ans. In: Les rapports du LISER, 2017.

IAB: Jugendarbeitslosigkeit aus einer europäischen Perspektive. Theoretische Ansätze, empirische Konzepte und ausgewählte Befunde. IAB-Discussion Paper 24/2015

Vgl. Interregionale Arbeitsmarktbeobachtungsstelle: Bericht zur wirtschaftlichen und sozialen Lage der Großregion für den Wirtschafts- und Sozialausschuss der Großregion (WSAGR) 2017/2018, Saarbrücken 2018 (Schriftenreihe der Großregion Bd. 24/2018).

Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB): Jugendarbeitslosigkeit in Europa: Aktuelle empirische Befunde. In: Aktuelle Berichte vom 09. August 2013.

Le Forem: Garantie Jeunesse, 22. November 2016.

Le Gouvernement du Grand-Duché de Luxembourg: Youth Guarantee Implementation Plan Luxembourg, 2014.

Le Gouvernement du Grand-Duché de Luxembourg: D'Jugendgarantie zu Letzebuerg – Nimm deine Zukunft in die Hand. Wir unterstützen dich dabei !, 2014.

Le Gouvernement du Grand-Duché de Luxembourg: Plan national de mise en œuvre de la Garantie pour la Jeunesse Luxembourg, Mai 2014.

Le Gouvernement du Grand-Duché de Luxembourg: Offizielle Einführung der Jugendgarantie, 27. Juni 2014.

Lorraine Parcours Métiers. Etudes et Stat N° 3, Februar 2017.

Lübker, Malte / Schulten, Thorsten (2018): WSI-Mindestlohnbericht 2018. Preisentwicklung dämpft reale Lohnzuwächse, Düsseldorf, Hans-Böckler-Stiftung (WSI-Report 39, Februar 2018).

Ministère du Travail: Le contrat d'apprentissage, <https://travail-emploi.gouv.fr/formation-professionnelle/se-former-en-alternance/l-apprentissage-160/contrat-apprentissage> (17.12.2018)

Ministère du Travail: Le contrat de professionnalisation, <https://travail-emploi.gouv.fr/formation-professionnelle/se-former-en-alternance/le-contrat-de-professionnalisation/article/le-contrat-de-professionnalisation> (17.12.2018)

Ministry of Employment and Economy: Youth guarantee 2013. Finland, 13. März 2012.

Ministry of Education and Culture: Education and Research 2011–2016. A development plan, Reports of the Ministry of Education and Culture, Finland 2012.

Pôle Emploi: Les demandeurs d'emploi de moins de 26 ans en Lorraine, Repères & Analyse, 2013.

Republik Österreich, Parlament: Ausbildungspflichtgesetz vom 06. Juli 2016.

Schulten, Thorsten: Mindestlohnregime in Europa, Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Februar 2014.

Service public fédéral Emploi, Travail et Concertation sociale: Salaires minimums par (sous-) commission paritaire. 17.12.2018 <https://www.salairesminimums.be/document.html?jclid=cf2e07ee4e76fa89014e7734edb3052c&date=17/12/2018>.

STATEC: Der Übergang Jugendlicher von der Ausbildung in die Erwerbstätigkeit. Recensement de la population 2011, premiers résultats No. 30, November 2013.

Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Internationale Bildungsindikatoren im Ländervergleich, Ausgabe 2016 – Tabellenband.

SYNERJOB: Belgian Youth Guarantee Implementation Plan (YGIP), 2016. <https://www.vdab.be/synerjob/de/documenten.html>

UNESCO Institute for Statistics: International Standard Classification of Education

Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (WSI), Hans-Böckler-Stiftung: Mindestlohnbericht 2016: anhaltende Entwicklungsdynamik in Europa, 2016.

Zanardelli, Mireille: Les NEET dans une perspective dynamique; analyse à partir de données administratives, in: La sécurité sociale 2015 Cahier statistique – numéro 3, Dezember 2015.

